8 Dringlichkeitsanträge

Beginn der Dringlichkeitsanträge: 14.14 Uhr.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Damit kommen wir zum Nachtrag. Ok, Entschuldigung. Ok, dann kommen wir zu den Dringlichen und die erste Dringliche ist die Petition zur Erhöhung der Ausgleichstaxe.

8.1 Petition - Erhöhung der Ausgleichstaxe (GR Ulrich, KPÖ)

Gemeinderat **Ulrich**:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung. Der erste Dringliche Antrag heute bezieht sich auf eine Petition zur Erhöhung der Ausgleichstaxe. Die Ausgleichstaxe, ein Betrag, der eingehoben wird für Firmen ab 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie keine Menschen mit Behinderung einstellen. Aktuell liegt sie bei 335, also mit einer Schwankungsbreite zwischen 320 und 499 Euro. Wir haben die Situation, dass nur knapp jeder zweite Mensch mit Behinderung am Arbeitsmarkt ist und rund 75 % aller Unternehmen lieber die sogenannte Ausgleichstaxe, Strafsteuer manchmal genannt, bezahlen, bevor sie einen Menschen mit Behinderung anstellen. Das Ganze ist ja sowieso so ein bisschen eine Art Absurdum, weil die Ausgleichstaxe, die dann bezahlt wird, wandert ja an diesen Ausgleichstaxfonds, von dem aus wieder Menschen arbeitsmarktfähig gemacht werden, um dann halt arbeitslos oftmals zu sein. Die neuesten AMS-Daten zeigen auch, und wir haben eine Zunahme von Arbeitslosen, zeigen auch, dass gerade Menschen mit Behinderung zu den vulnerabelsten Gruppen zählen. Laut dem aktuellsten Stand haben sie einen Zuwachs bei der arbeitslosen Quote von 13,7 %. Unser Behindertenanwalt, Siegfried Suppan, hat ebenfalls in einem großen Interview,

ich glaube, es war in einer Tageszeitung, die Erhöhung der Ausgleichstaxe gefordert. Es deckt sich mit den Wünschen und den Forderungen der Selbstvertretungen, es deckt sich mit den Wünschen und Forderungen von Menschen mit Behinderung, es wird Zeit, dass wir von der Politik aus nachziehen. Grundsätzlich weiß ich ja auch als Gewerkschafter, es ist immer gerade der falsche Grund und falsche Zeitpunkt, um irgendwelche Lohnerhöhungen durchzuführen oder um irgendwelche Leute quasi einzustellen. Ich möchte anmerken, dass wir 2011 bereits den Kündigungsschutz von Menschen mit Behinderung gelockert haben aufgrund, also auf Wunsch der Wirtschaft, damit wir Menschen mit Behinderung auf den Arbeitsmarkt bringen. Also, 2011 Kündigungsschutz gelockert, gebracht hat es nichts, bis gar nichts, und ja, auch Menschen mit Behinderung haben einfach irgendwann ein Nullverständnis für Nullbeschäftigter und deshalb, meine werten Kolleginnen und Kollegen, stelle ich den

Antrag,

der Bundesgesetzgeber wir aufgefordert, gemäß Motiventext, die Ausgleichstaxe auf zumindest ein durchschnittliches Bruttogehalt beziehungsweise den kollektivvertraglichen Mindestlohn der jeweiligen Branche anzuheben. Ich freue mich über eine anregende Diskussion mit euch.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Tätigkeitsbericht der Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung aus dem letzten Jahr zeigt, dass es 2022 und 2023 5.600 Anfragen zum Steiermärkischen Behindertengesetz gegeben hat. Das entspricht einer Verdoppelung der Anfragen in Folge der Krisen der letzten Jahre. Besonders der Arbeitsmarkt wurde durch Siegfried Suppan, Anwalt für Menschen mit Behinderung, im Bericht hervorgehoben: Rund 75 Prozent der Unternehmen zahlen lieber die sogenannte „Ausgleichstaxe“, bevor sie einen Menschen mit Behinderung anstellen. Nur 56 Prozent der zu 50 Prozent behinderten Menschen befinden sich in einem Arbeitsverhältnis. Das ist ein trauriges Abbild davon, wie schwer es Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt haben. Diskriminierungen, mangelnde Barrierefreiheit, geringere Entlohnung und allgemeine

strukturelle Behinderungen lassen ihr Recht auf Teilhabe oftmals unmöglich erscheinen. Auch das „Behinderteneinstellungsgesetz“ hilft da bisher nur wenig.

Es sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeiter:innen zumindest einen begünstigt behinderten Menschen einstellen müssen. Tun sie das nicht, so ist eine „Ausgleichstaxe“ von 335 Euro monatlich (Stand 1.1.2025) für jede Person zu entrichten, die zu beschäftigen wäre. Je nach Betriebsgröße erhöht sich die Ausgleichstaxe auf bis zu maximal 499 Euro für jede Person die zu beschäftigen wäre. Das eingehobene Geld fließt in den „Ausgleichstaxfonds“, aus dem zweckgebunden Menschen mit Behinderung bzw. integrative Betriebe gefördert werden. Hier entsteht dann meist ein unsinniger Kreislauf, der im besten Falle an die verzweifelte Suche von Asterix und Obelix nach Passierschein A38 erinnert. Die Betriebe zahlen die Ausgleichstaxe in den Ausgleichstaxfonds ein. Aus diesem werden unter anderem Ausbildungen und Arbeitsmarktprogramme bezahlt. Menschen mit Behinderung nehmen daran motiviert teil um dann erst nicht in den Betrieben unterzukommen, da diese lieber die geringe Ausgleichstaxe zahlen.

Am 27. Juni 2024 wurde im Sozialausschuss des Nationalrats das Behinderteneinstellungsgesetz novelliert. Unternehmen mit 400 Beschäftigten sind in Zukunft zur Bestellung einer/eines Barrierefreiheitsbeauftragten verpflichtet. Zweifellos eine Verbesserung in der Arbeitswelt. Leider war dies auch eine verpasste Chance, die Ausgleichstaxe anzupassen und neu zu denken und Inklusion auch am Arbeitsmarkt voranzutreiben.

Auch Siegfried Suppan fordert die Anhebung der Ausgleichstaxe auf einen kollektivvertraglichen Mindeststandard, sowie die Abschaffung des „Taschengeldes“ für Menschen mit Behinderung und tritt für eine faire Entlohnung ein – es ist also längst überfällig, dass wir hier genauer hinschauen und handeln müssen. Da sich trotz Ausbildungen die Situation am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung nicht zum positiven entwickelt hat und die Forderung nach einer Erhöhung der Ausgleichstaxe auf immer breitere Unterstützung zählen kann, möchte ich die neue Sachlage nutzen um die Forderung aus dem Herbst 2023 erneut aufzugreifen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, gemäß Motiventext, die Ausgleichstaxe auf zumindest ein durchschnittliches Bruttogehalt, bzw. den kollektivvertraglichen Mindestlohn der jeweiligen Branche anzuheben.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Offensichtlich hat die Koalition keine Ideen im eigenen Wirkungsbereich, darum bedient man sich zunehmend, wie auch hier, an Petitionen an andere Gebietskörperschaften. Wir sind der Meinung, man könnte bei diesem Thema auch selbst tätig werden, und werden diesbezüglich auch einen Abänderer einbringen. Schließlich wollen wir Menschen mit Behinderung helfen. Diese Petition würde unserer Meinung nach die Situation dieser Menschen jedoch nicht verbessern, dazu wird meine Kollegin Anna Hopper später noch ausführen und auch den Abänderungsantrag einbringen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Keine Wortmeldungen mehr zur Dringlichkeit, dann stimmen wir ab. Wer ist für die

Dringlichkeit dieses Antrages? Das ist mehrheitlich angenommen. Gegenprobe. Gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS).

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Dann kommen wir zum eigentlichen Antrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Frau Kollegin.

Stadträtin **Schönbacher**:

Also, dieser Antrag ist sicher ein sehr wichtiger, bezieht sich aber natürlich auf Menschen mit Behinderung, die noch keine Arbeit haben und da sehe ich als Erstes das AMS in der Verantwortung aus dem Grund, weil es sehr oft vorkommt, dass Unternehmer einen Menschen mit Behinderung anstellen wollen und einem das unnötig schwer gemacht wird mit Hürden und Bürokratie, weil, wenn man dann nachfragt, wie schaut es aus mit Förderungen, dann ist das oft sehr, sehr schwer, dass man da wirklich durch diesen Dschungel an Förderungen durchkommt und da sollte das AMS ja der Vermittler sein und auch derjenige sein, der das tatsächlich weiß und da muss es erstens einmal mehr Leute geben, die ein Wissen haben und nicht nur einzelne, dass, wenn jemand einmal im Krankenstand ist, auch eine Auskunft geben kann und was ich auch oft als Rückmeldung von Menschen mit Behinderung höre, ist, sie können nicht mehr als 20 Stunden arbeiten, weil, wenn sie nämlich einem Beschäftigungsausmaß Vollzeit nachgehen, dann haben sie das Problem, dass sie diverse Förderungen verlieren, die sie aber dringend brauchen und da sehe ich ehrlich gesagt eher einen Handlungsbedarf, als jetzt eine Strafe tatsächlich zu verhängen, weil es gibt natürlich auch Unternehmen oder Berufsgruppen, wo es einfach gar nicht möglich ist, jemanden zu beschäftigen, auch wenn man es noch so möchte, weil auch ich selbst in der Situation gewesen bin, dass ich jemanden beschäftigen wollte, das

einfach aber nicht möglich gewesen ist und muss man auch dazu Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Lage, weil jetzt zusätzlich noch Strafen einzuführen oder zu erhöhen, finde ich jetzt nicht den richtigen Weg. Natürlich Information ist gut, aber wie gesagt, zuerst sollten die, meiner Meinung nach, die richtige Information bekommen, die auch wollen und bis jetzt gehindert worden sind daran und dann kann man immer noch Hefte oder Bücher oder sonstiges ausarbeiten, aber der Unternehmer weiß dann erst wieder nicht, wo er zugreifen soll. Normalerweise ist der Weg so, der Unternehmer fragt beim AMS nach, wo der Mensch auch vermittelt worden ist oder eben bei diesem Institut und da soll dann die Information unserer Meinung nach auch aufliegen. Ein dringendes Thema, ja, aber der Zugang, dass die Stadt Graz das lösen soll, ist unserer Meinung nach nicht ganz der richtige.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Kollegin.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Philipp, du kannst dir vorstellen, dass die Conny, wenn sie da wäre, hier wesentlich leidenschaftlicher und wahrscheinlich auch fachlich wesentlich kompetenter, auf das wollte ich eigentlich hinaus, hier gerade einen Beitrag leisten könnte und sicher wollen würde. Ich werde aber versuchen, und wir haben uns mit der Conny auch austauschen können, unseren Standpunkt zu deinem Antrag auch noch einmal kurz auszuführen. Wir sind, und die Kollegin Kreiner hat das vorhin schon erwähnt, der Meinung, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Erhöhung der Ausgleichstaxe für die Konjunktur nicht sonderlich förderlich ist, nämlich gerade in dem Hinblick, als dass es ja für die großen Betriebe oft einmal nicht wirklich ein großer Aufwand ist, diese Ausgleichstaxe zu bewerkstelligen, aber für kleine und Mittelunternehmen, die aber aus unserer Sicht das Backbone unserer Wirtschaft in Österreich sind, ist es sehr wohl eine Erschwernis und oft aktuell schon

schwierig, diese Taxe zu bewerkstelligen. Dir ist sicherlich auch bekannt, dass es, und das ist wahrscheinlich auch bei größeren Betrieben, die sich intensiver damit beschäftigen, besser bekannt als bei kleineren oder vielleicht neueren Unternehmer:innen und Unternehmungen, dass oft einmal diese Ausgleichstaxe umgangen werden kann, indem man eine Person mit Behinderung nur für eine Stunde anstellt, was ja auch nicht wirklich das Ziel der ganzen Übung ist und ich glaube auch nicht dein Ziel wäre, dass man dann dieses ganze System, auf das möchte ich eigentlich hinaus, ist wirklich sehr, sehr schwierig und komplex und ich glaube einfach, und wir sind einfach der Meinung, dass die Erhöhung der Ausgleichstaxe vielleicht am Ende von einem Prozess, wo man sich das genauer anschaut, ein wichtiger Schritt sein kann, aber vielleicht nicht der Beginn. Ich möchte dazu auch vielleicht ganz persönlich etwas erzählen. Wir haben, wie ich meine vergangene Tätigkeit als Geschäftsführerin der Grazer Volkspartei übernommen habe, die Möglichkeit gehabt, den Herrn Pohlmann anzustellen, der aber nicht den Bescheid hatte, den man haben müsste, um dann diese Ausgleichstaxenquote zu erfüllen, sondern einen anderen steirischen Bescheid, ich möchte jetzt hier nicht ins Detail gehen, aber auch das ist eine enorme Herausforderung. Ich habe selber die Erfahrung gemacht, dass Menschen mit Behinderung eine enorme Bereicherung für ein Unternehmen, für einen Betrieb, für das miteinander auch in einem Betrieb sein können und ich habe auch miterlebt, wie der Herr Pohlmann einfach die Arbeit, und er war vorher in verschiedenen anderen Programmen, einfach da auch aufgeblüht ist und sich gerne mit uns gleichwertig betätigt hat, also das ist was, wo es ganz viele Erfahrungswerte gibt, aber das ist einfach ein Riesenkonstrukt, das aktuell wirklich noch nicht perfekt funktioniert und wo man an vielen, vielen Schrauben drehen müsste. Wir sind der Meinung, dass die Ausgleichstaxe und die Erhöhung dafür nicht der erste und wichtigste Schritt sein soll. Es kommt auch noch dazu, und das möchte ich hier schon auch sagen, dass es auch verschiedene Anforderungen gibt für Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung. Beispielsweise müssen dann Dinge wie ein rollstuhlgerechtes Gebäude erfüllt sein, was aber aus unserer Sicht nicht wirklich zielführend ist oder nicht wirklich notwendig sein muss, wenn das beispielsweise ein Mensch bei einer Sehbeeinträchtigung oder einer

Hörbeeinträchtigung ist, also das sind alle Punkte, die man vielleicht im Vorfeld einmal angehen sollte. Wir wollen auf alle Fälle als ÖVP den Fokus auf das Informieren setzen und nicht auf das Bestrafen und wir schlagen daher unsererseits eine Informationsbroschüre für Grazer Unternehmen vor, die von den zuständigen Stellen der Stadt Graz erarbeitet und auch aufgelegt werden sollen und auf der anderen Seite soll es eine möglichst niederschwellige Anlaufstelle für Grazer Unternehmen innerhalb der Stadt Graz geben, an die sie sich mit Fragen im Zusammenhang mit diesem hochkomplexen und wirklich vielfältigen Bereich auch wenden können, also eine Art Drehscheibe, wie man dann auch Menschen mit Behinderung möglichst gut einstellen kann und ihnen auch gerecht werden für diesen Arbeitsplatz und deshalb dürfen wir diesen

Abänderungsantrag

einbringen und stellen den Antrag, dass die zuständigen Stellen, also aus unserer Sicht, wären das Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner sowie Stadtrat für Arbeit und Beschäftigung Krotzer sowie auch Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler, dass die damit beauftragt werden, diese Broschüre zu erarbeiten, um die positiven Aspekte von der Anstellung von Menschen mit Behinderung auch hervorzuheben und diese Broschüre dann entsprechend in ihrem eigenen Wirkungsbereich aufzulegen und darüber hinaus eben auch die bereits erwähnte Beratungsstelle, dass man das einfach prüft, inwieweit man das einrichten kann, weil es gibt sehr viel Interesse von Unternehmerinnen und Unternehmern, wie man das auch bewerkstelligen kann und es sind sehr viele Fragen, die zu beantworten sind, es gibt aber gerade viel zu viele Stellen, an die man sich wenden müsste, um wirklich sich ein gutes Bild davon zu machen und das wäre aus unserer Sicht ein erster Schritt in hoffentlich eine positive Weiterentwicklung in dem Bereich für Menschen mit Behinderung.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Anstatt Petitionen an den Bund zu verabschieden, sollte die Stadt Graz doch selbst aktiv werden. Es wäre wichtig, positive Anreize für Betriebe zu setzen, statt Strafsteuern zu

fordern, die weder den Menschen mit Behinderung noch den Unternehmen einen Mehrwert oder Vorteil verschaffen.

Daher stelle ich im Namen des VP-GR Clubs folgenden

Abänderungsantrag:

- 1. Die zuständigen Stellen (Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner, MBA sowie Stadtrat für Arbeit und Beschäftigung Mag. Robert Krotzer sowie Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler) werden beauftragt, eine Broschüre zu erarbeiten, um die inner- und außerbetrieblichen Vorteile und die positiven Aspekte einer Anstellung von Menschen mit Behinderung hervorzuheben. Die erstellte Broschüre soll gemeinsam präsentiert und im eigenen Wirkungsbereich verteilt werden.*
- 2. Die Stadt Graz soll prüfen, ob eine Beratungsstelle für Unternehmen die Menschen mit Behinderung anstellen wollen, im Arbeitsressort eingerichtet werden kann.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Bitte, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Gjergji:**

Lieber Stadtsenat, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, lieber Antragsteller, danke für diesen sehr wertvollen Antrag. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir uns auch mit diesen Themen beschäftigt. Der Grund meiner Wortmeldung, ein ganz ein Wichtiger, weil wir gewisse Informationen nämlich auslaufen. Es ist nämlich zweimal das Wort Strafe gefallen. Ich glaube, wir müssen da schon aufpassen, dass das keine

Strafe ist, wir reden nicht von einer Strafe, sondern von einem Beitrag. Von einem Beitrag, weil die Kollegin Anna Hopper das nämlich gesagt hat, Kleinunternehmer, wenn wir genau gelesen haben, wir reden hier von Unternehmen ab 25 Personen, Angestellte, also nicht von einem Einzelunternehmer, wo wir dann nachher diesen Beitrag zu leisten haben und das müssen wir schon sagen, ich bin selber Unternehmer, aber es muss schon der Willen da sein, dass wir hier nämlich möglichst mehr dazu beitragen, weil auch diese Menschen das verdient haben und das sehe ich als Unternehmer so und das ist mir ganz wichtig, hier das zu sagen. Die zweite Sache ist, wenn wir darüber reden, weil hier nämlich ein Abänderungsantrag gekommen ist wegen dieser Broschüre, ich bin voll dafür, dass wir alles Mögliche tun und wäre auch bereit, hier mitzugehen, aber nicht als Abänderung. Wir können das nicht ersetzen mit einer Sache, die wir durchführen müssen, mit einer Information. Die Informationen dazu, ja, aber nicht in der Form, und das war mir wichtig hierzu sagen, wie wir dazu stehen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, Herr Kollege.

Stadtrat **Hohensinner**:

Danke Frau Vizebürgermeisterin. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Bürger, Franz Schwarzl, in unserer Mitte begrüßen. Servus Franz. Und natürlich, dieses Thema interessiert mich seit vielen Jahren und ich möchte das auch noch einmal sagen, diese Ausgleichstaxe zahlen Firmen, die mehr als 25 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter haben und dieses Geld wird dann auch wieder für arbeitspolitische Maßnahmen hergenommen, aber, und das hat die Anna Hopper so auch argumentiert, wir meinen, dass Menschen mit Behinderung ein Gewinn für den Arbeitsmarkt sind, und ich glaube, es muss unser Ziel sein, dass Firmen sagen, sie nehmen Mitarbeiter auf, weil sie einen Mehrwert der Firma bringen und nicht weil ich sonst mehr Ausgleichstaxe zahlen

muss. Also, das wäre so unser Ansinnen und ich bin selbst viele Jahre in dem Beruf tätig gewesen und den Mehrwert, den die Anna Hopper beschrieben hat, den wir in der Grazer Volkspartei auch durch einen Mitarbeiter sehen, dass muss man einfach den Unternehmen über eine Broschüre, über Infoabende näherbringen. Da braucht es viel Aufklärung und ich glaube, das sollte man auf jeden Fall machen. Die Ausgleichstaxe zu erhöhen, diese Forderung gibt es, seit ich im Gemeinderat bin und auch Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter sind nicht alle begeistert von dieser Idee und da wird immer diskutiert, ob das zielführend ist.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen, wir haben als Stadt Graz wirklich großartige Projekte gemacht für Menschen mit Behinderung, die auch weniger als 50 % Leistungsfähigkeit haben, also so einen Bescheid hat die Anna auch angesprochen. Das sind die Menschen, die haben gar keine Chance, einen geschützten Arbeitsplatz zu bekommen und da haben wir Tradition in der Stadt Graz, wir haben zwei Projekte bereits gemacht, die haben sich genannt „Step by Step“, wo wir genau diesen Menschen eine Chance gegeben haben, im Magistrat, im Haus Graz, aber auch einige Firmen haben sich angeschlossen mit der Zielsetzung, und das ist volkswirtschaftlich aus meiner Sicht hochinteressant, die Firma zahlt so viel, wie der Mensch leisten kann, zum Beispiel 40 % und der Rest wird von der öffentlichen Hand zugeschossen bis zum Kollektivvertrag, bis zu einem Deckel. Hat den Vorteil, dass wir weniger Beschäftigungswerkstätten bauen müssen, also es kommt nicht teurer diese ganze Sache. Die Personen sind viel selbstbewusster, weil sie am ersten Arbeitsmarkt unterkommen, also ich habe da einige in dem Projekt begleiten können und die sind wirklich super unterwegs und sie können sich selbst versichern. Sie sind nicht angewiesen auf irgendein Taschengeld, sondern Sie sind sozialversichert, pensionsversichert, also das ist wirklich für alle Beteiligten ein Mehrwert. Wir haben bereits zweimal dieses Projekt „Step by Step“ durchgeführt und meine Anregung ist, weil das könnten wir wirklich nur gemeinsam machen mit dem Personalstadtrat, mit den Abteilungen, dass wir so ein Projekt wieder angehen mit Firmen in der Stadt Graz, also nicht nur Magistrat, Haus Graz allein, sondern dass wir einen Aufruf machen an Unternehmer, sich hier zu beteiligen. Da könnten wir dann wirklich ein gutes neues

Projekt machen, wo wir Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt inkludieren, also das wäre, glaube ich, eine schöne Geschichte. Von dem her würde ich jetzt an dieser Stelle diesen Vorschlag machen. Ich hoffe, ich kriege deine Unterstützung.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Herr Gemeinderat Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Lieber Kurt, ja, natürlich hast du meine Unterstützung bei einem etwaigen solchen Projekt. Das wäre eine ganz tolle Geschichte und ich bin voll dabei. Ich finde auch den Abänderungsantrag im Inhalt total unterstützenswert, wir können nur deshalb nicht mitgehen, weil er halt der Abänderer ist und kein Zusatz, aber für den Inhalt möchte ich da unbedingt euch noch meine Hand reichen, noch einmal, dass man vielleicht eben eine solche Broschüre vielleicht auch mit dem Wirtschaftsressort erarbeiten könnte. Man könnte auch die WKO einbinden, die ja Zugang zu den Unternehmen hat. Ja, da bin ich voll bei euch, absolut.

Zum Thema Ausgleichstaxe, lieber Philipp, vielen Dank für diesen Antrag. Derzeit ist es nun einmal so, dass die Ausgleichstaxe so gering ist, dass man als Unternehmen, aus unternehmerischer, aus finanzieller Sicht nachvollziehbar, gar nicht darüber nachdenkt, ob man die Adaptierungen, die Bürokratie auf sich nimmt, oder einfach diese sehr geringe Taxe zahlt. Aber das führt mich zu einem Problem. Du hast gesagt, die Mitarbeiter:innen bereichern das Unternehmen. Ja, da bin ich voll bei dir. Das Problem ist, dass es eine Verpflichtung gibt, solche Arbeitsplätze anzubieten und den Zugang, dass dieser Zugang auf den Arbeitsmarkt Menschen mit Behinderung systematisch verwehrt bleibt, das ist ein diskriminatorischer Effekt und ja, es muss kosten, wenn man diesen Effekt verstärkt und es muss in einem Ausmaß kosten, dass

man es sich überlegt, weil die Ausgleichtaxe ist momentan einfach auf einem Niveau, dass das keine zweiten Gedanken nötig macht als Unternehmerinnen und Unternehmer, ob man so einen Arbeitsplatz anbietet, weil einfach die Ausgleichtaxe viel leichter ist. Was ich auch sehr gut gefunden habe von deiner Wortmeldung, ist, dass wir diese bürokratischen Hürden oder teilweise auch Unsinnigkeiten einmal angehen sollten. Das wäre etwas für eine Petition in einer kommenden Gemeinderatssitzung, die ich auch unterstützen würde. Das ist alles zusammen ein Mosaik, das ein Gesamtbild ergibt, das den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung verbessern soll. Es ist nämlich nicht einmal ein Erleichtern, weil aktuell ist es erschwert, also es ist keine Erleichterung, sondern es ist eigentlich ein Gebot der Fairness und man soll ja ein Recht auf diesen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und das müssen wir bereitstellen und ja, da gilt es halt auch Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, das gehört dazu, weil es ist unsere Pflicht als Gesellschaft, gerecht für alle zu sein und der wollen wir nachkommen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Antragsteller ein Schlusswort?

Gemeinderat **Ulrich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung. Wir haben eigentlich immer eine sehr schöne Tradition, das stimmt, das ist mir ein bisschen entgangen, leider, dass wir einen Antrag bringen und mein geschätztes Pendant der Grazer Volkspartei, die Conny einen Zusatzantrag stellt. Liebe Conny, auf diesem Weg ganz, ganz gute Besserung, deine Vertretung heute, die Anna, hat das auch mit sehr viel Leidenschaft gemacht und man kann deine Argumente durchaus nachvollziehen. Der Bürokratieabbau, da bin ich bei euch, machen wir das zusammen, gerne, vieles ist halt auch Bund und Land und da ist die ÖVP ein bisschen stärker als die KPÖ noch zumindest. Worum es mir aber schon

geht und die Kolleg:innen oder meine Vorredner:innen haben das schon gesagt, also als Zusatzantrag hätten wir den schon angenommen, als Abänderer wird es halt schwierig für uns, vor allem, weil ich schon auch glaube, dass die Menschen mit Behinderung, die jetzt, die arbeitslosen Menschen mit Behinderung, die jetzt ständig quasi auf Jobsuche sind und Bewerbungsschreiben, nach Bewerbungsschreiben, schicken, wahrscheinlich keine Luftsprünge machen, weil man ihnen erklärt, es gibt jetzt eine Broschüre und die würden sich natürlich am ersten Arbeitsmarkt wohler fühlen. Es ist die Forderung von den Selbstvertretungen, es ist die Forderung vom Behindertenanwalt, es sollte auch die Forderung von uns Inklusionskämpfer:innen sein. Ich bitte trotzdem um Zustimmung und danke, danke für diese liebe Debatte.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Abänderungsantrag. Wer ist für den Abänderungsantrag? Das ist die Minderheit mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS. KFG war da jetzt dabei? Nicht dabei. Gegenprobe, das ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ).

Kommen wir zum eigentlichen Antrag. Wer ist für diesen Antrag. Das ist mehrheitlich angenommen. Gegenprobe, damit ist der Antrag angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Danke. Wir kommen zum nächsten Antrag - Entbürokratisierungs-Rütteltest für Rechtsvorschriften der Stadt Graz. Antragstellerin ist die Gemeinderätin Unger.

8.2 Entbürokratisierungs-Rütteltest für Rechtsvorschriften der Stadt Graz (GRⁱⁿ Unger, ÖVP)

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist bereits in der letzten Debatte zweimal genannt worden, dass Bürokratie durchaus aufwendig ist und vielleicht manchmal überbordend ist und in diesem Sinn darf ich einen Antrag stellen, der sich genau mit diesem Thema beschäftigt, und zwar auf der Ebene, auf der wir über den Gemeinderat tatsächlich wirken können, nämlich in der Stadt Graz. Wir diskutieren das auf Bundes-, auf Landesebene sehr häufig, gibt dazu jetzt auch zahlreiche Ideen und Absichtserklärungen, dass eben eine zu große Bürokratie, einen großen Aufwand für Unternehmerinnen und Unternehmer, aber eben auch für die Bürger und Bürgerinnen bei auch Abwicklungen von privaten und individuellen Anliegen bedeuten kann und deshalb sollte man den Bedarf und die tatsächliche Notwendigkeit von bürokratischen Maßnahmen ab und an überprüfen. Auch wenn wir wissen, dass eine Kommune zwar keinen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt hat, ist es doch so, dass zum Beispiel im Bereich der ortspolizeilichen Angelegenheiten durchaus Kompetenzen vorhanden sind, die es ermöglichen, hier Schritte einzuleiten oder zumindest einmal zu überprüfen, ob das, was gerade sozusagen der letzte Stand ist, dem entspricht, was notwendig und sinnvoll ist. Wenn man ein bisschen recherchiert auf der Homepage der Stadt Graz, dann findet man dort ungefähr fast 700 Rechtstexte, Richtlinien, städtische Richtlinien, Verordnungen etc., und unsere Anregung wäre, das einmal zu überprüfen, weil wir finden da vieles, was geregelt werden muss, selbstverständlich, das reicht von einer Parkgebührenverordnung bis zu einer Marktordnung, von verschiedensten Förderrichtlinien bis zu einer Straßenmusikverordnung, das ist alles sehr viel und wir sind der Meinung, man sollte jetzt auch mit dem Schwung vielleicht aus Bund und Land und dem Bewusstsein, dass gerade auch diesem Thema gewidmet wird, den Schwung eben auch nach Graz mitnehmen und einmal schauen, was wir direkt auf dieser Ebene machen können und deshalb darf ich seitens des ÖVP Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichen Antrag

stellen: Die zuständigen Stellen im Magistrat werden im Sinne des Motiventextes beauftragt, alle im eigenen Wirkungsbereich der Stadt ergangenen Rechtsvorschriften mit Außenwirkung, also Verordnungen, Richtlinien und so weiter, im Rahmen der verfassungs- und gesetzesmäßigen Grundlagen detailliert, hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit, Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Zeitgemäßheit zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Juni 2025 darüber Bericht zu erteilen, samt sich daraus ergebender Entbürokratisierungsmöglichkeiten. Ich darf um Annahme bitten.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Zu den größten Hemmnissen für die Ansiedelung und erfolgreiche Entwicklung von Betrieben und Wirtschaftstreibenden gehört heutzutage eine über Maß und Ziel hinauschießende Bürokratie. Aber nicht nur Unternehmen, sondern auch BürgerInnen verzweifeln in ihrem alltäglichen Handeln immer mehr an kompliziert formulierten Bestimmungen und Vorschriften. Sowohl auf Bundes- als auch Landesebene finden daher bereits vermehrt Bestrebungen und Vorhaben statt, welche Rechtsvorschriften und Normen genau auf den Prüfstand stellen.

Die Stadt Graz sollte sich hier als Vorreiter auf kommunaler Ebene anschließen und ihre stadt eigenen Vorschriften und Bestimmungen einem Entbürokratisierungs Rütteltest anhand der Maßstäbe Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Zeitgemäßheit unterziehen. Als Kommune verfügt die Stadt Graz zwar über keinen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt, ihr kommen aber – etwa im Bereich der ortspolizeilichen Angelegenheiten – sehr wohl Kompetenzen zu, mit dem sie allgemein verbindliches Recht schaffen und ausgestalten kann. Die Homepage der Stadt Graz bietet hier einen sehr guten Überblick zu allen städtischen Richtlinien und Verordnungen, insgesamt sind dort rund 690 Rechtstexte von städtischen Rechtsvorschriften abrufbar.¹ Beispielhaft erwähnt an dieser Stelle seien die Grazer Straßenmusikverordnung,

Parkgebührenverordnung, Marktordnung, Immissionsschutzverordnung, Kanalabgabenordnung, Gesundheitsschutzverordnung, Grünanlagenverordnung, Streumittelverordnung, die Richtlinie für die Zuweisung von Gemeindedienstwohnungen oder auch die diversen Förderungsrichtlinien.

Unnötige Bürokratie kostet Zeit, hemmt bzw. bremst die Wirtschaft und sorgt für Unverständnis sowie Belastungen in der Bevölkerung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen wie jetzt, haben wir diese Zeit aber nicht. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen im Magistrat werden im Sinne des Motiventextes beauftragt, alle im eigenen Wirkungsbereich der Stadt ergangenen Rechtsvorschriften mit Außenwirkung (Verordnungen, Richtlinien etc.) im Rahmen der verfassungs- und gesetzesmäßigen Grundlagen detailliert hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit, Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Zeitgemäßheit zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Juni 2025 darüber - samt sich ergebender Entbürokratisierungsmöglichkeiten - Bericht zu erstatten.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Gostentschnigg.

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Entschuldigung für die Verzögerung. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf verkünden, dass wir heute gleich eine Maßnahme gegen unnötige Bürokratie setzen werden, indem wir den Antrag ablehnen. Ich werde noch dazukommen, was ich damit meine. Was man vielleicht der Form halber

dazusagen sollte, von diesen 690 Stücken, die hier genannt werden, sind die überwiegende Mehrheit Bebauungspläne, die fallen da auch hinein, sollte man vielleicht dazusagen, macht dann schon ein ganz anderes Bild. Ein großer Teil sind auch Richtlinien, ist auch ausgeführt worden. Das ist ja prinzipiell nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil, das ist ja oft dafür da, dass eben keine Willkür der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger herrscht, sondern, dass man das klar festschreibt, dass das transparent ist, dass man sich auch auf etwas ganz Konkretes beziehen kann, über das man sich auch demokratisch verständigt hat. Auch ein großer Teil sind Verordnungen, da gibt es ja teilweise sogar eine Notwendigkeit, wenn das Land Gesetze erlässt und den Städten gewisse Entscheidungsmöglichkeiten in kleinem Rahmen lässt. Teilweise müssen wir das sogar machen, teilweise können wir das machen, ist aber letztlich auch eine Entscheidung des Landes, wo die ÖVP seit Ewigkeiten mitregiert. Na ja. Generell muss man sagen, dass ganz viele dieser Dinge natürlich auf die Zeit zurückgehen, wo die ÖVP in Hauptverantwortung war, im Übrigen auf allen Ebenen. Außerdem darf ich darauf verweisen, die Marktverordnung zum Beispiel, auch die Straßenmusikverordnung, da haben wir ja lebendig debattiert, da war überhaupt nicht die Rede, dass wir irgendwas davon abschaffen sollen. Das ist ja auch gut so und ich glaube, da sind wir uns dann letzten Endes auch halbwegs einig geworden. Das zeigt außerdem, es passiert ja eine ständige Evaluierung, wenn man irgendwo draufkommt, da gibt es einen Bedarf, das gehört geändert, dann passiert das ja und ich glaube, die Ämter machen das ja sehr gut, wenn irgendwas aufkommt, wenn man sieht, da gibt es einen Bedarf, dann gehen wir das an und überarbeiten es gegebenenfalls. Grundsätzlich ist mir schon klar, es stehen Wirtschaftskammerwahlen an, es ist auch eine gute Möglichkeit, wieder in die Presse zu kommen, was im Übrigen auch gelungen ist, herzlichen Glückwunsch dazu. Grundsätzlich ist in dem Antrag aber nicht ein konkreter Vorschlag enthalten, was konkret man abschaffen könnte, deswegen ist das ein bisschen eine durchschaubare Übung und ich glaube, es macht wenig Sinn, hier überbordend die Zeit der Ämter zu beanspruchen und dem zuzustimmen. Ich hoffe, ich habe ausreichend argumentieren können, warum wir das in der Form für nicht zielführend halten. Diese Evaluierung passiert ständig und ich

behaupte, sie passiert recht gut und wenn es konkrete Vorschläge gibt, was wir abschaffen können, dann darf ich die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP bitten, das einzubringen, dann schauen wir uns das gerne an, aber so pauschal einmal alles, was wir da haben, irgendwie als Bürokratie darzustellen, die im Zweifel beseitigt gehört. Ich spitze zu, das gebe ich zu, aber da können wir nicht mit. Entsprechend werden wir diesen Antrag schon in der Dringlichkeit ablehnen. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es Wortmeldungen, weitere? Bitte, Herr Kollege Hackenberger.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen. Ich muss zugeben, das Meiste hat mir der Herr Kollege Gostentschnigg schon sozusagen vorweg aus dem Mund genommen. Ich habe mir anhand dieses Antrages einmal als Erstes überlegt, wo sind die Kriterien für so eine Vorgangsweise und für mich würde, um das anzudenken, einmal vorausgesetzt sein, dass wir tatsächlich Regelungen haben, die unverständlich sind, die die Wirtschaft oder die Bürger zur Verzweiflung bringen, wie es im Antragstext formuliert ist, und die unklar sind. Ich habe mir natürlich nicht alle 690 Verordnungen durchgesehen, aber alle, bei denen ich in den letzten zweieinhalb Jahren mitgewirkt habe, haben bei mir nicht den Eindruck erweckt, als wären sie furchtbar kompliziert und als könnte die Durchschnittsbürgerin den Inhalt nicht verstehen. Dazu kommt das Beispiel, was man in der Presse nachlesen konnte und aus meiner Sicht doch sehr unglücklich gewählt war, denn, dass wir in der Herrengasse keine 5 Meter großen Sonnenschirme haben wollen, wo auf der einen Seite Coca-Cola und auf der anderen ein Burger King draufsteht, da dürften wir uns wahrscheinlich einig sein, also, dass es eine Regelung bedarf, in der einigermaßen klar festgeschrieben ist, wie das auszusehen hat, das auch vor dem Hintergrund, dass wir UNESCO Weltkulturerbe sind, ja, überhaupt keine Frage. Die übrigen Bestimmungen zu

diesen Sonnenschirmen sind ja eher technischer Natur, die was mit Sicherheit und dergleichen zu tun haben. Die Verordnung, die hier angesprochen ist, die betrifft die gesamte Nutzung des öffentlichen Grundes für praktisch alle Zwecke, also beginnend mit Verkaufseinrichtungen über Sonnenschirme, Wintergärten, Nachtwürstelstand und so weiter. Das Papier hat schlanke viereinhalb Seiten und ist verständlich geschrieben, also wie gesagt, der Anlass ist aus meiner Sicht nicht klar. Die Verordnung wurde übrigens 2002 unter einer anderen Regierung beschlossen. Einstimmig habe ich jetzt nicht in Erinnerung. Und das Zweite ist, wo ist die Messlatte? Wir haben, wie gesagt, relativ kurze Verordnungen. Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das Bundesgesetz hat 1.502 Paragraphen, das ASVG hat 808 Paragraphen und die Messlatte für Verständlichkeit legt der Verfassungsgerichtshof regelmäßig fest und da gibt es eine berühmte Entscheidung, die ist unter dem Titel „Denksporterkenntnis“ in die Geschichte eingegangen, da hat der Verfassungsgerichtshof ausgesprochen, dass für eine ASVG-Novelle zum Verständnis außerordentliche, methodische Kenntnisse, qualifizierte juristische Fähigkeiten und Erfahrungen eine gewisse Lust zur Lösung von Denksportaufgaben und archivarischer Fleiß erforderlich sind. Das geht natürlich nicht. Wir sind davon sehr weit entfernt und ich glaube, dass es nicht angemessen ist, die Verwaltungen mit der Durchforstung von 690 Vorschriften zu belasten, von denen wahrscheinlich 685 unbedenklich sind, um vielleicht fünf rauszufinden und zu verbessern. Die Einladung darf ich wiederholen vom Kollegen, wenn irgendein Problem auftaucht bei einer bestimmten Verordnung, einfach aufstehen und anmelden, dass irgendjemand verzweifelt ist, weil er das nicht verstehen kann, dann wird man das sinnvollerweise ändern. Wir werden uns daher gegen die Dringlichkeit und gegen den Antrag aussprechen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit des Antrages. Wünscht die Antragstellerin das Schlusswort oder ein Schlusswort, ein mögliches?

Gemeinderätin **Unger:**

Ich nehme an, es wird das Schlusswort sein. Danke für die Anmerkungen zu diesem Antrag. Unser Ansinnen ist es einfach, die Dinge möglichst einfach zu machen. Es geht da natürlich, wenn so dargestellt wird, als wäre das eine rein auf weitere Wahlen, ob das jetzt der Wirtschaftskammer oder sonst was ist, schielende Maßnahme zu sein, dann muss ich leider sagen, wird uns Unrecht getan, sondern es ist tatsächlich ein ernsthaftes Bemühen, die Dinge zu vereinfachen, und es darf ich einfach bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Ansinnen durchaus ein gutes ist. Ich verstehe, dass das eine große Aufgabe ist, ich glaube trotzdem, dass es wichtig ist, immer wieder auch zu überprüfen, inwiefern die Dinge zweckdienlich abgehandelt werden können. Ich habe sowohl zum Beispiel als Fördernehmerin, aber auch als Mitarbeiterin die Erfahrung gemacht, dass das sehr gut ist, das immer wieder zu überprüfen und den Bedingungen anzupassen. Das passiert in den Abteilungen laufend, das einmal als einen geordneten, gesammelten Prozess zu machen, halte ich nach wie vor für eine nicht schlechte Idee, ich kann allerdings auch verstehen, dass man natürlich die Verwaltung nicht entsprechend überstrapazieren möchte, darf trotzdem noch einmal dafür werben. Grundsätzlich ist es, glaube ich, ein Anliegen, dass uns eint, dass man für Bürger und Bürgerinnen, für Unternehmer und Unternehmerinnen, aber auch für alle anderen die Förderungen in Anspruch nehmen, das möglichst einfach zu gestalten, indem die Ansprechpartner klar sind, die Anforderungen, auch die Verbindungen zu anderen Gebietskörperschaften und Förderungsebenen zum Beispiel, das sind erfahrungsgemäß durchaus herausfordernde Sachen und im Sinne dieser Überlegungen ist dieser Antrag gedacht. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Dringlichen Antrag. Wer ist für den Antrag? Das ist die Minderheit. Gegenprobe, der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag – dem Mobilitätsplan 2040. Antragsteller ist der Gemeinderat Huber und ich übergebe den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (14.52 Uhr)

**8.3 Mobilitätsplan 2040 – bei derartig tiefgreifenden Einschnitten braucht es eine Volksabstimmung
(GR Huber, ÖVP)**

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, wenn wir uns die Gemeinderatssitzungen in dieser Periode ansehen, wird schon klar, dass das Thema Verkehr beziehungsweise wie wir uns als Gesellschaft in Zukunft fortbewegen, durchaus ein Zentrales ist, dementsprechend heiß wird dieses Thema auch diskutiert und spätestens seit dem Bekanntwerden des Mobilitätsplanes 2040 ist dieses Thema auch in der Bevölkerung angekommen und da wird auch jedem klar, dass es unter einer Stadträtin Judith Schwentner zu massiven Eingriffen in den Verkehr und somit auch in das tägliche Leben eines Jeden in unserer Stadt kommt und ja, das wird passieren und das passiert auch schon. Denn, wenn wir uns das Jahr 2040 anschauen, müssen wir, glaube ich, nicht so lange warten, dass uns die massiven Eingriffe erwarten. Denn schauen wir uns das einmal an: Zum Beispiel wird das Misserfolgsprojekt Fahrradstraße auf viele weitere Straßen in dieser Stadt ausgerollt, zum Beispiel die Marburger Straße, die ja eher zu meinem Unfallhotspot geworden ist, als zu einer richtigen Fahrradstraße oder die Innenstadt, die in den vergangenen Monaten eher einer Großbaustelle glich und das Leben der Unternehmerinnen und Unternehmer in der Innenstadt erschwerte oder das absolute Highlight grüner Verkehrsplanung nämlich, dass Fahrzeuge über einer Länge von zehn Meter nicht mehr über die Tegetthoffbrücke fahren dürfen beziehungsweise linksabbiegen dürfen,

sondern wenn sie auf die andere Murseite möchten, zur Keplerbrücke fahren müssen, der Feinstaubwert in unserer Stadt wird uns das danken und zu all dem sagt die Verkehrsstadträtin Judith Schwentner immer, dass sie nur das umsetzte, was die Bevölkerung möchte und ich glaube, da haben wir ein bisschen eine andere Sicht, denn wenn wir mit der Bevölkerung sprechen, hört man da relativ wenig von Radhighways oder die zu vielen Parkplätze, die gestrichen werden müssen, sondern da hört man eher in den Außenbezirken die Sorge, dass noch immer keine Gehsteige gebaut worden sind. Da denke ich zum Beispiel an die Bezirke Gösting und Ries, wo wir schon seit langem die Lückenschlüsse bei den Gehsteigen fordern oder in der Burenstraße, wo nach einem groß angelegten Umbau Haltestellen errichtet wurden, die leider nicht barrierefrei sind und eine echte Zumutung für ältere Personen beziehungsweise auch Personen mit Beeinträchtigungen darstellen. Die ÖV-Anbindung der Außenbezirke ist teilweise stark lückenhaft beziehungsweise in manchen Stadtteilen gar nicht gegeben oder immer mehr Fußgängerinnen und Fußgänger klagen über die mangelnde Sicherheit im Straßenverkehr und da verweise ich auch auf unseren Dringlichen Antrag im letzten Jahr, wo wir für mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger in unserer Stadt eingetreten sind und der von der Koalition leider abgelehnt wurde. Oder das Thema Park & Ride-Anlagen, das heute schon thematisiert wurde, der leider nicht ausgebaut wird, siehe Murpark, siehe Webling, siehe Andritz. Und anstatt, dass man diese Probleme angeht und sie löst, werden weitere grüne Prestigeprojekte in unserer Stadt umgesetzt und ein Mobilitätsplan 2040 entworfen, der das Potenzial durchaus besitzt, an der Lebensrealität der Bevölkerung vorbeizugehen und da ist ja die Frau Vizebürgermeisterin immer wieder betont, sagen wir deshalb, machen wir die Probe aufs Exempel und stimmen darüber ab, und aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie eine Volksabstimmung gemäß dem Steirischen Volksrechtegesetz zum Mobilitätsplan 2040 durchgeführt werden kann.

Beziehen wir die Bevölkerung endlich ein in die Planungen. Ich glaube, das wäre sehr, sehr wichtig. Vor allem die Grünen haben immer wieder mehr Bürgerbeteiligung gefordert, jetzt können wir es gemeinsam umsetzen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Verkehrspolitik in Graz war in den letzten drei Jahren sehr ideologielastig. Anstatt sinnvolle Lösungen zu suchen und ein Miteinander im Verkehr zu finden, wurden die einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt. Dem Rad wurde alles untergeordnet. Fußgänger, ÖV oder gar der IV waren nicht mehr erwünscht.

Als Begleiterscheinung dieser Politik – die flankiert wurde durch das großflächige Streichen von Parkplätzen bei gleichzeitiger Erhöhung der dafür notwendigen Tarife – wurde die Erreichbarkeit von einzelnen Stadtgebieten, insbesondere der Innenstadt einerseits und die Mobilität vieler vulnerabler Gruppen (Seniorinnen und Senioren, Familien, Menschen mit Behinderung) massiv eingeschränkt.

Viele Grazerinnen und Grazer stehen täglich im Stau. Dieses Gefühl ist inzwischen allgegenwärtig, nicht nur durch die Omnipräsenz der steierischen Landeshauptstadt in regionalen und überregionalen Verkehrsinformationen verschiedener Radioanstalten, sondern belegt durch das Stauranking des Navi Herstellers TomTom. Sollte die Entwicklung auch im vierten Quartal so weitergegangen sein, könnte Graz im Jahr 2024 zur Stauhauptstadt von Österreich avisieren.

Kurz vor der Landtagswahl ist medial ein Papier aufgetaucht, das offenbar die Strategie für den Grazer Verkehr für das Jahr 2040 darstellen sollte. Medial kolportiert wurden weitere massive Einschnitte für viele Verkehrsteilnehmer und eine massive Verschärfung der bisher schon leidgeplagten Stausituation. Die Erreichbarkeit wie auch die Mobilität würde weiter massiv eingeschränkt werden.

Da es sich um einen gravierenden Eingriff in die Lebensrealität aller Grazerinnen und Grazer handelt und damit um eine wesentliche Zukunftsentscheidung für Graz, schlagen wir als Grazer Volkspartei vor, direkt die Grazerinnen und Grazer zu befragen, ob sie einen derartigen Plan auch für sinnvoll erachten oder ob sie weniger radikale Maßnahmen, die ein Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsteilnehmer ermöglichen, für sinnvoller erachten.

Beispielhaft für die Fehlentwicklungen der Kahr – Schwentner Koalition sei etwa die Lösung für den Opernring genannt. Durch die massive Verbreiterung des vorgesehenen Radweges, musste auf die sinnvolle Busspur verzichtet werden. Hier wurde eindeutig das Rad dem Ausbau des ÖV vorgezogen

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie eine Volksabstimmung gemäß dem steirischen Volksrechtegesetz zum Mobilitätsplan 2040 durchgeführt werden kann.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Wortmeldungen zur Dringlichkeit bitte. Herr Gemeinderat Kozina-Voit, bitte.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und Zuseherinnen, lieber Markus. Es freut mich, dass du den Mobilitätsplan 2040 hier thematisierst. Ich möchte jetzt gar nicht auf die ganzen Inhalte, die du da gesagt hast, eingehen. Da haben wir schon oft diskutiert im Gemeinderat, ich habe nicht das Gefühl, dass da irgendwas bei euch

ankommt. Ihr erzählt einfach eure Geschichte, stur weiter. Ist euer gutes Recht, aber nicht sehr konstruktiv. Aber auch zum Thema Volksabstimmung, ich bin grundsätzlich ein Fan der direkten Demokratie, dann habe ich mir gedacht, das klingt gut. Dann habe ich mir überlegt, was ist eigentlich die Fragestellung, über die ihr da jetzt abstimmen wollt? Du weißt, wir sind gerade mitten in den Abstimmungen zum Teil 2, das heißt, es geht es um die Maßnahmen, es geht um die Handlungsfelder, das soll im Frühjahr jetzt fertig werden. Soll jetzt nur über diesen Maßnahmenplan dann abgestimmt werden oder wollt ihr Teil 1 auch reinnehmen, die Ziele, die wir letztes Jahr am September schon im Gemeinderat beschlossen haben? Also, was soll denn da abgestimmt werden? Und eine Abstimmung macht meiner Meinung nach, oder unserer Meinung nach, nur dann Sinn, wenn es auch mehr Möglichkeiten gibt, wenn die ÖVP sagt: „Ok, wir hätten andere Ziele, wir wollen den Autoverkehr verdoppeln und den Radanteil halbieren“ oder wenn ihr andere Maßnahmen habt, um die Ziele zu erreichen, dann haben die Menschen die Wahl, aber so. Wir haben derzeit nicht einmal eine gültige Mobilitätsstrategie. Die letzte Mobilitätsstrategie ist 2020 ausgelaufen vor mehr als fünf Jahren. Das war auch schwarz-blau damals offenbar völlig egal. Wir haben gleich 2022 dann begonnen, einen Mobilitätsplan zu erarbeiten und wir haben die Menschen, und das ist wirklich zentral zum Thema der Demokratie, wir haben die Menschen von Anfang an in diese Entwicklung als Mobilitätsplan, in einem nie dagewesenen Ausmaß, eingebunden. Da wart ihr dabei als Parteien, da waren die Bezirke mit dabei, da waren die Interessensvertretungen dabei, da waren die Stakeholder aus der Zivilgesellschaft dabei, es hat offene Dialogveranstaltungen gegeben, wo jede Grazerin, jeder Grazer mit dabei sein konnte, es hat Onlineformate für die breite Bevölkerung gegeben, also viel demokratischer kann man so einen Mobilitätsplan nicht erarbeiten. Das heißt, was jetzt dringlich ist, ist nicht eine Volksabstimmung, sondern, dass wir endlich wieder einen Mobilitätsplan für Graz haben. Von eurer Seite würde ich mir da mehr Ehrlichkeit wünschen. Wenn es euch am wichtigsten ist, dass man mit dem Auto überall hinfahren kann, ok. Es kommt genau heraus am Ende des Tages, wenn man euer Abstimmungsverhalten anschaut. Uns ist am wichtigsten, dass man mit allen Verkehrsmitteln überall hinkommt, aber dass es

eben ein bisschen attraktiver ist, vielleicht zu Fuß zu gehen, das Rad zu nehmen oder den ÖV zu nehmen und es gibt viele Menschen, die heute nicht Gehen, Radfahren oder den ÖV nutzen, weil es ihnen zu gefährlich ist, weil es ihnen zu unbequem ist. Es gibt viele Menschen, die an vielbefahrenen Straßen leben und unter dem Verkehr leiden. Im Mobilitätsplan 2040 werden wir die alle berücksichtigen. Der Mobilitätsplan 2040 ist auch das gerade von euch vielfach geforderte Gesamtkonzept. Der garantiert höchste Mobilität für alle Menschen und der wird auch helfen, die Luftqualität weiter zu verbessern, den Lärm zu reduzieren, die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen, die Temperaturen in der Stadt erträglich zu halten und die Stadt lebenswerter, grüner und gesünder zu machen, deswegen abschließend die Einladung, es wäre schön, wenn wir nicht so viel gegeneinander arbeiten, wenn ihr da nicht Unwahrheiten verbreitet, wie es du wieder in deiner Rede gemacht hast und dann mit populistischen Anträgen daherkommt, sondern wenn wir da konstruktiv zusammenarbeiten. Die beschlossenen Ziele sind wichtig, vielleicht habt ihr da gute Ideen, ihr habt zum Teil auch schon welche eingebracht, dafür sind wir immer gerne offen, dass wir den Zielen dann am Ende des Tages tatsächlich näherkommen. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Als Nächster Herr Stadtrat Eber, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Lieber Antragsteller, du hast heute ja schon einiges inhaltlich auch dazu gesagt, zu diesem Antrag zum Mobilitätsplan 2040. Ich möchte heute ausnahmsweise einen aktuellen ÖVP-Vorsitzenden zitieren, der heute gesagt hat: „Ich glaube, Sie haben da eine Feinheit übersehen“ in einem anderen Zusammenhang natürlich. Ich habe mir den Antrag sehr genau durchgelesen. Da heißt es, die zuständigen Stellen werden ersucht zu prüfen, wie eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann. Die

Antwort auf diese Frage, wie eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann, gibt uns der § 130 des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, im Absatz 2 heißt es dort „Beschlüsse des Gemeinderates in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches sind einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn dies der Gemeinderat gleichzeitig mit der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses beschließt“. Damit ist eigentlich alles klargestellt, die Frage ist beantwortet und der Antrag somit eigentlich hinfällig. Deswegen gibt es von uns auch keine Zustimmung. Danke.

Bürgermeisterin Kahr:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann Pascuttini:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, also, zwei sehr entlarvenden Wortmeldungen die wir da von der Regierungskoalition gehört haben. Zum einen der Herr Dr. Kozina-Voit spricht, er ist für die direkte Demokratie, wenn sie nicht gegen grüne Ideologieprojekte ist. Ok, nehmen wir zur Kenntnis. Der Herr Stadtrat Eber hat das Gesetz im Kopf, Chapeau, hat gut funktioniert, oder hat es zumindest vorgelesen. Mich würde halt eher interessieren, gar nicht an Sie gerichtet, Herr Stadtrat, sondern an Ihre Frau Bürgermeisterin gerichtet, was hat sich denn geändert zu Ihrer Einstellung zu früher, wo Sie diese Volksabstimmungen und diese Volksbefragungen eigentlich ganz gut gefunden haben? Da haben wir nämlich eine Presseaussendung gefunden, zur Volksbefragung Murkraftwerk. „Wir halten Wort“ sagt die Frau Bürgermeisterin damals. „Die KPÖ hat immer eine Volksbefragung zum Murkraftwerk angestrebt, dazu stehen wir. Wir wollen Wort halten und Demokratie leben“, also Volksabstimmungen, Volksbefragungen, das ist Demokratie leben für die KPÖ gewesen. Man muss sich die Frage stellen, was hat sich denn geändert? Und jetzt, um an Christian Stocker zu erinnern, der hat letztens gesagt, und das passt für Sie auch sehr, sehr gut, Frau Bürgermeisterin, gar nichts hat sich geändert, Sie machen nur jetzt etwas anderes, als

Sie damals gesagt haben und das finde ich falsch, das finde ich verwerflich, weil man sieht bei Ihnen genau diese mit der Metamorphose von der Oppositionsbank, dann auf die Regierungsbank, machen sie all das, was sie früher kritisiert haben, selbst nämlich auch nicht. Das ist leider sehr, sehr schade und es ist sehr, sehr entlarvend. Wir haben schon sehr, sehr oft die Diskussionen gehabt, machen wir doch eine Volksbefragung zu diesem Thema, zu jenem Thema. Sie waren immer dagegen. Sie waren immer dagegen, sei es beim Stadion gewesen, sei es beim Vershubbahnhof gewesen, sei es jetzt da gewesen, sei es bei unserem Antrag zum Grazer Verkehr gewesen, da war damals auch die ÖVP dagegen, jetzt ist sie dafür. Wir sind natürlich dafür, also wir werden das mit euch gemeinsam heute wahrscheinlich nicht beschließen, aber gerne, solltet ihr eine entsprechende Unterschriftenaktion starten, dann natürlich auch für die notwendigen Unterschriften sorgen, weil das Volksrechtegesetz, das Steiermärkische Volksrechtegesetz, das bietet ja auch die tolle Möglichkeit, die Unterschriften zu sammeln und Sie sozusagen zu einer derartigen Volksbefragung zu zwingen und es sind jetzt bei diesem gewichtigen Thema, bei dem Mobilitätsplan, klingt sehr schwer, im Endeffekt geht es hier um einschneidende Veränderungen für so ziemlich jeden Grazer. Da geht es ja wirklich um eine grundlegende Weichenstellung, die womöglich auch in Zukunft nicht mehr korrigiert werden kann, wenn man jetzt in diese Richtung geht. Ich glaube, das Thema ist so schwerwiegend, das ist schwerwiegender als das Murkraftwerk, wobei ich nichts in Vergleich stellen möchte. Ich finde, man sollte viel öfters befragen. Man kann Themen gar nicht herabqualifizieren, die sind zu klein oder das passt nicht und Herr Stadtrat Eber, über die Fragestellung kann man sich dann schon Gedanken machen. Ich glaube, was der Herr Kollege Huber mit seinem Antrag wollte, ist, dass die Stadt sagt, ok, prüft bitte, wie kann das umgesetzt werden mit welcher Frage, weil der Mobilitätsplan an und für sich, und das sage ich ganz offen, ich glaube, das wird sehr, sehr schwierig, da eine Frage zu finden, die den ganzen Mobilitätsplan abdeckt, aber die grundlegende Stoßrichtung, dass man die Menschen dazu befragt, das ist grundrichtig. Es ist entlarvend, wenn die KPÖ und die Grünen sich oder die Volksbefragung...

Zwischenruf

Klubobmann **Pascuttini:**

Ja, gibt es beidem im Steiermärkischen Volksrechtegesetz. Beide Male wird die Bevölkerung befragt, das sind Feinheiten. Ich würde ja vorschlagen, dass man sich doch dazu bewegt diese Volksbefragung, oder Volksabstimmung, was auch immer, die Grazer Bevölkerung zu befragen, sich davor nicht scheut und es ist eigentlich entlarvend, was Sie hier abziehen. Von uns gibt es die Zustimmung. Wird leider nicht reichen, aber dann bin ich dafür, dass man die Grazer Bevölkerung 10.000 Stück Unterschriften sammeln, um dann im Endeffekt diese Volksbefragung Ihnen sozusagen aufzwingen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Herr Gemeinderat Lenartitsch, bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderäte, liebe Zuseher, lieber Antragsteller. Volksbefragung in dieser Hinsicht finde ich jetzt schon etwas gefährlich, nämlich aus welchem Grund? Es gibt Ziele, die es von der EU vorgeschrieben gibt, um Förderungen zu bekommen und aufgrund dessen müssen wir als Stadt bis Ende 2027 einen Maßnahmenkatalog, einen Masterplan errichten, um weiterhin Förderungen zu bekommen. Was das für die Stadt heißen würde, wenn wir jetzt sagen, wir machen eine Volksbefragung und der Entscheid ist „Wollen wir nicht“, heißt das, wir können dort diese Fördertöpfe nicht mehr anzapfen. Was das finanziell wahrscheinlich für uns bedeutet, für die Stadt, für die angespannte Situation, müssen wir uns dann aber auch im Klaren sein und es ist halt schwierig zu sagen „Ich hätte gerne mehr Basisdemokratie. Machen wir eine Volksbefragung für etwas, für ein Ziel, das ich als Stadt erreichen muss“, bitte das zuerst überlegen und dann die Frage stellen, ob wir

uns wirklich mit einer Volksbefragung zum Thema einer Maßnahme, für die wir EU-Förderungen brauchen wirklich auseinandersetzen wollen und müssen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es geht nur pro Fraktion eine Wortmeldung. Eine tatsächliche Berichtigung? Bitte, Frau Gemeinderätin Mohsenzada.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Um es nochmal zu berichtigen, also, eine Volksabstimmung ist nicht eine Volksbefragung. Eine Volksabstimmung ist im § 130 so geregelt, dass die der Gemeinderat beschließen kann und die eine Volksbefragung ist da, wo man die 10.000 Unterschriften benötigt. Das muss man jetzt noch einmal berichtigen und auch, dass die KPÖ eigentlich einer Volksabstimmung zugestimmt hat von Ihnen, Herr Kollege Pascuttini, übernächste Woche findet eine Volksabstimmung statt.

Zwischenruf

Klubobmann **Pascuttini**:

Vollkommen richtig. Tatsächliche Berichtigung: Sie haben zugestimmt, nachdem die nötigen Unterschriften da waren. Sie konnten gar nicht dagegen stimmen, das wäre gar nicht möglich gewesen, also ja, tatsächlich richtig, Sie haben zugestimmt, nachdem Sie gezwungen waren zuzustimmen. Es war halt nicht freiwillig.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wobei den Brief zur Prüfung an die ÖBB hätte ich so auch geschrieben, ohne die Volksbefragung. Bitte weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Bevor wir zur Abstimmung kommen, Herr Gemeinderat Huber, noch das Schlusswort.

Gemeinderat **Huber**:

Ja, vielen Dank, lieber Alexis, so ganz stimmt es ja nicht. Die Frau Bürgermeisterin ist schon bei Themen für eine Volksbefragung, die ihr eigenes Wähler-Klientel betrifft - Pflege, Wohnen, Soziales, da geht sie ja schon selbst auch auf die Straße, nur wenn es darum geht, den grünen Koalitionspartner zufriedenzustellen, da sind wir auf einmal gegen eine Bürgerbefragung, aber macht ja nichts. Diese Koalition hat einfach Angst vor der Bevölkerung, die werden wir euch auch noch nehmen, denn so wird es auf Dauer sicher nicht weitergehen, dass ihr drüberfährt über die Bürgerinnen und Bürger. Das wird sich auch die Bevölkerung nicht weiter gefallen lassen. Deswegen, lieber Kollege Kozina-Voit, was werden wir denn Abstimmen? Na ja, ihr habt die Bürger vielleicht eingebunden, einige Bürger sagen es war vielleicht nicht ganz so gut, wie du es jetzt beschrieben hast, aber ok, sei dahingestellt, aber das Ergebnis wissen die Bürger nicht und lassen wir über das abstimmen und wenn das Ergebnis eh so gut ist, wie du immer beschreibst, dann werden Sie dafür sein. Dann müsst ihr keine Angst haben vor der Bevölkerung. Dann machen wir es, dann freue ich mich auf eure Zustimmung heute. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielleicht nur für die Zuhörer:innen, es gibt im Mobilitätsplan noch keine konkreten Maßnahmen, die zur Abstimmung geeignet wären. Wenn es diese gäbe, und man möchte meinen, dass man darüber abstimmen kann, aber da ist eh der Gemeinderat dann zur Sache, dann kann man das auch tun, also insofern muss man ein bisschen vorsichtig sein, was man da verbreitet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Dringlichen Antrag? Gegenproben, die Dringlichkeit ist somit nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag und ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Würz-Stalder. Hier geht es um einen besseren Schutz wertvoller Gebäude vor dem Abbruch.

8.4 Besserer Schutz wertvoller Gebäude vor Abbruch (GRⁱⁿ Würz-Stalder, Grüne)

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseher:innen auf der Tribüne und im Livestream. Ich möchte einen Dringlichen Antrag vortragen zum besseren Schutz wertvoller Gebäude vor dem Abbruch. Wie wir alle wissen, hat die hohe Bautätigkeit in den letzten 20 Jahren unsere Städte und Siedlungen am Land stark verändert und vielfach wurde auch Gebäudebestand, wurde und wird auch noch abgerissen und durch Neubau ersetzt. Damit gingen oftmals wertvolle und vor allem für das Ortsbild identitätsstiftende Gebäude verloren und wurden durch Neubauten, die weniger zur Qualität und Aufwertung des Ortsbildes beitragen, ersetzt. Diese Entwicklung wird von der Bevölkerung durchaus kritisch beobachtet und auch kommentiert. Diese Kritik wird bestärkt durch die Deklaration von Davos 2018, die das Kulturerbe als zentrales Element der hohen Baukultur erklärt. Sie streicht auch heraus, dass Baukultur die Verbundenheit mit dem Ort und die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Umfeld ermöglicht und zur Verbesserung der Lebensqualität damit beiträgt. Um den voreiligen Abbruch von Gebäuden, die z.B. vor 1945 errichtet wurden und nicht in Schutzzonen liegen, aber für die dennoch öffentliches Interesse besteht zum Erhalt, stellte Gemeinderätin Christine Braunersreuther bereits in der Gemeinderatssitzung im Februar 2023 einen richtigen und wichtigen Dringlichen Antrag, und zwar, wurde mehrheitlich beschlossen, mit dem Ziel, nach dem Vorbild in Wien durch Änderung im Baugesetz Gebäudebestand eben vor 1945, aber auch jüngere Gebäude unter Schutz

zu stellen und damit vor dem Abbruch zu schützen. In seiner Beantwortung wies der Petitionsausschuss des Steiermärkischen Landtages darauf hin, dass das Steiermärkische Baugesetz generell eine Bewilligungspflicht für den Gebäudeabbruch vorsieht, anders als in Wien. Daher sei es jetzt schon strenger als das Wiener Baugesetz. Zusätzlich gelten in Graz strengere Vorschriften für schutzwürdige Bauten im Schutzgebiet nach den Bestimmungen des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, GAEG. Allerdings führte der Petitionsausschuss aus, dass es durchaus überlegenswert sei, die geltenden Schutzbestimmungen nach dem GAEG künftig auch auf jene Gebäude anzuwenden, die außerhalb der Schutzzonen liegen und die vor 1945 errichtet wurden. Dies wäre über eine Novelle des GAEG zu regeln. Diesen vom Petitionsausschuss vom Landtag aufgezeigten Weg sollten wir als Stadt Graz unbedingt weiter verfolgen. Bittet der doch die Möglichkeit schützenswerter Gebäude in unserer Stadt die außerhalb der Grenzen der Altstadterhaltungszone oder der Altstadtsschutzzonen liegen besser vor Abbruch bewahren. Dem erhöhten Schutz von Bauten nach 1945 erteilt die Beantwortung durch das Land Steiermark eine Absage. Begründet wird dies mit der geringeren Energieeffizienz dieser Gebäude und der Möglichkeit zur Nachverdichtung bei gleichzeitiger Entsiegelung. Dennoch gibt es in Graz Bauwerke dieser Zeit, die aufgrund ihrer baugeschichtlichen und baukulturellen Qualität schützenswert sind. So fordert der Experte Universitätsprof. Dr. Anselm Wagner dringend die Unterschutzstellung von Beispielen der über die Grenze von Österreich hinaus bedeutsamen Grazer Schule aber auch der Nachkriegs- und Postmoderne. Einige dieser Bauten wurden bereits abgerissen, wie zum Beispiel der Zubau zur Schule Alt-Grottenhof, Architekt Manfred Zernig, das Haus Fuchs von Architekt Heinz Wondra oder das mittlerweile einem Neubau gewichene Werkstattgebäude am WIFI-Gelände von Architekten Kordon. In der Publikation „SOS Grazer Schule“, die im Übrigen im Internet abrufbar ist, gibt er einen Überblick über Beispiele, die außerhalb der Altstadtsschutzzonen liegen, und die er als wichtige Elemente des Stadtbildes und wertvolle Dokumente der Baukunst bezeichnet. In diesem Sinn stelle ich im Namen der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag:

Erstens, der Steiermärkische Landtag wird ersucht, das Grazer Altstadterhaltungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die Schutzbestimmungen, die für Gebäude innerhalb der Schutzzone gelten, auch auf jene Gebäude angewendet werden, die vor 1945 errichtet wurden, die jedoch außerhalb der Schutzzone liegen. Zweitens, darüber hinaus wird der Steiermärkische Landtag ersucht, die Gebäude mit bauhistorischer und baukultureller Qualität, zum Beispiel der Grazer Schule, die nach 1945 errichtet wurden und außerhalb der Schutzzonen liegen, entsprechende Schutzbestimmungen gesetzlich zu verankern. Ich freue mich auf die Diskussion und hoffe auf breite Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die hohe Bautätigkeit in den letzten 20 Jahren hat die Städte und auch die Siedlungen am Land stark verändert: Gebäudebestand wurde und wird abgerissen und durch Neubau ersetzt. Damit gingen oftmals wertvolle und vor allem für das Ortsbild identitätsstiftende Gebäude verloren und wurden durch Neubauten, die wenig zur Qualität und Aufwertung des Ortsbilds beitragen, ersetzt. Diese Entwicklung wird von der Bevölkerung durchaus kritisch beobachtet und kommentiert. Bestärkt wird diese Kritik auch durch die Davos Declaration 2018, die das Kulturerbe als „ein zentrales Element hoher Baukultur“ erklärt. Sie streicht heraus, dass Baukultur die Verbundenheit mit dem Ort und die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Umfeld ermöglicht und zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

Um den voreiligen Abbruch von Gebäuden, die nicht in Schutzzonen liegen aber für deren Erhalt dennoch öffentliches Interesse bestehen könnte, stellte Gemeinderätin Christine Braunersreuther bereits in der Gemeinderatssitzung im Februar 2023 einen Dringlichen Antrag (Petition an das Land Steiermark). Ziel des mehrheitlich beschlossenen Antrages war es, nach dem Vorbild von Wien durch Änderungen im Baugesetz Gebäudebestand besser vor Abbruch zu schützen. Unter bestimmten Voraussetzungen sollten auch jüngere Gebäude unter Schutz gestellt werden können.

In seiner Beantwortung wies der Petitionsausschuss des Steiermärkischen Landtags darauf hin, dass das Steiermärkische Baugesetz generell eine Bewilligungspflicht für einen Gebäudeabbruch vorsieht. Daher sei es schon jetzt strenger als das Wiener Baugesetz. Zusätzlich gelten in Graz strengere Vorschriften für schutzwürdige Bauten im Schutzgebiet nach den Bestimmungen des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes (GAEG). Allerdings führt der Petitionsausschuss aus, dass es durchaus überlegenswert sei, die geltenden Schutzvorschriften nach dem GAEG künftig auch auf jene Gebäude anzuwenden, die außerhalb der Schutzzonen lt. GAEG liegen und die vor 1945 errichtet wurden. Dies wäre über eine Novelle des GAEG zu regeln.

Diesen vom Petitionsausschuss des Landtags aufgezeigten Weg sollten wir als Stadt Graz unbedingt weiterverfolgen, bietet er doch die Möglichkeit, schützenswerte Gebäude in unserer Stadt, die außerhalb der Grenzen der Altstadtschutzzonen liegen, besser vor Abbruch zu bewahren.

Dem erhöhten Schutz von Bauten nach 1945 erteilt die Beantwortung durch das Land Steiermark eine Absage. Begründet wird dies mit der geringen Energieeffizienz dieser Gebäude und der Möglichkeit zur Nachverdichtung bei gleichzeitiger Entsiegelung. Dennoch gibt es in Graz Bauwerke dieser Zeit, die aufgrund ihrer baugeschichtlichen und baukulturellen Qualität schützenswert sind. So fordert der Experte Univ. Prof. Dr. Anselm Wagner dringend die unter Schutzstellung von Beispielen der über die Grenzen von Österreich bekannten Grazer Schule aber auch der Nachkriegs- und Postmoderne.

Einige dieser Bauten wurden bereits abgerissen wie z.B. der Zubau zur Schule Alt-Grottenhof von Arch. Manfred Zernig, das Haus Fuchs von Arch. Heinz Wondra oder das mittlerweile einem Neubau gewichene Werkstattgebäude am WIFI-Gelände von den Arch.en Kordon. In der Publikation SOS Grazer Schule (siehe: SOS Grazer Schule | September 2021) gibt er einen Überblick über Beispiele die außerhalb der Altstadt-Schutzzonen liegen und die er als „wichtige Elemente des Stadtbildes und wertvolle Dokumente der Baukunst“ bezeichnet.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1. Der Steiermärkische Landtag wird ersucht, das Grazer Altstadterhaltungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die Schutzbestimmungen, die für Gebäude innerhalb der Schutzzone gelten, auch auf jene Gebäude angewendet werden, die vor 1945 errichtet wurden, die jedoch außerhalb der Schutzzone liegen.*
- 2. Darüber hinaus wird der Steiermärkische Landtag ersucht, für Gebäude mit bauhistorischer und baukultureller Qualität (Grazer Schule), die nach 1945 errichtet wurden und außerhalb der Schutzzone liegen, entsprechende Schutzbestimmungen gesetzlich zu verankern.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Antragstellerin, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, weil wir schon in der Vergangenheit, vielleicht kann sich noch jemand weiter zurückerinnern, es gibt einige wenige Gemeinderäte, die sich seinerzeit mit der Peter Laukhardt-Aufstellung beschäftigt haben. Vielleicht kann sich noch jemand erinnern, wir haben seinerzeit auf unserer Seite einen Antrag gestellt, dass man hier diese Aufstellung von etwa 650 bis 700 schützenswerter Gebäude außerhalb, innerhalb, das ist ein sehr großer Katalog gewesen, noch einmal danke an Peter Laukhardt, der das zusammengestellt hat, also das heißt, wir haben Grundlagen dafür, deshalb denke ich, sollte man auf dieser Grundlage allenfalls aufbauen. Wir werden dann inhaltlich einen Abänderungsantrag stellen, aber dass es dringlich ist, ist keine Frage.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Dringliche Anträge, äh, zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann darf ich dich bitten.

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Bin ich schon beim Abschlusswort?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ja, aber du musst nicht. Dann kommen wir einmal zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist einstimmig gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zum Inhalt selbst darf ich bitten um Wortmeldungen. Noch einmal Herr Gemeinderat Topf, bitte.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, dem vorliegenden Motivenbericht, der ausführlich dargestellt wurde von meiner Kollegin oder von unserer Kollegin Würz-Stalder, können wir auf weite Strecken zustimmen, selbstverständlich. Das war ja von unserer Seite auch seinerzeit, ich sage, ich schaue ein bisschen in die Vergangenheit, immer auch ein Thema. Wir haben übrigens auch dem ersten Punkt des Antrages von der Frau Kollegin Braunersreuther seinerzeit zugestimmt, nur um das noch einmal einzuordnen. Seitens der ÖVP erscheint uns jedoch wichtig darauf hinzuweisen, dass das Jahr 1945 relativ, sage ich einmal, bewusst unterstreichend, willkürlich gewählt ist. Ebenso sollte man

bedenken, und das ist jetzt die finanzielle Komponente, dass eine einfache Ausweitung ohne Prüfung, insbesondere auch was die finanziellen Konsequenzen, ich denke hier, im Klammer, an den Altstadterhaltungsfonds, dass das allenfalls ein bisschen überhastet erscheint. Sinnvoll hingegen wäre es, wenn die betroffenen Abteilungen, die führe ich dann im Antrag selbst an, der Stadt Graz zuerst diesen Antrag prüfen sollten und erst in weiterer Folge einen entsprechenden Bericht, welche Verbesserungen des Altstadterhaltungsgesetz mit allfälligen Auswirkungen auf das Baugesetz, das ist nämlich entscheidend wichtig, aus Ihrer Sicht sinnvoll wären, dass dieser Bericht an uns ergeht. Ich sage das deshalb, weil wir mit Petitionen sozusagen so allgemein formuliert, sage ich einmal vorsichtig, keine sehr guten Erfahrungen gemacht haben, also das heißt, ich darf folgenden

Abänderungsantrag

stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass Kulturamt, die Stadtbaudirektion, die Stadtplanung und natürlich auch die Bau- und Anlagenbehörde sowie allenfalls auch die Finanzdirektion, sollten gemeinsam, basierend auf dem Motiventext, den wir, wie gesagt, durchaus unterstreichen wollen und können, einen Bericht erarbeiten, der sinnvolle und zweckmäßige, nämlich konkrete Änderungen des Altstadterhaltungsgesetzes und in weiterer Folge auch für das Baugesetz zum Schutz unserer wertvollen Bausubstanz vorsieht. Dieser Bericht, wie wir also weiter vorgehen, präzisierend vorgehen, sollte dem zuständigen Ausschuss bis April, wenn es dann einen Monat später ist, soll es auch recht sein, vorgelegt werden.

Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages, damit wir sozusagen konkret, wir haben Erfahrungen gemacht mit dem Grünflächenfaktor, wenn sich jemand noch erinnern kann, da war immer wieder die Frage, wie konkret können wir bestimmte Textteile, Änderungen im Altstadterhaltungsgesetz und auch im Baugesetz konkret auch der Steiermärkischen Landesregierung beziehungsweise dem Steiermärkischen Landtag vorschreiben. Also, es geht darum, hier gemeinsam mit den Abteilungen einen konkreten Textentwurf bereits zu formulieren.

Ich bitte um Annahme des Abänderungsantrages.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Dem vorliegenden Motivenbericht können wir über weite Strecken zustimmen. Seitens der ÖVP erscheint uns aber wichtig darauf hinzuweisen, dass das Jahr 1945 relativ willkürlich gewählt ist. Ebenso sollte man bedenken, dass eine einfache Ausweitung ohne Prüfung insbesondere auch der finanziellen Konsequenzen für die Stadt überhastet erscheint. Sinnvoll hingegen wäre es, wenn die betroffenen Abteilungen der Stadt Graz zuerst diesen Antrag prüfen sollten und erst in weiterer Folge ein entsprechender Bericht, welche Verbesserungen des Altstadterhaltungsgesetzes mit allfälligen Auswirkungen auf das Baugesetz aus ihrer Sicht sinnvoll wären, ergeht.

Namens der ÖVP stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Kulturamt, die Baudirektion, die Stadtplanung, die Bau- und Anlagebehörde sowie die Finanzdirektion (Altstadterhaltungsfonds) sollten gemeinsam, basierend auf dem Motiventext, einen Bericht erarbeiten, der sinnvolle und zweckmäßige Änderungen des Altstadterhaltungsgesetzes und in weiterer Folge auch für das Baugesetz zum Schutz unserer wertvollen Bausubstanz vorsieht. Dieser Bericht soll dem zuständigen Ausschuss bis April 2025 vorgelegt werden.

Bürgermeisterin Kahr:

Danke. Bitte, Frau Gemeinderätin Braunersreuther.

Gemeinderätin **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Zuseher:innen. Liebe Ali, vielen Dank für diesen Antrag und dass du daran gedacht hast, den noch einmal einzubringen. Lieber Georg Topf, wir werden, wie du vermutlich schon ahnst, diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen, sondern dem Originalantrag, denn das, was du forderst, dass diese Stellen hier konkret einen Plan erarbeiten sollen, ist a: überflüssig dadurch, dass du ja den ausführlichen Motiventext gelobt hast, in dem das eigentlich sehr konkret drinnen steht. Zweitens wäre dafür eigentlich die Erarbeitung eines Altbaukatasters nötig, den es aber aufgrund langjähriger Versäumnisse für die Stadt Graz nicht gibt. Genau deshalb soll ja diese Pauschalbestimmung eingeführt werden, um zu verhindern, dass Gebäude, die eben nicht in einem Kataster festgehalten sind, aber trotzdem schützenswert sind, erhalten werden können. Das heißt ja nicht, dass sie nicht abgebrochen werden können. Das dreht ja einfach nur den Prozess um, dass nämlich vor der Erstellung des Abrissbescheides jemand draufschauen muss, ob es erhaltenswert ist oder nicht, und nicht, dass man nachher hergeht und sagt: „Oh mein Gott, das war ja eigentlich ein Denkmal, das irgendwie“. Natürlich 1945, so beliebig ist das auch nicht gesetzt, also 1945 war einfach der Zweite Weltkrieg aus und die größten Bomben-Schäden waren damals einfach zu beseitigen, dass da natürlich auch schützenswerte Gebäude getroffen wurden, ist nicht zu bezweifeln und natürlich greift das zum Beispiel auch nicht Bauten des Brutalismus die ja gerade, also meiner persönlichen Meinung nach, als sehr schützenswert gelten, aber dennoch muss man sich ja auf eine bestimmtes Jahr festlegen, weil sonst könnte man ja sagen, man müsste sich eigentlich alle Gebäude anschauen. Das wollen wir dann auch nicht den Behörden antun. Wir unterstützen deshalb den ursprünglichen Antrag, lehnen aber die Abänderung ab.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich die Frau Gemeinderätin Würz-Stalder ums Schlusswort bitten.

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Ich möchte abschließend noch den Hinweis von Frau Gemeinderätin Braunersreuther noch einmal verstärken. Es gibt tatsächlich einen Unterschied der Baualtersklassen vor 1945 und danach, also allein die Tatsache, dass alle Gebäude von 2000 Jahren Baukultur mehr oder weniger in nur zwei Baualtersklassen abgedeckt sind und danach die darauffolgenden in 6 zeigt, dass sich da sozusagen doch große Unterschiede ablesen lassen. Ich denke auch, dass man tatsächlich durchaus diese Pauschalbestimmung dem Land überlassen kann, denn das Land wird auch natürlich sich mit den Abteilungen der Stadt sehr wohl auch besprechen. Allerdings ist genau das, was Frau Braunersreuther gesagt hat, das was Christine gesagt hat, dass im Grunde genommen das am einzelnen Objekt ja sehr wohl vor Abbruch noch einmal abgeklärt werden muss und da kommt die Stadt so und so noch einmal zum Zuge einer Begutachtung. Deshalb wäre jetzt sozusagen eine direkte Verfahrensweise durch das Land besser. Und nochmals hoffe ich auf breite Annahme.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Wir kommen zum Abänderungsantrag von Gemeinderat topf. Wer ist dafür? Gegenprobe, der ist eindeutig abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP).

Wir kommen zum Antrag selbst. Wer ist hier dafür? Gegenprobe. Der Antrag ist somit angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Ich darf die nächste Antragstellerin bitten, Frau Klubobfrau Dani Schlüsselberger. Hier geht es um inklusiven Unterricht.

**8.5 Ausbau des inklusiven Unterrichts statt Stärkung der Sonderschule/Petition an das Land Steiermark
(KO Schlüsselberger, SPÖ)**

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat und liebe Zuhörer:innen. Ich mache es jetzt fast ein bisschen selbsttherapeutisch, weil ich finde, ich habe es gerade nicht leicht. Wenn man in einem Job politisch arbeitet, Sozialdemokratin ist und einen sozialdemokratischen Blick auf das Leben der Menschen und auf seine Wirkung als Politikerin hat, hat man es derzeit schon schwer und wenn man dann im anderen Job noch die Energiewende gestaltet und im Bereich der erneuerbaren Energien tätig ist und versucht somit für die Enkel unserer Enkel und deren Enkel einen lebenswerten Planeten zu erhalten, wird es auch nicht leichter. Ich weiß gar nicht, wie ich sagen soll, derzeit ver falle ich fast dazu, vielleicht werde ich noch einmal klerikal, weil ab und zu ist es mir nach einem Stoßgebet, wenn man so sieht, was auf Bundes- und Landesebene sich gerade für Gründe auftun.

Einer dieser Themen, die mir sehr sauer aufstoßen, ist der Bereich der Inklusion, gerade wenn man manche Überschriften im Land sich so anschaut, die zwar vermeintlich nur ein paar Headlines sein sollten, aber wenn man dann die Reaktion der Betroffenen, der Expert:innen, der Community, der Behindertenverbände und Co nur ein bisschen verfolgt hat, sieht man gleich, hoppla, das war jetzt nicht das, was die Welt eigentlich braucht. Es geht um den Bereich der Ausgrenzung, es geht um den Bereich des inklusiven Lebens und ich habe mit vielen Betroffenen geredet, weil ich mir gedacht habe, nicht, dass ich mich jetzt verrenne. Vielleicht sehe ich es ja falsch, aber nein, ich sehe es richtig und viele hier im Raum sehen es richtig. Eine inklusive Gesellschaft und die Möglichkeit der Inklusion, einer inklusiven Bildung ist

unumgänglich und ich glaube, 2025 sollten wir nicht einmal darüber diskutieren und somit, glaube ich, beschließe ich es auch schon, mein Statement zur Dringlichkeit, weil es ist dringlich, weil jetzt können wir für unseren Wirkungsbereich, Gott sei Dank, noch das Schlimmste verhindern und das, Gott sei Dank, noch besser machen. Ich freue mich auf eine inhaltliche Diskussion und hoffe auf eine breite Zustimmung zur Dringlichkeit. Danke schön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Mit nachvollziehbarem Entsetzen haben Interessenvertreter:innen von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, Eltern und Pädagog:innen darauf reagiert, dass im Regierungsprogramm der neuen FPÖ/ÖVP Landeskoalition ausdrücklich ein Festhalten am Sonderschulwesen vorgesehen ist. Nicht nur, dass dies der UN Behindertenrechtskonvention widerspricht, es entspricht auch nicht den Intentionen einer inklusiven Gesellschaft, eines förderlichen Miteinanders. Die Sonderschule in der von FPÖ/ÖVP-Landeskoalition propagierten Form sollte eher als ein Ausnahme- bis Auslaufmodell gesehen werden, da es der Exklusion, der Separation entspricht, weil auf diesem Wege Menschen mit Beeinträchtigungen in die Gesellschaft weniger eingebunden, sondern eher ausgegrenzt werden.

Tatsache ist, und darauf weisen alle Expert:innen ausdrücklich hin, dass frühzeitiges Miteinander für den gesellschaftlichen Zusammenhalt weit förderlicher ist. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil Kinder Beeinträchtigungen gegenüber durchaus als aufgeschlossen gelten, wenn sie Gelegenheit zum Miteinander haben; mit dem Sonderschul-Modell wird aber genau diese große Chance für ein respekt- und verständnisvolles Zusammenleben von Klein an nicht gefördert, sondern auch dort, wo das Verbindende möglich wäre, wird so das Trennende forciert. Und zugleich wird

damit die Entwicklung von Kindern mit Beeinträchtigungen nicht in dem Ausmaß unterstützt, wie dies über die Inklusion im Lernen voneinander möglich wäre.

Insofern wäre es weit wünschenswerter gewesen, wenn sich die Regierungskoalition des Landes stattdessen ausdrücklich zu einer weiteren Forcierung des inklusiven Unterrichts bekannt hätte. Dass die Inklusion für Schulen eine große Herausforderung darstellt, ist unbestritten – es braucht dafür geeignete personelle wie auch infrastrukturelle und räumliche Voraussetzungen. Erst ab fünf Kindern mit Beeinträchtigungen wird derzeit eine Schulklasse als I-Klasse geführt und erhält eine zusätzliche Sonderschulpädagogin/einen Sonderschulpädagogen zuerkannt; bei weniger als fünf Schüler:innen mit Beeinträchtigungen wird die Klassenlehrerin/der Klassenlehrer allein gelassen. Zielführender wäre wohl, schon ab dem ersten Kind mit SPF (Sonderpädagogischem Förderbedarf) zusätzliche Unterstützungskontingente anzubieten, Schulen mit inklusivem Schwerpunkt auch mit entsprechend höheren finanziellen Mitteln auszustatten sowie in der Lehrer:innenausbildung grundsätzlich der Inklusion breiteren Raum zu widmen.

Von einem Regierungsprogramm, das sich an den gesellschaftlichen Werten und Pflichten unseres Landes orientiert, hätte man als einen Schwerpunkt im Bildungsprogramm genau das erwartet: die Förderung des inklusiven Unterrichts, die Auflistung eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs, aber nicht die Förderung der Exklusion. Und nicht zuletzt hätte man sich von den seriösen politischen Verantwortungsträger:innen erwarten können, dass sie derart sensible Programmpunkte mit fachkundigen Expert:innen, mit Erziehungswissenschaftler:innen, mit Interessensvertreter:innen der Betroffenen, mit Eltern, mit Pädagog:innen ausarbeiten. Aber nicht im Eiltempo als Überschrift ohne Tiefgang zwischen Ankunft- und Abfluggate auf einem Flughafen fabrizieren.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich ausdrücklich zum inklusiven Unterricht als die im Bildungsbereich zu priorisierende Form auf der Grundlage des Arbeitspapiers „Die Inklusive Schule - Vision einer Schule für ALLE Kinder“, das von einem Facharbeitskreis des Beirates der Stadt Graz für Menschen mit Behinderungen mit Unterstützung von ExpertInnen aus den Bereichen Selbstvertretung, Wissenschaft, Behindertenhilfe, Schule sowie ehemaligen Inklusions- und SonderschülerInnen, Eltern und weiteren VertreterInnen von Menschen mit Behinderungen erstellt wurde.*
- 2. Die steiermärkische Landesregierung und der Landtag werden in diesem Sinne vom Gemeinderat der Stadt Graz im Petitionswege ersucht, auf ein einseitiges „Bekenntnis zur Sonderschule“, das dem gesellschaftlichen Grundprinzip der Inklusion zuwiderläuft, zu verzichten und stattdessen gemäß Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention die Förderung des inklusiven Unterrichts auszuweiten und die dafür erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.*

Bürgermeisterin **Kahr:**

Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Nicht der Fall. Doch, Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat **Hohensinner:**

Liebe Frau Klubobfrau, ich habe bei der Beantwortung der Frage Tristan Ammerer bereits schon einiges zu dem Thema gesagt. Seitens der Stadt Graz gibt es ein ganz klares Bekenntnis zum Weg in Richtung Inklusion und ich glaube, das ist auch sehr gut heute bereits herausgearbeitet worden, dass wir auf einem guten Weg sind. Warum ist aus unserer Sicht dieser Antrag nicht dringlich? Zum einen, wir haben eine

Inklusionsstrategie beschließen lassen hier im Gemeinderat. Diese Inklusionsstrategie ist mit ganz vielen Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern und Stakeholdern erarbeitet worden und in dieser Inklusionsstrategie, die einstimmig in diesem Gemeinderat beschlossen wurde, sind genau die Punkte, die du jetzt dringlich einforderst, also ich glaube, wir haben da keinen Widerspruch, wir stehen dazu zum Thema Inklusion.

Zweiter Punkt, warum es nicht dringlich ist, du hast gesagt, da gibt es diese Überschriften im Land. Ich möchte es halt nicht nur bei den Überschriften belassen, deswegen habe ich den Weg gesucht zum Stefan Herrmann, zum neuen Landesrat, und der hat mir das erklärt. Er steht auch zum Weg in Richtung Inklusion, sagt aber, es braucht dann zusätzlich noch Schwerpunktschulen. Ich habe das heute auch, ich glaube, du warst nicht da, angesprochen, Kollege Ulrich hat sich eingesetzt, dass zum Beispiel die ehemalige Sonderschule des Landes Rosenberggürtel trotzdem einen Schwerpunkt hat und dass man dort Kontingente für Schülerinnen und Schüler für Kinder hat, die genau dieses Angebot, dieses Knowhow, diese speziellen Pädagoginnen und Pädagogen braucht, dass die Kinder diese Unterstützung dort bekommen und der Stefan Herrmann hat mir genau das bestätigt, dass hinter dieser Überschrift genau diese Intention steht.

Zur Inklusion braucht man drei Dinge, also das fällt nicht vom Himmel oder man kann das nicht einfach fordern und das wird umgesetzt, man braucht hier wirklich viele Ressourcen, man braucht den Raum und man muss auch die Menschen auf dem Weg Richtung Inklusion mitnehmen, vor allem Eltern, vor allem Pädagoginnen und Pädagogen und ein Beispiel, das habe ich heute auch schon gesagt, wie es nicht funktionieren sollte, hat die Bundes-SPÖ seinerzeit, ich glaube, um 2017 geliefert. Da wollte man eine Pilotregion Inklusion von heute auf morgen umsetzen. Innerhalb von einem Jahr hätten alle Sonderschulen abgeschafft, umgewandelt werden sollen und man hat auch in dem Plan die Ressourcen nicht an die Regelschulen gegeben, weil der Umkehrschluss der Inklusion ist, also der Umkehrschluss zum Abschaffen der Sonderschulen ist, dass in den Regelschulen die Ressourcen auch wirklich bereitstehen müssen und das wäre damals bei dem SPÖ-Plan nicht der Fall gewesen. Ich habe da

auch sehr stark mit den Grünen damals diskutiert und das wurde auch abgewendet und man hat sich für einen Weg entschieden, dass man sagt, die Vision inklusives Bildungssystem ist am Ende und man schaut, welche Schritte müssen gesetzt werden, um zu diesem Ziel zu kommen. Der Grazer Weg ist ein eigener Weg. Ich hoffe, Ihr unterstützt den Weg auch weiter, dass wir sagen, in einer großen Schule, wie in der Stattegger Straße zum Beispiel, dass wirklich alle Kinder unterkommen können. Wir haben dort die Regelklassen, wir haben die Integrationsklassen, wir haben die Partnerklassen und die Partnerklassen haben ein eigenes Setting, dass die Kinder speziell viel Ressourcen haben. Sie sind dann in den Pausen, in unterschiedlichen Gegenständen, bei Schulausflügen sind sie gemeinsam unterwegs und wenn ein Kind derartig gestärkt ist, um in eine Regelklasse zu kommen, dann kommt das Kind auch dorthin. Das ist ein durchlässiges System. Aus meiner Sicht, ein gutes System, was wir ausbauen sollten, also wir werden nicht die Sonderschulen ausbauen, sondern werden genau diesen Grazer Weg gehen und ich hoffe, dass wir da noch immer einstimmig dahinterstehen, nämlich hinter der Inklusionsstrategie. Das heißt, Stefan Herrmann, vielleicht suchst du, Frau Klubobfrau, auch einmal mit ihm das Gespräch und wir wurden eingeladen als Stadt Graz bei einem Konzept mitzuarbeiten, bei einem Prozess. Auch mit dem Nachsatz von Stefan Herrmann, dass Graz da wertvolle Erfahrungen bereits hat und genau den Weg werden wir weitergehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wenn es zur Dringlichkeit keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür?

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es nachher eh, oder möchtest du ein Schlusswort zur Dringlichkeit, jetzt? Ok, passt, dann kommen wir zur Abstimmung zu Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, FPÖ).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Inhalt des Antrages. Bitte Frau Gemeinderätin Potzinger.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Herrschaften, die uns immer noch zuhören. Liebe Antragstellerin, natürlich, das hat kein parteipolitisches Mascherl, Inklusion ist uns allen ein Anliegen. Mich wundert es nur, dass du für die SPÖ jetzt diesen Dringlichen Antrag einbringst und die jetzige Landesebene kritisierst. Ich erinnere mich, im Jahr 2017 hat deine Grazer Parteichefin, damalige Landesrätin Kampus, versprochen, ein Inklusionsgesetz vorzubereiten. Bis heute haben wir darauf gewartet. Stadtrat Hohensinner hat schon angesprochen, dass in Graz sehr viel schon passiert ist, zum Thema Inklusion. Er kommt ja selber auch beruflich aus diesem Bereich. Es ist ihm wirklich ein Herzensanliegen, und dieser Grazer Weg mit den Partnerklassen, da kann man nur gratulieren. Das ist ein großartiger Weg, ein durchlässiges System, dass die Kinder schrittweise auch an das Regelschulwesen herangeführt werden und dass die Partnerklassen im gleichen Gebäude sind, die Kinder in der Pause beim Sport, beim Singen und beim Tanzen zusammenkommen. Es ist ganz wichtig, dass man die Kinder eben nicht exkludiert, sondern inkludiert, und da sind wir in Graz auf einem sehr guten Weg. Stadtrat Hohensinner hat aber noch zusätzlich einen sehr guten Ansatz. Er möchte im heurigen Jahr einen Schwerpunkt für Barrierefreiheit und Inklusion bei

Schulgebäuden setzen. Da richtet sich mein Anliegen natürlich jetzt im Namen der ÖVP-Fraktion in meinem Zusatzantrag an unseren geschätzten Herrn Finanzstadtrat. Herr Stadtrat Hohensinner würde hier einen Planungsauftrag geben, würde dafür circa 100.000,- Euro brauchen und deshalb lautet der

Zusatzantrag,

die Finanzdirektion wird beauftragt zu prüfen, inwieweit diese 100.000,- Euro zur Verfügung gestellt werden können, damit ebendieser Schwerpunkt Barrierefreiheit und Inklusionen bei Schulgebäuden umgesetzt werden kann.

Ich bitte herzlich auch um Annahme dieses Zusatzantrages. Danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wenn man das Thema Inklusion an Schulen in den Fokus rückt, muss man auch immer die bestehenden Gebäude mitdenken. Seit Jahren ist Stadtrat Hohensinner hier bemüht, Verbesserungen zu erreichen. Vieles ist schon gelungen, weitere Verbesserungen benötigen aber auch entsprechende Mittel.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration möchte im heurigen Jahr einen Schwerpunkt auf Barrierefreiheit und Inklusion bei Schulgebäuden setzen. Dafür werden 100.000.- Euro an Planungsgeldern benötigt. Die Finanzdirektion wird beauftragt zu prüfen, inwieweit diese 100.000.- Euro zur Verfügung gestellt werden können.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Bitte Herr Gemeinderat Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Antragstellerin, sehr geehrte Kolleg:innen und Zuseher:innen im Livestream. Ist doch schön, wie wir heute so ausführlich und ernsthaft über dieses Thema zum Reden kommen im Gemeinderat. Wir sollten uns dem öfter so ausführlich widmen. Ich möchte ein paar Dinge, die du, Kurt, gesagt hast, aufgreifen, du hast jetzt schon mehrmals bedroht /. Ach, bedroht. Das war ein lustiger, vielleicht ein Freud'scher, aber nicht auf dich bezogen, mehrmals betont, dass der zuständige Landesrat Stefan Herrmann eh so für die Inklusion ist. Allein, mir fehlt der Glaube, dass ein Landesrat der FPÖ so voll hinter der Inklusion steht, und ich muss dich schon etwas fragen, nämlich wenn die Landesregierung sich so sehr zur Inklusion bekennt, warum steht dann kein Bekenntnis zur Inklusion im Regierungsprogramm, sondern zu Sonderschulen? Weil was sind Sonderschulen? Eine segregierte Schulform. Das ist das buchstäbliche Gegenteil von Inklusion und das ist schon eine ziemlich abenteuerliche Begriffsverschiebung, die du hier versucht hast. Das ist ein segregiertes Schulsystem, da gibt es einfach gar nichts zu diskutieren und wenn man sich zu dem bekennt, bekennt man sich auch gegen die Inklusion. Wenn es anders läuft in der Realität und Praxis der Landesregierung, dann ist das eh schön, aber wir haben jetzt das Regierungsprogramm, mit dem müssen wir jetzt arbeiten, und da steht ein Bekenntnis zu einer segregierten, also das Gegenteil von inklusiver Schulform drinnen und deshalb finde ich es sehr gut, richtig und wichtig, dass sich unser Gemeinderat dazu bekennt, dass wir inklusive Schulbesuche ermöglichen wollen und wir das weiter vorantreiben und ja, wir haben das schon x-mal abgehandelt. Das geht nicht von heute auf morgen, das würde nicht gut ausgehen, natürlich. Da bin ich voll bei dir, aber dass wir uns kontinuierlich in diese Richtung bemühen, hast du genauso vorhin auch gesagt, und da wollen wir ein Bekenntnis dazu abliefern, und dazu lade ich alle herzlich ein, aber bitte, dass der zuständige Landesrat Herrmann ein Fighter für die Inklusion ist, das mag ich so recht nicht glauben. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, aber ich kann es mir gerade nicht vorstellen, und wie gesagt, die Sonderschule ist das Gegenteil einer inklusiven Schulform und dazu ist nun mal das Bekenntnis der Landesregierung da und nicht zur Inklusion. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat Ulrich, bitte.

Gemeinderat **Ulrich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Liebe Antragstellerin, liebe Dani, vielen, vielen Dank für deinen Antrag. Ich glaube, wir haben uns eh schon einmal ausgetauscht, wir waren beide bestürzt und haben beide nachgefragt bei den Selbstvertretungen, die ja dann auch sehr prominent im Fernsehen dazu Stellung bezogen haben. Ganz kurz, also im Grunde geht es um Artikel 24. UN-Konvention - das Recht auf ein inklusives Bildungssystem. Man muss halt auch sagen, wenn man es durchliest und wenn man mit den Betroffenen redet, das aktuelle Schulsystem in Österreich verletzt tatsächlich die Menschenrechte, weil sie den Erhalt von Sonderschulen parallel zu Regelschulen hält und Menschen mit Behinderung oftmals, nicht immer, auf einem lebenslangen Sonderweg am Rande der Gesellschaft hält. So, jetzt ist es natürlich heute so in der Inklusion, da gibt es Themen, die kann man leichter anpacken oder gehen oft ein bisschen flotter, wie zum Beispiel die Barrierefreiheit, dann gibt es Themen, die besonders mühsam sind, das haben wir heute schon diskutiert, das ist der Arbeitsmarkt, und dann gibt es Themen, die halt wirklich lange brauchen, und das ist das Bildungssystem. Und das Bildungssystem braucht leider in Österreich traditionell immer sehr lange. Mein Kollege, der Kurt, hat heute gesagt, dass ich ein Bekenntnis zu Sonderschulen und Kontingente habe, ja, habe ich, weil das im momentanen Bildungssystem, in dem wir leben, wäre das vollkommen irre, jetzt die Sonderschulen abzuschaffen, weil dann stehen sie vor gar nichts. Grundsätzlich muss man ja trotzdem die Transformation hinkriegen, von den Sonderschulen hin zu einem inklusiven Schulsystem, Bildungssystem. Und oftmals haben wir diese zarten Pflanzen der Freiheit, ich kann mich da erinnern, wie wir da Ende 2022, Anfang 2023 einstimmig im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde, die österreichische Gebärdensprache wird Teil des österreichischen Unterrichts. Nur dann sind sie halt schnell draufgekommen, es gibt kein Lehrpersonal,

um das irgendwie durchzusetzen. Die Sache ist, was uns halt so bestürzt, ist, wir haben das unterschrieben, die UN-Behindertenrechtskonvention, Artikel 24, und wenn man jetzt sagt, das Sonderschulsystem ist das Richtige und wir brauchen kein inklusives Schulsystem, dann muss man halt dann auch so fair sein und aus dieser Behindertenrechtskonvention aussteigen, wenn man einfach sagt, man macht es nicht. Wir sind ja auch gerügt worden dafür, dass wir nach wie vor dieses segregierende System haben, und deshalb finde ich den Antrag von meiner Kollegin wichtig und richtig, dass man schon auch Druck macht von der Stadt Graz aus, wo wir natürlich besser gestellt sind und uns auch sehr viel mehr beschäftigen. Das ist natürlich auch ganz vielen Mitgliedern des Gemeinderates zu verdanken und natürlich auch einer sehr aktiven Selbstvertretung in der Stadt. Wir dürfen solche Themen nicht schleifen lassen, wenn es heißt, unser Knowhow wird gefragt, gerne, aber wir wollen ganz klar vom Land ein Bekenntnis zu einem inklusiven Schulsystem, zu einer langsamen Transformation. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank. Ich möchte den Vorsitz meinem Stadtratskollegen, Stadtrat Eber, kurz übergeben.

Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (15.42 Uhr)

Stadtrat **Eber**:

Bitte.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört, allen Wortmeldungen, und ich möchte eigentlich fast nahtlos bei dem, wo mein Kollege zuletzt aufgehört hat...Ich bin, wenn ich das Thema Sonderschulen höre, verzeihen Sie, dass ich das hier in diesem Gemeinderat so sage, auf eine sehr eigene Art berührt, weil in der Zeit, wo ich aufgewachsen bin, es etwas war, wo man sehr schnell Kinder in Sonderschulen gegeben hat, und das genau, was der Gemeinderat Ammerer gesagt hat, was die Daniela gesagt hat, aber auch was der Kurt Hohensinner gesagt hat, es ist ein mühsamer und langer gesellschaftspolitischer Diskurs und Weg in der Bildungspolitik gewesen, dass wir davon abgekommen sind, und es war damals nicht so, dass das immer die Gründe waren, dass man ein Handicap gehabt hat. Das hat auch etwas damit zu tun gehabt, dass man sehr rasch dabei war, Kinder aus sozialen Milieus, die halt keinen Rückhalt, keine Unterstützung daheim gehabt haben, schnell einmal in Sonderschulen gesteckt hat, und deshalb bin ich hier empfindlich bei dem Wort, weil wir, und da bin ich auch tatsächlich kollektiv mit Ihnen stolz darauf, dass wir eigentlich hier im Gemeinderat, und ich sehe alle so, keiner von uns haben möchte, dass wir wieder da hinkommen, und wir müssen alles dafür tun, dass das nicht Platz greift, und deshalb sehen Sie bitte diesen Dringlichen Antrag der Kollegin Schlüsselberger nicht als etwas, wo irgendwer hier vor Ort etwas schlechtmacht oder nicht möchte, sondern als einen, der verbaut, dass wir hier nicht mehr hinkommen und das möchte ich persönlich hier anmerken.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz wieder.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (15.44 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte gleich meinem Kollegen, Stadtrat Kurt Hohensinner, das Wort übergeben.

Stadtrat **Hohensinner**:

Ich möchte eigentlich dort anschließen, wo die Frau Bürgermeisterin aufgehört hat, dass wir auf den Grazer Weg stolz sein können. Ich habe das heute schon einmal erwähnt, 2014, als ich angefangen hab, haben wir sechs städtische Sonderschulen gehabt, jetzt haben wir drei städtische Sonderschulen, es gibt auch noch private Schulen mit Schwerpunkten. Ich kann jetzt noch einmal sagen, städtisch haben wir jetzt noch Rosenhain, Ellen Key und die Heilstättenschule, umgewandelt haben wir ASO Triester, ASO Pestalozzi und die Spracheilschule, also da können wir auch ein Stück weit stolz sein, weil wir es geschafft haben, dass auch die Ressourcen dann in den Regelschulen angekommen sind und ich habe das heute auch, und das ist wichtig, dass man das klarstellt, wir haben jetzt mehr Kinder mit Behinderung in den Regelschulklassen als in Sonderschulen. Österreichweit ist es anders, aber gerade in Graz waren wir da sehr gut unterwegs und ich habe mir das Regierungsprogramm jetzt noch einmal durchgelesen, man kann es so auslegen, wie ihr es jetzt auslegt, aber ich habe eben mit dem Stefan Herrmann gesprochen und zwei Aussagen sind noch einmal drinnen, die Kinder stehen in dem Absatz im Vordergrund, dass die Kinder eine bestmögliche Unterstützung bekommen und es steht auch die Wahlmöglichkeit für die Eltern und der Stefan Herrmann, und ich kann es nur betonen, der hat gesagt, der Weg soll in Richtung Inklusion gehen, den Prozess, den wir vor ungefähr zehn Jahren bereits in der Stadt Graz aufgesetzt haben und wir sind nur Schulerhalter. Ich hab dann wirklich geschaut, dass die Bildungsdirektion am Tisch sitzt, dass Vertreter vom Land, vom Bund dabei sind und dass wir auch Elternvertreter mit am Tisch haben, weil das ist auch wichtig und da haben wir schon wirklich einiges in eine gute Richtung gemacht und wenn das Land jetzt bereit ist, so einen Prozess einzuleiten, dann sollten wir uns beteiligen und dass Schulen mit Schwerpunkten trotzdem erhalten bleiben müssen, die heißen nachher nicht Sonderschule, sondern Schulen mit speziellem Knowhow für

ADHS-Kinder, für Kinder mit Autismus-Spektrum, das ist gut bitte. So bekommen die Kinder, die Familien die bestmögliche Unterstützung. Aber nur so viel, dass wir da an einem Strang ziehen, die Dringlichkeit habe ich argumentiert, warum wir sie nicht gesehen haben. Punkt eins, da werden wir mitstimmen, weil das fasst ja das zusammen, was in der Inklusionsstrategie bereits drinnen steht. Punkt zwei, stimmen wir nicht zu, weil ich halt das persönliche Gespräch habe mit Stefan Herrmann geführt habe und habe einfach von ihm face to face seine Meinung gehört, deswegen werden wir dieser Interpretation eurerseits nicht zustimmen, aber ich glaube, insgesamt können wir stolz sein auf unseren Weg, den wir nicht erst jetzt einschlagen, sondern bereits vor zehn Jahren eingeschlagen haben. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Lenartitsch.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Nur ganz kurz, lieber Herr Stadtrat Kurt Hohensinner, du hast gerade gesagt, ihr habt in der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Schon, weil sonst hättet ihr den Zusatzantrag, glaube ich, nicht gestellt, oder? Kann man hier kurz noch einmal nachfragen, weil ich bin mir jetzt nicht mehr ganz sicher.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es ist mehrheitlich die Dringlichkeit angenommen und damit ist...

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Ok, danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich die Frau Klubobfrau um das Schlusswort bitten.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Vielen lieben Dank, Frau Bürgermeisterin. Ja, spannende Diskussion. Ich würde mir wünschen, dass wir öfter inklusiv diskutieren, um Inklusion diskutieren und wie wir das Beste machen können. Ja, der Grazer Weg ist ein guter, aber lassen wir jetzt einmal bitte die Kirche im Dorf. Ich meine, ich darf dir gratulieren, in 13 Tagen hast du dein 11-jähriges Jubiläum als Bildungs- und Inklusionsstadtrat, es ist, wenn man sagt in 11 Jahren, 3 Schulen, eine Transformation pro 3,7 Jahren, also ein Schnellzug sind wir jetzt im Bereich der Inklusion in der Bildung nicht wirklich. Ich weiß nicht so ganz. Das mit dem „Ich vertraue darauf, was der Stefan Herrmann sagt“, also ich habe noch nie mein berufliches Leben auf ein Commitment, was eh politisch ja gar nicht anders geht gelegt, sondern ich will hier Daten sehen. Ich will es wo gelesen haben, ich will nicht irgendwem vertrauen und schon gar nicht, und jetzt sind wir alle, bitte, alle rechteren Vertreter ähnlicher Parteien, nicht das, aber schon gar nicht, was ein FPÖ-Mandatar zum Thema Inklusion eh sagt oder nicht sagt. Das ist mir zu wenig und das ist jetzt kein Wunsch der Linken in Graz. Das kam von den Betroffenen, dieser Aufschrei. Das kam von den Interessengemeinschaften und von Menschen, die eine Sonderschulkarriere hinter sich haben oder eine inklusive Karriere, und die genau gesagt haben: „Würde ich nicht in einer Regelschule meine Bildung genossen haben, wäre ich heute nicht da, wo ich stehe im Leben“, und denen soll ich sagen: „Der Herrmann meint das eh nicht so“? Also das ist mir einfach zu wenig, und ich glaube, das geht vielen so.

Zu eurem Zusatzantrag: Da sind wir wieder in einem Bereich, wo ich sage: „Echt jetzt?“. Ich meine, wir haben gerade eine Budgetierungsphase gehabt – das hat man eh in den Medien genug gelesen – und da ist nie irgendwas einbudgetiert worden für einen Bildungsschwerpunkt, und korrigiert mich, das ist weder der Privatwirtschaft großartig anders wie in Ämtern oder Fachabteilungen. Also, im Jänner überlege ich mir

nicht, wo ich einen Schwerpunkt brauche, und komme darauf, dass ich 100.000,- Euro dafür brauche. Dann habe ich mein Thema verfehlt. Das muss man im Budgetierungsprozess machen, aber da, witzigerweise, ist das nicht aufgetaucht. Ein Schelm, wer Böses denkt, aber 100.000,- Euro ist ja anscheinend eh so ein gängiger Betrag und ich weiß nicht, wieviele Gilbert Bécaud kennen. Als „Herr 100.000 Volt“ ist er bekannt, weil er sehr energetisch war. Ich glaube langsam bei den Anträgen sind wir beim „Mister 100.000 Euro“, weil egal ob es „Let's Go“ war im 2019er-Jahr, die Schneetage an den Schulen, die Sozialhilfevoraufführung, für die sprachliche Förderung, überall sind auf jeden Fall einmal als ad hoc-Reaktion der ÖVP 100.000,- Euro notwendig. Genau. Nein, es war eine Nachforderung. „Let's Go“ hat natürlich mehr, deswegen muss ich sagen, für mich reicht es nicht. Für mich reicht es nicht zu sagen: „Ja, eh“. Ich meine, mit „Ja, eh“ macht man keine zukunftsgerichtete inklusive Politik im Bildungsbereich. Mit „Ja, eh“ verschiebt man Probleme und findet Ausreden, und deswegen braucht es nicht nur die Dringlichkeit bei dem Antrag, weil verdammt noch einmal, jetzt geht es. In vier Jahren brauche ich nicht mehr in die Landesregierung pilgern und sagen: „Ihr wart hier auf einem Holzweg“. Wenn muss es jetzt passieren, und ja, es braucht auch den Inhalt weit drüber hinausgehend, und ganz viel haben wir auch noch begleitend mit anderen gemacht, weil es noch viel mehr braucht. Es braucht jeden Tag viel, viel mehr im Bereich für gemeinsame Inklusion, denn das sind wir unseren Kindern schuldig, die im Schulsystem drinnen sind, die noch reinkommen und den ganzen nachfolgenden Generationen. Und Kurt, ich will dir nichts vorschreiben. Wo ist er denn jetzt? Da, Entschuldigung. Ich will dir nichts vorschreiben, ich will dir nichts befehlen, bei Gott, wer bin ich das zu tun? Aber ich würde bitten, hol dir das Commitment schriftlich. Ich schätze eure Treffen, alles recht schön, aber ich will das für Graz wo haben, dass wir das machen können. Ich will, dass man auch die nächsten drei Schulen noch überlegen, schauen mit den Interessenverbänden überlegen, wo noch verbessert werden kann. Ich bitte dich darum, dass du mitziehst, dass wir hier jetzt nicht das politische Mascherl machen, wie die Kollegin Potzinger gesagt hat, sondern dass man für Graz, für die Menschen, die in Graz leben im inklusiven

Bildungsbereich das Beste herausholen. Deswegen überlegt es euch noch einmal und ich bitte, um eure Zustimmung auch bei diesem Antrag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Bei Punkt 1 scheint das eh gegeben. Wir stimmen die Punkte einzeln ab, inklusive dem Zusatzantrag und ich darf bitten, wer für den Punkt 1 ist, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, das ist eindeutig so angenommen.

Punkt 1 des Antrages mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Dann Tagesordnungspunkt 2, wer ist dafür? Gegenprobe, ist auch so angenommen.

Punkt 2 des Antrages mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Dann kommen wir zum Zusatzantrag von der Kollegin Potzinger. Wer ist für diesen Zusatzantrag? Gegenprobe, der ist mehrheitlich so abgelehnt.

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP).

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini. Es geht um den Kostenersatz im Verwaltungsverfahren.

8.6 Kostenersatz im Verwaltungsverfahren (KO Pascuttini, KFG)

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Mein Dringlicher Antrag, der hat wirklich eine gewisse Aktualität, erleben wir es doch immer öfters, dass Entscheidungen im Verwaltungsverfahren glücklicherweise zugunsten der Beschwerdeführer, das sind meist die Anrainer, ausgehen, aber eben die Kosten bei Ihnen bleiben. Sie wissen, Sie haben sich vielleicht im Vorfeld über meinen Antrag ein bisschen informiert, sich ein bisschen rechtlich weitergebildet, nicht alle in diesem Haus sind Juristen, und das ist auch gut so. Hier ist Platz für einen schlechten Juristen-Witz, aber mir fällt gerade keiner ein. Es ist so, wenn Sie einen Prozess führen im Zivilverfahren, dann ist es relativ einfach, Sie gewinnen oder Sie verlieren und je nachdem bekommen sie Geld oder Sie bekommen keines. Im Strafverfahren haben wir über viele, viele Jahre hinweg erlebt, dass selbst wenn die Staatsanwaltschaft auf Sie losgeht, völlig unbegründet und das Verfahren eingestellt wird, Sie trotzdem auf ihren Kosten sitzen geblieben sind. Das hat man glücklicherweise vor Kurzem geändert und das System ist jetzt wirklich sehr, sehr gut. Bleibt Zivilverfahren, Strafverfahren eigentlich nur mehr das Verwaltungsverfahren über und da haben wir nach wie vor ein großes Problem. Das ist bereits 2012 thematisiert worden, bevor es zu dieser Umstellung kam von UVS auf die Landesverwaltungsgerichte, dort hat es damals schon eine sehr, sehr ausführliche Serie in der Tageszeitung „Die Presse“ gegeben, wo man sich damit auseinandergesetzt hat – Kostenersatz im Verwaltungsverfahren: Ja oder nein. In Deutschland ist das relativ klar geregelt. Der unterliegende Teil trägt die Kosten des Verfahrens, weil im Verwaltungsverfahren ist jedoch die Besonderheit, entweder steht Ihnen der Staat in Form der Stadt, des Landes oder wem auch immer gegenüber oder aber es steht Ihnen ein anderer gegenüber, der sozusagen irgendetwas erwirken will in Ihrer Umgebung, sei es eine Nutzungsänderung, sei es ein Baubescheid und Sie müssen dagegen dann vor das Landesverwaltungsgericht gehen. Jetzt ist es so, dass das Landesverwaltungsgericht Steiermark sehr, sehr aktiv ist. Ich habe Ihnen das

rausgesucht für das Jahr 2023, wo es rund 3.000, also 3.050, materiellrechtliche Erledigungen gegeben hat und mehr als die Hälfte war zu einem gewissen Grad berechtigt und auch erfolgreich, weil 1.220 Beschwerden wurde stattgegeben und es wurde halt dieses Behördenstück, das dahinter gestanden ist, aufgehoben. Was hat man bekommen, wenn man sozusagen mit seiner Beschwerde durchgedrungen ist? Zwar eine Entscheidung in seinem Sinne, nur die Kosten sind übriggeblieben. Das trägt der Beschwerdeführer, obwohl er erfolgreich war, obwohl eigentlich, und das muss ja vorliegen, Rechte missachtet wurden von der Behörde, obwohl ja eigentlich Unrecht geschehen ist. Man hat zwar dann Recht bekommen vor Gericht, aber bekommt eben keinen Kostenersatz. Es wird ja dann sogar noch etwas paradoxer, wenn man bedenkt, dass für die Höchstgerichte, VwGH und VfGH, eine derartiger Kostenersatz existiert. Also, dort bekommt man zumindest etwas zurück. In den unteren Instanzen und vor allem am Landesverwaltungsgericht Steiermark zum Beispiel, eben nicht. Ich habe Ihnen im Antrag ein paar Beispiele der jüngsten Vergangenheit aufgezählt, Sie haben sie sicher aufmerksam studiert und durchgelesen, und möchte mir da eben die Elisabethnergasse herauspicken und kurz dazu etwas sagen. Das war wirklich seit vielen, vielen Jahren Thema in der Gegend dort, eine Nutzungsänderung, früher war dort eine Kegelbahn, dann sollte eben ein muslimischer Glaubensverein dort eine Glaubenseinrichtung einrichten, und es ging einfach darum, dass es mit diesem Projekt sehr, sehr viele Nachteile zugunsten der dortig ansässigen Eigentümer, da ist es einfach dazu gekommen, weil, Sie müssen sich vorstellen, jetzt ein bisschen plakativ, das ist in einem Hinterhof, in einem Hinterhof, wo es begrenzte Zufahrtsmöglichkeiten gibt, wo es begrenzte Parkmöglichkeiten gibt, gibt es plötzlich dann, ich sage jetzt unter Anführungszeichen, eine Einrichtung, die eine sehr hohe Frequenz an Besuchern gehabt hätte, und wir erinnern uns, so etwas Ähnliches mit einer Glaubenseinrichtung in einem Wohngebiet, was große Probleme gemacht hat, das hat es schon einmal gegeben, nämlich in der Augasse. Ein christlicher Glaubensverein, wo es an den Menschen, die das dort besucht haben, überhaupt nichts auszusetzen gab, nur sie hatten halt eine, ich sage, sehr hohe Frequenz an christlichen Feierlichkeiten. Sie haben das auch etwas anders ausgeübt, nämlich sehr, sehr laut und es gab de facto

drei Parkplätze bei 600 bis 700 Besuchern, zwei Toiletten bei 600 bis 700 Besuchern. Ein völliger Wahnsinn, der sich über viele Jahre gezogen hat, wo es nicht darum ging, dass diese Glaubensgemeinschaft an sich oder sonst irgendetwas verwerflich gewesen wäre, sondern so ein Projekt mit einer derartigen hohen Frequenz, passt nicht inmitten einer Wohnsiedlung. Das Gleiche war in der Elisabethnergasse auch der Fall. Die Anrainer haben versucht dagegen vorzugehen, haben dann einen Anwalt eingeschaltet, der hat das Vorverfahren abgewickelt, hat die Einwendungen verfasst. Das war schon sehr teuer, mehrere 1.000,- Euro. Dann kam der Baubescheid oder die Nutzungsänderungsbewilligung, um konkreter zu sein, ging alles im Sinne der Nutzungswerber aus, ging im Sinne der Glaubensvereinigung aus und die Anrainer standen vor dem Problem, wehren wir uns jetzt gegen diese Entscheidung der Behörde oder nicht? Riskieren wir noch einmal tausende Euro zu verlieren oder eben nicht? Was ist dann passiert? Man hat sich dagegen entschieden und es war einfach kein Geld mehr da, hier eine Beschwerde zu erwirken. Die Bewohner der umliegenden Gebäude haben sich an uns gewandt, meine Büroleitung und ich haben dann die Beschwerde verfasst, rund 60 Seiten, die dann schlussendlich auch vor dem Landesverwaltungsgericht erfolgreich war. Somit haben die Bewohner sowohl eine Beschwerde bekommen, die gratis war, aber nicht umsonst, am Ende des Tages, und sie mussten nur die 30 Euro an Einbringungsgebühr bezahlen. Damit es grundsätzlich in Zukunft dieses Problem, diese Hürde zum Rechtszugang im Verwaltungsverfahren nicht mehr gibt, weil das ist eine Hürde, wenn ich trotz Prozesserfolg auf den Kosten sitzen bleibe, geht eben dieser Dringliche Antrag, also in diese Richtung geht dieser Dringliche Antrag, und ich bitte wirklich, das mit Mehrheit oder mit vielleicht sogar Einstimmigkeit zu beschließen, weil es ein wichtiges Thema ist, das viele Menschen dieser Stadt betrifft. Der Instanzenzug ist ein direkter Ausfluss des rechtsstaatlichen Prinzips. Das ist etwas, was Sinn macht, das wirklich wichtig ist. Die Forderung gibt es schon seit vielen, vielen Jahren und wir hätten jetzt eine Möglichkeit etwas nach Wien zu schicken und wieder einmal auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Bundesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, einen Kostenersatz im

Verwaltungsverfahren, zumindest im Beschwerdeverfahren, vor den Landesverwaltungsgerichten einzuführen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dem Tätigkeitsbericht 2023 des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark kann entnommen werden, dass allein im Jahr 2023 3.050 „materiellrechtlichen Erledigungen“ vom Landesverwaltungsgericht Steiermark vorgenommen wurden.

In 1.220 Fällen wurde den eingebrachten Beschwerden zur Gänze stattgegeben und daraus resultierend die Entscheidung 1. Instanz dadurch gänzlich behoben.

In 359 Fällen wurden den Beschwerden zumindest teilweise stattgegeben und kam es dadurch zumindest zu einer teilweisen Aufhebung der Entscheidung 1. Instanz durch das LVwG Steiermark.

4.3.3 Art der Erledigung in den Gerichtsabteilungen

Art der Erledigung	Anzahl
■ Materiellrechtliche Erledigungen	3.050
a) Abweisungen	1471
b) teilweise Aufhebung / Stattgebung	359
c) Beschwerde stattgegeben / Aufhebungen	1.220

Auszug Tätigkeitsbericht 2023, Landesverwaltungsgericht Stmk

Dabei ist das häufigste Materiengesetz nach Akteneingang das Steiermärkische Baugesetz mit 514 Eingängen, dicht gefolgt von der Straßenverkehrsordnung.

Allein in den letzten Monaten beobachteten und begleiteten wir im Rahmen unserer gemeinderätlichen Tätigkeit zahlreiche Verfahren, welche schon in den Planungsunterlagen und damit im Verfahren 1. Instanz gravierende Fehler und sonstige Mängel aufwiesen.

Zum Beispiel fanden sich bereits im Einreichplan eines Bauvorhabens in der Ziegelstraße gravierende Abstandsverletzungen und war das hydrologische Gutachten nicht den örtlichen Eigenarten entsprechend und damit Abflussrinnen und Retentionsflächen unterdimensioniert. Vor allem in der Ziegelstraße kann eine Fehlplanung in Bezug auf Hang- und Oberflächenwasser schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.

Auch bei einem Bauprojekt am Corneliusweg wurden Fließpfade nicht berücksichtigt, obwohl eine maßgebliche Geländeänderung vorgenommen werden soll. Entgegen dem Räumlichen Leitbild werden dort zudem 3+Penthouse Geschosse zugelassen, wobei das Penthouse in der Abstandbemessung als Geschosß gezählt wird. Im Göstinger Teilraum 16, in dem sich der Corneliusweg befindet, wären jedoch lediglich 2-3 Geschosse erlaubt.

Ein weiteres Projekt aus dem Teilraum 16 ist das Bauprojekt rund um das P63 (Plabutscherstraße). Nicht nur, dass der Sicherheitsabstand zum OMV-Tanklager laut OMV selbst (!) zu gering ist, werden dort bei maximal erlaubten 2-3 Geschossen bis zu 5 Geschosse direkt angrenzend zum Grüngürtel erlaubt.

Das jüngste Beispiel wurde erst kürzlich vom Landesverwaltungsgericht Steiermark zu Gunsten der betroffenen Anrainer entschieden (die Kleine Zeitung berichtete¹). Bei einer Nutzungsänderung und einem Umbau in der Elisabethnergasse wehrten sich Anrainer zurecht gegen eine geplante Nutzungsänderung des Gebäudes inmitten einer Wohnsiedlung mit bis zu 171 Besuchern im Normalbetrieb. Dieses von der Verwaltungsbehörde 1. Instanz genehmigte Projekt (!) widerspricht ganz klar geltendem Recht, inklusive dem Grazer Stadtentwicklungskonzept², wie das LVwG Steiermark nun festgestellt hat.

Zwar ist nachvollziehbar, dass in einer Stadt wie Graz unzählige Bescheide bearbeitet werden und daher Fehler nie zur Gänze vermieden werden können, jedoch ist zu

berücksichtigen, dass jedes Versäumnis und jeder Mangel in der frühen Phase der Bescheiderstellung (also in der 1. Instanz) zu massiven Kosten bei den betroffenen Nachbarn führen kann.

Die notwendigen Kosten, um sich zB gegen einen Bescheid in einem Bauverfahren wehren zu können, liegen je nach Umfang des Verfahrens bei mehreren tausend Euro. Viele Menschen können sich somit die Durchsetzung ihrer Rechte oder zumindest die Überprüfung ihres Rechtsstandpunktes nicht leisten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, einen Kostenersatz im Verwaltungsverfahren, zumindest aber im Beschwerdeverfahren vor den Landesverwaltungsgerichten, einzuführen.

Bürgermeisterin Kahr:

Vielen Dank, Herr Klubobmann. Ich sage das auch ganz persönlich, das ist ein ganz ein wichtiger Antrag. Kostenlose Rechtshilfe ist etwas ganz wichtiges und in der Augasse, kann mich noch gut erinnern, hat, Gott sei Dank, der Eigentümer das selbst eingesehen, dass das ein Blödsinn war. Bitte Herr Gemeinderat Luttenberger.

Gemeinderat **Luttenberger**:

Sehr geehrte Damen und Herren von der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, liebe Gäste, wo Sie auch zuschauen. Ich habe sonst nicht immer so, wie soll man sagen, KFG-Anträge, mit denen habe ich schon oft zu raufen. Das muss ich schon sagen, da gibt es also oft Dinge, wo es mir die Haare aufstellt und auch über den Krampuslauf kann man diskutieren, der als nächstes folgen wird, aber dazu möchte ich sagen, Chapeau. Du hast gut argumentiert, hast eine gute Beweisführung und man kann eigentlich dem wirklich nur zustimmen. Warum ich mich hier herausstelle, ist Folgendes: Ich bin ja selber noch Vorsitzender vom Berufungsausschuss für Dienstrechtsangelegenheiten und in einigen Wochen wird das auch dem Landesverwaltungsgericht übergeben und auch da haben wir die Erfahrung gemacht, wenn es um Beschwerden oder Berufungen geht, kommt es immer darauf an, hat die betroffene Person einen Rechtsschutz, weil dann kann man wunderbare Eingaben schreiben und das wirkt schon oft, das ist nicht so, und wenn man keinen Rechtsschutz hat, ich kann jetzt nur von dem Ausschuss reden, dann geht man halt hin zum Landesverwaltungsgericht, dort wird man vorgeladen, dann wird überprüft, ob die Paragraphen alle stimmen oder nicht stimmen und dann geht man wieder heim und ich finde es ja an und für sich schade gerade bei unserem Berufungsausschuss, dass wir in Wirklichkeit eine Instanz weniger haben, aber es ist jetzt so akkordiert mit dem Land, und deswegen glaube ich auch, es müssen alle Menschen, die berufen oder eine Beschwerde einlegen zu den verschiedensten Angelegenheiten, die Möglichkeit haben, wenn es einen Sinn hat, das muss ich auch dazusagen, nur aus Spaß ist das ja auch ein Blödsinn, aber wenn es Sinn hat, dass die Leute hier mit keinen Zusatzkosten verbunden sind und deswegen, und jetzt höre ich schon auf, ist das eine gute Sache und wir werden dem Dringlichen und Inhalt zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Zur Dringlichkeit sind wir noch. Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Zunächst einmal sei es dem Herrn Pascuttini vergönnt, dass er gleich ein bisschen Werbung machen kann für diese Innenhofgeschichte in der Elisabethnergasse. Gratuliere. Es zeichnet sich offensichtlich eine Zustimmung der KPÖ gemeinsam mit der KFG, also eine Linksrechtskoalition über die Ränder sozusagen ab. Das ist ja ganz bemerkenswert. Die Frage ist eine hochinteressante, juristisch durchaus interessant, weil dahintersteht eigentlich die Frage „Soll sozusagen der Steuerzahler dafür belangt werden, wenn Einzelpersonen im Verwaltungsverfahren gewissermaßen Unterstützung haben möchten“. Dazu muss man wissen, dass wir circa jeden zweiten Monat in den Medien Berichte haben über die Überlastung der Gerichte und Verwaltungsbehörden. Wir haben fast jedes Monat einmal einen Bericht darüber über die langen Verfahrensdauern in der Verwaltung, also insbesondere natürlich in Asylverfahren, wo ja oft Fälle spektakulär werden, in denen man oft jahrelang warten muss, bis man dann endgültig eine Entscheidung hat und es tut sich dann immer dank der Anwälte noch eine und noch eine und noch eine Einspruchsmöglichkeit auf, deswegen spielt das auch durchaus eine Rolle, was der Herr Luttenberger so en passant gesagt hat, nämlich, wenn es Sinn macht, dann ist es gut, wenn man Einsprüche macht. Es ist aber Tatsache, und da werden Sie mit vielen Verwaltungsbehörden und auch mit vielen Richtern sprechen können, eigentlich ist die größte Belastung der Justiz und der Gerichtsbarkeit eben das Inanspruchnehmen von Verfahrensschritten, weil es halt einfach möglich ist und weil es halt gratis ist. Demgegenüber steht eben der Gedanke, und der Herr Pascuttini wird das sicher juristisch richtig einordnen können, das Prinzip des Selbstbehaltes. Es ist nämlich so, dass durch einen Selbstbehalt, durch eine Verfahrenskostenbeteiligung, einen Nichtrückersatz, man sich eben überlegen muss, ist mir jetzt dieses konkrete Einschreiten der Behörden so wichtig, dass ich tatsächlich auch bereit bin, ein Geld in die Hand zu nehmen. Und da ist es eben eine grundsätzliche Linie unserer Partei, dass wir eigentlich eher dafür sind, dass man sich noch einmal gut überlegt, ob man jetzt monatelang irgendein Verfahren auslöst und anstrengt und fortsetzt und immer noch eine Berufung und noch eine Berufung macht, obwohl die Lage vielleicht ohnedies

aussichtslos ist. Daher, um es kurz zu machen, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt in dieser Angelegenheit nicht zustimmen, wie wohl wir aber sehen, dass es offensichtlich ohnedies eine Mehrheit gibt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass gerade in der letzten Nationalratsperiode, du hast das ja erwähnt, es ja durchaus Änderungen gegeben hat im Strafprozessrecht und da hätte der Gesetzgeber, wenn er das gewollt hätte, sicherlich auch dahingehend Änderungen vornehmen können. Das hat er offensichtlich nicht gewollt, daher weiß ich nicht, ob diese juristische Spitzendiskussion, die wir hier jetzt führen, tatsächlich zu irgendeiner weiteren Behandlung im Parlament stattfinden wird.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, möchten Sie zur Dringlichkeit noch?

Klubobmann **Pascuttini**:

Nur ganz kurz zu den Ausführungen vom geschätzten Stadtrat Riegler, wo ich halt nicht deiner Meinung bin, wie wohl ich deine Ausführungen, gerade was das Rechtliche betrifft, oft sehr schätze. Also wenn das Landesverwaltungsgericht bei rund 3.000 Fällen im Jahr 2023 bei mehr als der Hälfte sagt, da ist etwas dran, dann wird das Landesverwaltungsgericht ja keinesfalls mit Unsinn geflutet, sondern eigentlich mehr als die Hälfte der Dinge waren Sachen, die irgendeinen Mangel aufgewiesen haben, sodass das Landesverwaltungsgericht als Instanz tätig werden musste. Und wo ich dir wirklich diametral widersprechen muss, ist ja die Tatsache, dass in den Verwaltungsverfahren ja nicht sich die Person X und die Person Y dann gegenüberstehen, sondern eben der Staat auftritt. Der Staat in letzter Folge ganz einfach gesagt, Fehler macht und diese Fehler dann im Endeffekt zwar vom Gericht behoben werden, aber die Kosten tragen dafür, dass fehlerhafte Verhalten der Behörde dann trotzdem der, der vor Gericht Recht bekommen hat, und im Fall der

Elisabethnergasse, wenn man sich das anschaut, also das Urteil, ich habe es dabei, sagt das Gericht ganz klar, bitte, es gibt Rechtsprechung vom VwGH, die hat die Baubehörde missachtet, sollte sie nicht tun, aber hat sie getan. Die Anrainer mussten sich dagegen wehren und dürfen jetzt, nachdem sie Recht bekommen haben, die Kosten für ein mangelhaftes Arbeiten der Behörde tragen, ganz überspitzt formuliert. Aber es ist im Endeffekt ein Faktum. Also, eine Behörde macht den Fehler, das ist ja auch nicht der Bauwerber, oder der der die Nutzungsänderung will, der die Fehler gemacht hat, der sagt: „Bitte genehmigt mir das“, die Behörde sagt: „Ja wir genehmigen es dir“, und die Anrainer sagen, das passt nicht. Schlussendlich entscheidet das Gericht und sagt, ja tatsächlich, da hat die Behörde etwas genehmigt, was sie so nicht hätte genehmigen dürfen. Warum das dann der zahlen soll, der eigentlich nichts dafür kann, der sich wehren muss, das verstehe ich nicht ganz und du hast richtig die Analogie gezogen zum Strafverfahren. Dort ist es ja jetzt dieser Fehler behoben, weil dort hat es die Staatsanwaltschaft gegeben, die hat gesagt: „Die Leute bringen irrsinnig viele Verfahren ein“, dann geht es vielleicht sogar zur Anklage, dann gibt es einen vollkommenen Freispruch und das Urteil ist dann zwar Freispruch, auf Wiedersehen, aber sie sind finanziell ruiniert, weil das sind Verfahrenskosten von 70.000,-, 80.000,-, 90.000,- Euro. Jetzt ist natürlich dieses Verfahren, hätte man das durchgeführt, wäre dann eines der billigeren Verwaltungsverfahren gewesen, weil das sogar ohne Verhandlung entschieden wurde, also die Mängel waren so eklatant, dass der Richter gesagt hat, ich brauche nicht einmal eine Verhandlung, ich schaue mir das an, sehe, ok, da passen Dinge nicht, und dann wurde es im Endeffekt schon zurückgewiesen oder wurde dieser Antrag mangels Mängelbehebung zurückgewiesen. Da hat es gar keine Verhandlung gegeben. Das ist halt ein besonders drastischer Fall. Wenn ich mir jetzt andere Verfahren vor Augen rufe, wo es dann vielleicht nach drei, vier Verhandlungstagen im Landesverwaltungsgericht gibt, also wenn man dann einen Anwalt bezahlen muss, und sind wir uns ehrlich, also ich weiß nicht, wie viele Selbstverfahren vor dem Verwaltungsgericht führen können, das sind schon sehr komplexe Verwaltungsmaterien, die dort behandelt werden, wenn man dann einen Anwalt zahlen muss für drei bis vier Verhandlungstage, dann geht das jenseits der

10.000,-, 15.000,- oder 20.000,- Euro. Also ich sehe das eigentlich als sehr notwendig und ist auch, glaube ich, einhellige Meinung der Rechtsanwälte, die sagen, Kostenersatz ja, weil wir oftmals Chancen erkennen, diese Chancen nicht garantieren können und dann wird das nicht bekämpft. Somit wird eigentlich Unrecht aufgrund einer Geldfrage einzementiert. Ich danke natürlich für die zu erwartende Zustimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die ist in jedem Fall gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ).

Möchte zum Inhalt noch wer das Wort? Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer ist dafür? Gegenprobe, der ist eindeutig so angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, FPÖ).

Danke schön, wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Winter, und hier geht es um den kommenden Krampuslauf.

8.7 Krampuslauf 2025/2026 (GR Winter, KFG)

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Herr Kollege Luttenberger, Sie haben es ja kaum erwarten können, die Krampusdiskussion. Jetzt geht es los, so ist es. Es geht eben, wie bereits angesprochen, um den Krampuslauf 2025 beziehungsweise 2026. Zur kurzen Vorgeschichte bis zum Jahre 2019 war der große Krampuslauf am 1. Adventsonntag in Graz eigentlich ein, ja, doch ein Fixpunkt, ein kultureller Fixstern, der leider Gottes mit den Jahren 2020, 2021 durch die Corona-Pandemie ja leider Gottes verschwunden ist und wir alle wissen, dass im Rahmen dieser Corona-Maßnahmen diese durchaus man als leidig und teilweise völlig überzogen bezeichnen kann, auch leider Gottes, der Krampuslauf bisher ein Ende gefunden hat. Das war noch durchaus zu argumentieren in den Jahren 2020, 2021. Nach der Pandemie war es schon etwas schwieriger zu argumentieren, nämlich da ist einerseits vom Citymanagement, aber auch von der Holding Graz das Argument der strengeren Auflagen gekommen, andererseits aber natürlich auch das Argument von den budgetären Engpässen gebracht worden und um das ganz persönlich auszudrücken, ich finde das in vielen Bereichen sehr, sehr schade, weil es, wie gesagt, einerseits auch ein kultureller Fixpunkt im Jahr war, weil es auch ein Fixpunkt hinsichtlich des Brauchtums war, weil es aber auch ein gesellschaftlicher Fixpunkt war, einerseits für Familien und andererseits durchaus für sehr, sehr viele Kinder, die sich daran gefreut haben. Und der Antrag geht eben in die Richtung dieses leider Gottes die letzten Jahre eingeschlafene Projekt, diese eingeschlafene Tradition der Krampusläufe wieder aufleben zu lassen und wenn wir jetzt bereits beginnen für den nächsten Advent hier die Planungen in die Wege zu leiten, wenn wir hier bereits jetzt beginnen konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um wieder einen Krampuslauf möglich zu machen, dann ist genau dieser Antrag der entscheidende Faktor, der entscheidende Startschuss, damit wir das gemeinsam angehen können. Daher der vorliegende

Dringlichkeitsantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Tradition des „großen“ Krampuslaufs in Graz, Punkt 1. Punkt 2, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche Kosten für die Ausrichtung des traditionellen Krampuslaufes angenommen werden können und prüfen, ob eine ressortübergreifende Finanzierung möglich ist.

Ich erhoffe mir und freue mich auf eine Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bis 2019 gehörte der Perchtenlauf, auch Krampuslauf genannt, am ersten Adventssonntag traditionell zur Grazer Kulturlandschaft. Viele Grazer von jung bis alt freuten sich jährlich auf unzählige Hexen, Teufel und Krampusse.

Im Jahr 2020 und 2021 fiel der Lauf verständlicherweise den Coronamaßnahmen zum Opfer. In den Jahren 2022 und 2023 fand er aus, nicht mehr ganz so verständlichen Gründen, nicht mehr statt. Als Grund nannte man seitens des Citymanagements bzw. der Holding Graz, budgetäre Gründe und strengere Auflagen. Somit fand nun auch 2024 bereits zum fünften Mal hintereinander kein Krampuslauf mehr in Graz statt.

Die einst schöne Tradition ist in Graz leider komplett eingeschlafen, obwohl sich viele Grazer diese Brauchtumsveranstaltung wünschen. Damit einher gingen zudem eine Aufwertung und Wertschöpfung für die Grazer Innenstadt.

Eine Anfrage unsererseits vom Oktober 2024 blieb bisher unbeantwortet und bietet sich im Zuge der Debatte rund um gegenständlichen Dringlichkeitsantrag die Beantwortung an, denn obwohl es seitens der Verantwortlichen, unter ihnen auch Frau Bürgermeisterin Elke Kahr, finanzielle Zugeständnisse gab, blieb die Veranstaltung auch 2024 aus.

Beginnt man umgehend mit der Planung, könnten wir gemeinsam diese Veranstaltung ab 2025 wieder möglich machen. Die Finanzierung sollte bei prall gefüllten Sparbüchern gemeinsam (Ressort übergreifend) möglich sein.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Tradition des „großen“ Krampuslaufs in Graz.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche Kosten für die Ausrichtung des traditionellen Krampuslaufes angenommen werden können, und prüfen, ob eine Ressort übergreifende Finanzierung möglich ist.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Frau Clubobfrau Hopper.

Clubobfrau **Hopper**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich auch ganz kurz halten. Ich finde es gut, dass das dringlich jetzt schon einmal eingebracht wird, nicht weil jetzt der Dezember vor der Tür steht, sondern weil man dann auch tatsächlich mit den Planungen früh genug beginnen kann und nicht im November draufkommt, dass es zu wenig Budget gibt. Auch wir als Volkspartei sind der Meinung, dass gerade der

Krampus, insbesondere in Kombination mit dem Nikolaus, der zu einem Fixpunkt im Advent bei uns gehört, auch ein Fixpunkt sein sollte, zu dem wir uns in der Stadt Graz bekennen und der irgendwo zu einem Advent bei uns in Österreich auch dazugehört. Das ist ein Spezifikum, diese Krampusläufe, auf die man grundsätzlich, glaube ich, auch sehr stolz sein kann und deswegen braucht es, glaube ich, auch hier das öffentliche Bekenntnis dazu. Also, ein klares Ja zu Brauchtum und Traditionen auch von unserer Seite. Ich möchte an dieser Stelle schon auch berechtigterweise festhalten, dass es immer wieder sehr, sehr viel Kritik an Krampusläufen gibt, weil dann irgendwelche Gewaltexzesse darauf folgen und so weiter und so fort. Man liest immer wieder in den Medien und das veranlasst, glaube ich, auch viele zu sagen. „Ok, das braucht es eigentlich nicht bei uns in Graz“. Ich möchte aber schon an dieser Stelle festhalten, dass es auch anders geht und ich bin sehr, sehr stolz, dass das in den vergangenen Jahren jetzt schon die ÖVP in Graz-Geidorf sehr, sehr beherzt zeigt, wo aktuell der einzige Grazer Krampuslauf, nach wie vor stattgefunden hat, auch den letzten Jahren...

Zwischenruf

Clubobfrau Hopper:

Gibt es noch einen? Entschuldigung, aber einen, der aus meiner Sicht von leidenschaftlichsten organisierten Krampusläufe, nämlich einer, der extrem familienfreundlich ist, der äußerst, äußerst umsichtig organisiert ist, wo sehr viel Rücksicht auf alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insbesondere natürlich die ganz, ganz Kleinen, genommen wird und ich glaube, einer, der für sehr viel Freude, für sehr viel staunende Kinderaugen und für sehr viele schöne Erinnerungen sorgt und ich glaube, das müsste auch das Ziel sein, wenn wir uns vornehmen, in der Stadt Graz wieder einen Krampuslauf auch stattfinden zu lassen. Ich möchte vielleicht gleich vorweg, und dann spare ich mir das später, auch zum Abänderungsantrag der KPÖ was sagen: Persönlich finde ich den Zugang vom Kollegen Winter hier sehr zielführend. Die aktuellen Kosten für die Ausrichtung zu prüfen und gegebenenfalls gemeinschaftlich zusammen zu helfen, um das zu organisieren. Ich verstehe die Sinnhaftigkeit nicht

ganz, ins Jahr 2019 zurückzuschauen. Erstens glaube ich, dass die Zahlen für die Ausrichtung äußerst veraltet sind und auch die Auflagen etc. vielleicht zu einer anderen Preisgestaltung führen. Also, wir werden diesem Abänderungsantrag in der Form nicht näher treten und würden uns den Antrag, so wie der Michi Winter ihn eingebracht hat, so gerne wünschen und freuen uns hoffentlich auf einen gemeinschaftlichen Krampuslauf dann im Dezember, aber bis dahin haben wir noch ein bisschen Zeit. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Stimmt. Es kommt ja bald der Fasching. Da können wir probieren schon. Manche würden ja sagen: „Die sind auch in der Politik zu finden“, aber gibt es zur Dringlichkeit weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich sagen, dass wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist bis auf zwei Gegenstimmen gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen NEOS).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier das Wort? Frau Gemeinderätin Mohsenzada, Klubobfrau, Entschuldigung.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

„Kramperl, Kramperl, Besenstil, beten kann i gar net viel. Was i beten koa, das ged die garnichts o“. So geht da berühmte Kinderlied, ebenso besungen von einem Pagger Buam, der Lieblingsband meines Neffen Gabriel, und in diesem Sinne kann ich auch sagen, Traditionen sind uns wichtig, daher unterstützt auch unsere Frau Bürgermeisterin den kinderfreundlichen Eggenberger Campusverein „CORVUS

DIABOLI“ aus ihrem Ressort. Des Weiteren gibt es ebenso den kinderfreundlichen Perchtenlauf, wie schon Kollegin Hopper gesagt hat, eben am Hasnerplatz jeden November, aber auch am Schönaugürtel. Ich kann aber auch weiterberichten, dass es weitere neun Krampus- und Perchtenläufe in Graz-Umgebung gibt, die jährlich stattfinden, in Seiersberg, in Raaba, im Stiftingtal, in Gleisdorf, in Lieboch, in Wildon, in Gratwein und auch in Hart. Diese Läufe sind zum Teil auch 15 bis 20 Minuten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Und nun aber doch zur sehr häufig gestellten Frage, die auch tatsächlich viele Grazer:innen stellen, wieso gibt es jetzt keinen Campuslauf in der Grazer Innenstadt? Dazu kann ich vielleicht ein bisschen erklären, und zwar der Lauf wurde in den letzten Jahren von einem externen Veranstalter organisiert und seitens des Citymanagements finanziell unterstützt. Wie bereits auch mehrfach festgehalten, war das Citymanagement nie Veranstalter eines Perchtenlaufes in Graz, weder in diesem Jahr noch in den Jahren nach der Pandemie ging eine Anfrage für Sponsoring oder Kooperationen ein. Weder von dem langjährigen Veranstalter noch von anderen Interessenten, und auch heuer gab es kein Interesse des Veranstalters oder irgendeines anderen Veranstalters zu einer Durchführung oder einer Unterstützung eines derartigen Laufes. Also ich glaube, den ersten Punkt haben wir eh erfüllt, aber daher zu dem zweiten Punkt, und daher auch mein Abänderer. Ich stelle den

Antrag,

dass das Citymanagement ersucht wird, dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus bis Februar 2025 darüber Bericht zu erstatten, wie, mit welchen Beträgen die privaten Veranstalter des Krampuslaufes in den letzten 10 Jahren seines Stattfindens gesponsert oder gefördert wurde. Vielen Dank.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, Punkt 2 des Dringlichen Antrags wie folgt abzuändern:

Das City Management wird ersucht, dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus bis Februar 2025 darüber Bericht zu erstatten, wie mit welchen Beträgen die privaten Veranstalter des Krampuslaufs in den letzten zehn Jahren seines Stattfindens gesponsert bzw. gefördert wurden.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich...Doch. Du musst schneller sein.

Stadtrat **Riegler:**

Also ich möchte da nur der guten Ordnung halber ergänzen, zu dem, was schon die Frau Clubobfrau von unserer Fraktion zur Dringlichkeit gesagt hat. Kann man natürlich gerne machen, wenn ihr jetzt hier sozusagen mit Koalitionsmehrheit, ich habe das selber erlebt, man kann mit Koalitionsmehrheit viel beschließen, nur wir werden euch gerne berichten, aber es ist halt eine Tatsache, dass so ein Krampuslauf mit den Auflagen, die es halt gibt, halt eine sehr, sehr teure Sache ist und wenn, so wie wir das jetzt erlebt haben und wie wir dann auch im nächsten Dringlichen diskutieren werden, überall das Geld fehlt und sogar der Herr Finanzstadtrat eine Haushaltssperre von 10 % verhängen hat müssen, die dazu führt, dass man ohnedies schon zusammengestrichenes Wirtschaftsbudget noch einmal um 300.000,- Euro verringert wird, also dann muss man halt irgendwie eine ganz große Coolness haben als Koalition, dass man sagt, aber trotzdem zahlen soll es das Citymanagement. Also, ich kann Ihnen jetzt schon sagen, vorgeifend auf den Februarbericht im Wirtschaftsausschuss, dass in

meinem Ressortbereich das Geld schlicht und ergreifend nicht vorhanden ist, weil wir alleine im Wirtschaftsressort von ehemals 5,7 Millionen im Jahr 2021 auf 3 Millionen Euro Budget zusammengekürzt worden sind, aber es gehört halt ein bisschen zu dieser Technik, die sich die KPÖ gemeinsam mit den Grünen und der SPÖ zum Spaß gemacht hat, halt regelmäßig die Wirtschaftspartei ÖVP halt vorzuführen und uns irgendwie zu beschämen, indem man sagt, ja, wir geben euch zwar kein Geld, wir streichen euch zwar das Budget zusammen, aber dann müsst ihr trotzdem diese und diese und diese Sache finanzieren. Das ist eigentlich ziemlich letztklassig und eigentlich ziemlich hochnäsiger und ich hoffe, dass das irgendwann draußen auch verstanden wird, aber wir werden gerne im Februar-Gemeinderat dann im Ausschuss berichten. Ich kann euch jetzt gleich sagen, so eine Veranstaltung kostet halt. Letzte Preisanfrage war vor einigen Jahren 60.000,- Euro, und wenn mir allein jetzt im heurigen Jahr aufgrund der Haushaltssperre noch einmal 300.000,- Euro heruntergestrichen werden, dann ist es einfach nicht seriös zu sagen, ich verspreche euch jetzt schon, dass ich dann im Dezember einen Krampuslauf mache, wo selbst die Frau Bürgermeisterin auf wiederholte Anfragen von uns, ob man Unterstützung bekommen kann, sagt: „Na leider, ich habe auch kein Geld“, also ich kann nichts mehr beisteuern. Also, eigentlich ist es zynisch und arrogant von euch, wie ihr euch gegenüber uns verhält. Wir sind immerhin die zweitstärkste Fraktion in Graz, wir verantworten wichtige Bereiche wie Bildung, Kultur und Wirtschaft und dass ihr dann sagt: „Ok, weißt du was? Du musst jetzt einen Krampuslauf machen, aber zahlen tun wir dir nichts und Budget bekommst du keines“. Das ist eigentlich nur zynisch. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich muss den Vorsitz jetzt an den Herrn Stadtrat Riegler übergeben, weil da muss ich jetzt was sagen. Jetzt machen wir hier ein Zwiegespräch.

Stadtrat **Riegler**:

Ja, ich übernehme den Vorsitz.

Vorsitzwechsel – StR. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.23 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich bin hier wirklich ein Geduldsesel, ich habe eine dicke Haut wie ein Elefant, aber wenn hier von Arroganz und Überheblichkeit... Lieber Günter Riegler, du warst lange genug Finanzstadtrat und ich habe unterschiedlichste Ressorts gehabt, du hast nicht einmal mit mir gescheit geredet und hast die Hälfte des Budgets gekürzt. Sei mir nicht böse, und gerade du im Wirtschaftsressort in den letzten drei Jahren hast du von mir 600.000,- Euro, 450.000,- Euro aus der Komm.-Abteilung für die Baustellenförderung bekommen und jetzt 150.000,- Euro. Sei mir nicht böse, das ist ja irgendwie ein Witz schlechthin und diese Überheblichkeit und Arroganz, das muss ich wirklich sagen, in den letzten 10 Jahren seid ihr von der ÖVP, das ist ja der Grund, warum ihr hier auch nicht mehr erster geworden seid, in dieser Stadt. Ist ja unglaublich.

Stadtrat **Riegler**:

Ich übergebe den Vorsitz.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (16.25 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Und möchtest dich zu Wort melden darauf gleich? Bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Mit einer tatsächlichen Berichtigung. Also, ich möchte betonen, dass in den Jahren, in denen ich für Finanzen und Immobilien verantwortlich war, ich mit dir sehr wohl geredet habe. Wir hatten sechsmal im Jahr unsere Kontrollgremiumssitzungen für den Verkehr und ich möchte in aller Schärfe in Abrede stellen, dass ich dir, ich zitiere wörtlich die Frau Bürgermeisterin, dass ich dir „die Hälfte gekürzt“ hätte. Ich weiß nicht, ob du dich an irgend / . Also, da bitte ich um einen Wahrheitsbeweis, wo ich jemals eine Kürzung um die Hälfte in irgendeinem deiner Budgets verursacht hätte.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Kann ich gleich sagen: Verkehrsplanung von 3,5 auf 1 Million Euro reduziert in der OG. Bitte, schau nach. Als Nächste zu Wort hat sich gemeldet die Frau Gemeinderätin Braunersreuther.

Gemeinderätin **Braunersreuther**:

Liebe Kolleg:innen, ich gehe jetzt wieder von den Budgetstreitigkeiten zurück zu den Krampussen, auch wenn manche vielleicht da nicht so viel Unterschied sehen. Lieber Kollege Winter, du wirst dich vielleicht wundern, aber ich bin ja Kulturanthropologin, also Volkskundlerin, und bin deswegen natürlich auch eine sehr große Freundin von Traditionen, mit denen ich mich ja sehr beschäftige, aber ich halte es da so ein bisschen wie Donner Hararaway, die so eine schöne Metapher gebracht hat, dass man bei so Traditionen, insbesondere wenn es sich halt um so, wie man es, glaube ich, für Krampusläufe sagen kann, Männer- und gewaltdominierte Brauchtümerhalter, das Ganze auf einen Komposthaufen geben soll, also diesen ganzen Müll der Geschichte, das Negative daran, auf einen Komposthaufen geben soll, damit der Samen daraus neu wächst und zu frischen Traditionen erblüht, und insofern habe ich auch für den Herrn Stadtrat Riegler gleich einen guten Tipp, denn seriös ist, glaube ich, also wenn es unseriöse Angebote gibt, dann ist ein Angebot von 60.000 Euro für einen Krampuslauf,

glaube ich, als solches zu bezeichnen, denn ich habe von einer anderen Veranstaltung, wo ich in der Jury bin, ein Angebot bekommen für einen feministischen Krampuslauf der Gruppe Infera Krampo, den ich auch dem Herrn Winter sehr empfehlen kann. Das ist der erste Perchtenlauf der blutenden Schwestern für Frauen und Menschen mit Menstruationsanliegen. Die sind nicht nur insofern von Vorteil, dass es kein Awareness-Team und keine großen Sicherheitsauflagen braucht, weil sie das selbst mitbringen, sondern sie machen das Ganze auch zu einem sehr günstigen Preis und sie sind auch noch ökologisch vertretbar, denn sie basteln ihre Kostüme nur aus gebrauchten Materialien und genau, wenden sich damit als feministische Stimme gegen diese entgleisenden Traditionen, von denen wir alle, glaube ich, ein Lied singen können. Also, ich weiß, eine Freundin von mir ist damals in den Mur-Auen ausgesetzt worden, im Nebel, im Dunkeln von besoffenen Krampussen und hat fünf Stunden gebraucht, um wieder herauszufinden. Das, glaube ich, wünscht man niemanden. Das wird dann niemandem passieren und ich glaube, damit könnten wir der Stadt Graz wirklich ein schönes Erlebnis bieten. Im Herbst, und Herr Riegler, fragen Sie bitte bei denen an, was die dafür verlangen, ich sage Ihnen, es ist ungefähr ein Zehntel.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Herrn Gemeinderat Winter ums Schlusswort bitte.

Gemeinderat **Winter**:

Werter Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Braunersreuther, also Sie sollten wirklich für Ihre Wortmeldungen mit der Zeit Eintrittskarten verlangen, weil das hat durchaus einen humoristischen Wert, der dem einen oder anderen Bereich vielleicht wert wäre. Dann könnten wir auch das Budgetloch vielleicht in Graz leichter stopfen. Der Kabarettfaktor war mit Sicherheit auf Ihrer Seite vom feministischen Krampuslauf und was haben wir denn noch als Lustiges gehabt, dass eben alles im

Prinzip am kulturellen Komposthaufen landen sollte. Irgendwann sollte man dann schon die Kirche im Dorf lassen. Also, um was geht es bei dem Ganzen? Das ist auch vorher bereits von einigen Rednern betont worden, dass sich jeder gegen Gewalt ausspricht und dass diese ganzen Krampusläufe in einem gewissen Rahmen ablaufen sollen, das ist völlig außer Streit zu stellen und das ist auch gut so, wenn da Regeln herrschen und wenn das alles in dem Sinn gesittet abläuft, aber hinter jeder kulturellen Veranstaltung, hinter jedem Brauchtum, die böse antifeministische Verschwörung zu wittern, geht dann doch ein bisschen weit und geht auch ziemlich weit an der Lebensrealität der Menschen vorbei. Das muss man schon auch irgendwo erkennen. Es ist in Wirklichkeit eine Tradition, wo seit Jahren, Jahrzehnten, Jahrhunderten in Wirklichkeit Familien, Kinder durchaus ein großes Interesse, eine große Freude daran finden und das in irgendeine antifeministische Schmutzdecke zu stellen, ist dann doch wirklich sehr weit von der Fantasie und sehr weit von der Realität entfernt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zum Antrag, in zwei Punkten. Sollen wir das getrennte abstimmen? Nein? Ist das der Wunsch?

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ja, der kommt eh dann, aber zuerst der Abänderungsantrag, und dann kommen wir zu den Beiden. Wer ist für den Abänderungsantrag? Gegenprobe, der Abänderungsantrag ist angenommen somit.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sehe ich gar nicht so, sondern ich sehe das als positive Unterstützung, was das Grundanliegen betrifft. Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, und zwar eingebracht von Gemeinderat Philipp Pointner. Bitte und ich darf den Vorsitz an Herrn Stadtrat Krotzer übergeben.

Vorsitzwechsel – StR. Krotzer übernimmt den Vorsitz (16.33 Uhr)

**8.8 Bestellung eines Sonder-Gemeinderats-Ausschusses „Reformausschuss für ein zukunftsfitte Graz“
(GR Pointner, NEOS)**

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Der Dezembergemeinderat hat einen Budgetbeschluss für 2025, 2026 gebracht samt einer 5-Jahres-Forecast und hat Erkenntnisse zurückgelassen, die zusammengefasst sich darstellen lassen mit „Die finanzielle Lage der Stadt, ist durchaus ernst“ und stellt uns vor strukturelle Herausforderungen und macht umfassende Reformen unabdingbar. Wir haben hohe Einnahmen, aber die Schulden wachsen weiter und die Abhängigkeit von Krediten nimmt weiter zu. Jetzt ist auch sehr klar geworden, dass kleinteilige Sparmaßnahmen und Projekte wie das „kommunale PLUS“ nicht den notwendigen Turnaround beziehungsweise Wandel bewirken können, den wir brauchen. Weiters lässt sich herauslesen, dass wir einfach nicht weiter wie bisher machen können. Das ist unverantwortlich und birgt sogar erhebliche Risiken für die Zukunft unserer Stadt. So würde ich sagen, dass anstelle in den nächsten 18 Monaten bis zur möglichen Neuwahl 2026 jetzt im Stillstand zu verharren, der mit dem

Doppelbudget jetzt irgendwie einzementiert wurde, eine gemeinsame Kraftanstrengung von allen politischen Verantwortlichen einleiten sollten, weil wir brauchen dringende und überfällige Reformen und müssen das auf den Weg bringen. Wir brauchen eine zukunftsfitte Stadt mit einer effizienten und modernen Daseinsvorsorge und wo zukünftige Generationen wieder einen finanziellen Spielraum haben. Jetzt gestatten Sie mir einen kleinen Rückblick in die Vergangenheit der Stadt: Wir sind nicht zum ersten Mal in dieser Situation, wir hatten schon, wie sich die Stadt in einer ähnlichen Lage befunden hat, das Reformprojekt „2000 PLUS“ vor 24 Jahren und dann im Jahre 2009 und dem Folgenden das Projekt „Haus Graz“, also damals wurde auch schon mal gedacht, nicht so weiter wie bisher, Politik für künftige Generationen und nicht auf dem Rücken von künftigen Generationen. Das ist interessant, ich darf da vielleicht kurz zitieren, den Alt-Bürgermeister Nagl, mit seiner Vizebürgermeisterin, damals Rücker, er macht eine Aussendung „Wir brauchen Reformen, damit die Stadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Wir müssen jetzt alles tun, was wir selbst tun können, damit wir später nicht das tun müssen, was andere wollen“, ist gleich das Land vielleicht, der Kommissär. Bleiben wir selbst handlungsfähig, machen wir unsere Reformen für uns selber und das können wir, indem wir jetzt einen Ausschuss diesbezüglich einsetzen gemäß § 37 Absatz 1 unseres Statutes. Wir können aus unserer Mitte, wir Gemeinderät:innen, zur Vorbereitung und Antragstellung in bestimmten Angelegenheiten unseres Wirkungskreises Gemeinderatsausschüsse bestellen. Das haben wir beim Stadionausschuss gemacht. Da haben wir es als dringlich empfunden. Ich glaube, meine Darlegungen erklären sehr gut, warum auch dieser Ausschuss, den ich beantragen werde, durchaus dringlich einzusetzen wäre.

Nun ein bisschen zur Sache. So ein Ausschuss braucht eine Grundlage und das wäre, was ich immer wieder anmahne und auch heute schon bei meiner Frage angemahnt habe, eine echte Aufgabenkritik und diese Aufgabenkritik für das ganze Haus Graz braucht natürlich einen Produktkatalog, einen Leistungskatalog. Wir müssen wissen, was haben wir, was bieten wir als Stadt gesetzlich, freiwillig, um das einer Kritik unterziehen zu können für das gesamte Haus Graz, und dieser Ausschuss muss auch

Planungsgrundlagen vorgeben, und eine Grundlage dieser Planung wäre selbstverständlich das Budget 2025-2026. Die Finanzplanung, die diesem Budget zugrunde liegt, das muss der Rahmen der Beratungen sein. Dieser Ausschuss braucht auch Ziele, das wäre ein überarbeiteter Produktkatalog für das Haus Graz. Das ist durchaus jetzt schon eine komplexe Vorgangsweise, die gut strukturiert vorgetragen ist, und wenn man dem Ganzen folgt, wird es auch die Ziele erreichen. Ein überarbeiteter Produktkatalog auf Grundlage von diesem überarbeiteten Katalog eine neue Magistrates- und Beteiligungsstruktur und dann auch einen Vorschlag für Controlling. Das Controlling, das uns wieder einen Blick in die Zukunft, einen steuerungsmäßigen Blick in die Zukunft gestatten soll, und damit das auch wirklich passiert, habe ich gleich Meilensteine für das Ganze, also einen Prozess dargelegt. Das heißt, wir brauchen bis zur Sitzung am 20.03., bis zur Gemeinderatssitzung am 20.03., eine verbindliche Definition eines Produktbegriffs für das gesamte Haus Graz, das heißt, das ganze Haus Graz muss einen Begriff eines Produkts, einen einheitlichen Begriff verwenden, weil sonst können wir wieder nicht steuern und vergleichen. Das heißt, es muss eine einheitliche Struktur als Vorgabe geben, sowohl was ein Produkt ist und auch was die zuzuordnenen Kosten sind, dann bis zur Sitzung am 24.04. soll dieser Katalog von den Verantwortlichen des Hauses Graz befüllt werden. Das heißt, die Struktur, die wir vorgeben, muss richtig und vollständig befüllt, da muss hineingearbeitet werden von der Verwaltung, damit wir dann bis zur Sitzung am 03.07. den überarbeiteten finanzierbaren Produktkatalog vorlegen können. Das heißt, auf Grundlage des Budgets 2025-2026...

Stadtrat **Krotzer**:

Ich muss auf die Redezeit hinweisen. Ist schon eineinhalb Minuten drüber.

Gemeinderat **Pointner**:

Darf ich das noch ausführen?

Stadtrat **Krotzer:**

Bitte, aber im Rahmen bleiben bitte.

Gemeinderat **Pointner:**

Es tut mir sehr leid. Ich bedanke mich dafür, dass ich kurz überziehen darf. Bis zum 18.09. dann einen Vorschlag für die künftige Magistrats- und Beteiligungsstruktur und dann bis zum 11.12. für die Controlling-Struktur. Daher, die Zusammensetzung entnehmen Sie dem Motiventext, die ist vorgeschlagen, die Reformmaßnahmen sollen 2025 vorgeschlagen werden und dann 2026 umgesetzt werden. Ich stelle daher folgenden

Dringlichen Antrag:

Erstens, der laut Motiventext beschriebene Reformprozess ist durch die sofortige Einrichtung eines Sondergemeinderatsausschusses „Reformausschuss für ein zukunftsfitte Haus Graz“ in Gang zu setzen. Zweitens, der Sonderausschuss hat den Auftrag, die drei im Motiventext benannten Ziele zu erreichen. Drittens, die fünf im Motiventext benannten Meilensteine sind im Zeitraum des Motiventextes zu erfüllen. Machen wir Reformen für unsere künftigen Generationen von Kindern und Enkelkindern, bleiben wir nicht im Stillstand auf dem Rücken unserer Kinder und Enkelkinder. Ich bitte um Annahme dieses sehr, sehr wichtigen Antrages.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die finanzielle Lage der Stadt Graz und die strukturellen Herausforderungen des Hauses Graz machen umfassende Reformen unabdingbar. Trotz Rekorderlöse wachsen die Schulden weiter, und die Abhängigkeit von Krediten nimmt zu. Es ist klar, dass vergleichsweise kleinteilige Sparmaßnahmen und Projekte wie das "Kommunale Plus" nicht den notwendigen Wandel bewirken. Ein "Weiter wie bisher" erscheint unter diesen Gegebenheiten nicht nur unverantwortlich, sondern birgt auch erhebliche Risiken die Zukunft unserer Stadt betreffend.

Anstelle in den verbleibenden 18 Monaten nur den Stillstand zu verwalten, der mit dem Doppelbudget 2025/26 einzementiert wurde, braucht es jetzt die Kraftanstrengung aller politisch Verantwortlichen in unserer Stadt, um die drängenden und überfälligen Reformen auf den Weg zu bringen. Ziel muss eine zukunftsfitte Stadt Graz sein, in der effiziente und moderne Daseinsvorsorge gewährleistet wird und in der zukünftige Generationen wieder den finanziellen Spielraum haben, um ihre eigenen gestalterischen Entscheidungen treffen zu können!

Gemäß § 37 Abs. 1 kann der Gemeinderat aus seiner Mitte zur Vorberatung und Antragstellung in bestimmten Angelegenheiten seines Wirkungsbereiches Gemeinderatsausschüsse bestellen. Der vorberatende Gemeinderatsausschuss „Stadion-Ausschuss/Klärung Standort der Spielstätte(n) für Sturm und GAK“ hat gezeigt, dass der Einsatz dieses Instruments in besonderen (und dringlichen) Fällen möglich ist. Denn dringlich ist die finanzielle Lage der Stadt Graz allemal. Ein analoger Ausschuss unter dem Titel „Reformausschuss für ein zukunftsfitte Graz“ bietet jetzt die Chance, dringend notwendige Reformen mit breiter Einbindung aller Klubs und Fraktionen zu erarbeiten.

Als Grundlage soll eine echte Aufgabenkritik aufgrund eines Produkt-/Leistungs-Katalogs für das gesamte Haus Graz erfolgen. Um diese Aufgabenkritik zu ermöglichen, muss der Ausschuss Planungsgrundlagen vorgeben. Gleichzeitig muss die dem Budget 25/26 zugrundeliegende Finanzplanung den Rahmen der Beratungen im Ausschuss bilden.

Ziele des Ausschusses sind es, dem Gemeinderat

- 1. einen überarbeiteten finanzierbaren Produkt-/Leistungs-Katalog für das Haus Graz vorzulegen,*
- 2. auf Grundlage des vorgeschlagenen Produkt-/Leistungs-Kataloges die künftige Magistrats- und Beteiligungsstruktur vorzuschlagen,*

3. *einen Vorschlag für die Controlling-Struktur im zukünftigen Haus Graz zu unterbreiten.*

Dafür muss der Ausschuss dem Gemeinderat als Meilensteine

1. *bis zur Sitzung am 20.3.2025 eine verbindliche Definition des Produkt-/Leistungs-Begriffes und der den Produkten/Leistungen zuzuordnenden Kosten vorschlagen;*
2. *bis zur Sitzung am 24.4.2025 berichten, ob die Verantwortlichen des Hauses Graz eine umfassende Aufstellung der Produkte/Leistungen und deren Kosten vorgelegt haben;*
3. *bis zur Sitzung am 3.7.2025 den überarbeiteten finanzierbaren Produkt-/Leistungs-Katalog für das Haus Graz vorlegen;*
4. *bis zur Sitzung am 18.9.2025 einen Vorschlag für die zukünftige Magistrats- und Beteiligungsstruktur auf Grundlage des im Juli beschlossenen Produkt-/Leistungs-Katalogs machen;*
5. *bis zur Sitzung am 11.12.2025 einen Vorschlag für die Controlling-Struktur im künftigen Haus Graz unterbreiten;*

Die so beschlossenen Reformmaßnahmen sind im Kalenderjahr 2026 umzusetzen, um die Finanzierbarkeit des Hauses Graz 2027 zu ermöglichen.

Die Zusammensetzung erfolgt analog zum Kontrollausschuss, um allen Klubs und Fraktionen die Mitarbeit zu ermöglichen: KPÖ: 3 Mitglieder, ÖVP: 3 Mitglieder, GRÜNE: 2 Mitglieder, KFG: 1 Mitglied, SPÖ: 1 Mitglied, NEOS: 1 Mitglied.

Zur Gewährleistung der Erzielung eines dem Motiventext entsprechenden Ergebnisses kann der Ausschuss durch eine unabhängige externe, professionelle Beratung unterstützt und begleitet werden. Die Auswahl dieser obliegt dem Ausschuss selbst, wobei die Richtlinien für Rechnungswesen konsequent einzuhalten sind.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der laut Motiventext beschriebene Reformprozess ist durch die sofortige Einrichtung eines Sonder-Gemeinderats-Ausschusses "Reformausschuss für ein zukunftsfittes Haus Graz" gem § 37 Abs. 1 Statut der Landeshauptstadt Graz in Gang zu setzen.*
- 2.) Der Sonderausschuss hat den Auftrag, die drei im Motiventext benannten Ziele zu erreichen.*
- 3.) Die fünf im Motiventext benannten Meilensteine sind im Zeitraum des Motiventextes zu erfüllen.*

Stadtrat **Krotzer:**

Danke für den eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Als erste Wortmeldung Klubobmann Karl Dreisiebner, bitte.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzter Herr Antragsteller, falls er zuhört, ansonsten liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich versuche zu schätzen, was Philipp Pointner hier uns mit sehr viel Wärme und Engagement und Herz vorgetragen hat. Ich mag aber gleich dazusagen, Philipp, du ziehst die Dinge leider ein bisschen von der falschen Seite auf oder wie man in der

Pferdezucht sagt, du zäumst das Pferd von hinten auf. Prozesse, so quasi mit Gewalt und über einen Sonderausschuss, der komplett ignoriert, dass wir im Haus Graz Betriebe haben, dass wir Abteilungen haben, dass wir Direktionen haben, Abteilungsleitungen, viele, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Stadtratsmitglieder mit entsprechender Verantwortung und Aufgaben, die zugeteilt sind, einfach zu übergehen und einen Sonderausschuss mit etwas zu befassten, mag vielleicht jetzt ein bisschen erhellen, warum NEOS auch mit Koalitionsverhandlungen so schwer zu Rande kommen und dann halt einfach aufstehen, ganz überraschend und viel zu schnell, aber das ist nur ein Sidestep. Ich finde grundsätzlich wäre der Antrag zu unterstützen, wenn man sagt, es sollen die entsprechenden Abteilungen, die Finanzdirektion, die befassten Stadtratsmitglieder, die Betriebe im Haus Graz einen entsprechenden Prozess gut angeleitet, eben auch extern begleitet, anstoßen, dann dementsprechend die weiteren Schritte zu machen, das kann auch möglicherweise in einen Sonderausschuss münden, muss es aber nicht, es gibt ja den Finanz- und Beteiligungsausschuss, der auch jetzt monatlich, glaube ich, tagt, der sich zu Sondersitzungen treffen könnte, wenn das dann so wäre und wo man auch als Mitglied, glaube ich, jederzeit ein offenes Ohr beim Herrn Finanzdirektor oder bei anderen befassten Mitgliedern oder Geschäftsführenden und so weiter und so fort finden würde. Also nein, nicht so, lieber Philipp, du hast jetzt wahrscheinlich die Hälfte nicht gehört, sondern wenn, dann ganz anders und glaub mir, auch das ist nicht notwendig. Ich weiß, dass diese Dinge alle passieren werden, dass sie in Vorbereitung sind, dass wir auch mit der jetzt ins Amt getretenen Landesregierung aber auch dann mit einer Bundesregierung, wie sie auch immer ausschauen wird, entsprechend verhandeln werden. Wir sind auch nicht alleine. Der Städtebund, der steirische Städtebund, der österreichische Städtebund, der Gemeindebund, die alle sitzen schon beieinander, um sich dementsprechend mit Finanzsituationen und Zukunftsperspektiven auseinanderzusetzen, die für auch andere, nicht nur Graz, gewisse Reformen brauchen werden und insofern, nein, keine Dringlichkeit, sondern wir machen es so, dass es gut am Weg weitergeht und sehr bald, aber auch mit der entsprechend notwendigen Zeit, sehr bald entsprechende gute

Optionen gibt. Ich danke dir trotzdem für deinen Impetus. Es sind vielleicht wieder ein paar aufgewacht, die schon ein bisschen müde waren.

Stadtrat **Krotzer**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Wer jetzt die Wortmeldungen vom Herrn Klubobmann Dreisiebner erlebt hat, der konnte sich jetzt noch einmal mehr ein Bild davon machen, mit welcher unglaublichen Arroganz, Überheblichkeit und eigentlich Reformunwilligkeit diese Koalition halt jetzt noch bis Ende 2026 zum Ende führen. Tatsache ist also von unserer Fraktion wird es sowohl zum Befund vom Herrn Pointner und den NEOS eine Zustimmung geben, ja. Wir hatten gerade erst vor wenigen Wochen die Doppelbudgetsitzung, in der eigentlich katastrophale zahlenmäßige Entwicklungen präsentiert wurden, wo der Herr Finanzstadtrat eigentlich eine Verdoppelung des Schuldenstandes im Zeithorizont prognostiziert hat und wo eigentlich diese Koalition, die Kahr-Koalition, die Schwentner-Koalition eigentlich keinen Weg aufzeigen konnte, wie das auch nur irgendwie verbessert werden kann. Also jetzt sich hinzustellen, lieber Karl Dreisiebner, und zu sagen: „Nein, also die Dringlichkeit ist gar nicht gegeben, wir haben das alles im Griff, wir machen das alles“, ist eine völlige Verhöhnung des Steuerzahlers der Gemeindebürgerinnen und -bürger und auch des Gemeinderates. Ja, der Befund ist ein solcher, dem man zustimmen muss. Ja, wir werden eine Haushaltskonsolidierung brauchen. Ich kann da methodisch, lieber Herr Pointner, zustimmen. Wir hatten tatsächlich in den Jahren 2003, 2004 schon einmal eine New Public Management geleitete Haushaltskritik, eine Aufgabenkritik. Darin wurde genauso vorgegangen, wie Sie das beschreiben, nämlich, dass man Produkte definiert und anhand dieser Produkte dann hinterfragt, ob man diese Produkte sich noch leisten kann oder leisten will, also methodisch ist das einwandfrei. Wir sehen die Dringlichkeit, wir sehen auch

durchaus methodisch die Sinnhaftigkeit, aber es fehlt mir eigentlich der Glaube, so wie heute schon mehrfach über die Landesebene gesagt wurde vonseiten der Koalition, dass euch der Glaube fehlt, mir fehlt der Glaube und die erste Wortmeldung vom Herrn Dreisiebner bestätigt es, dass es hier überhaupt irgendeinen Reformwillen und irgendeine Reformbereitschaft gibt. Ich möchte nur anmerken, dass ein wesentlicher Mangel eures kommunalen-PLUS-Projekts, lieber Robert Krotzer, Bürgermeisterin, sitzt ja jetzt nicht da und hört nicht zu, liebe Frau Vizebürgermeisterin, ein wesentlicher Mangel von eurem kommunalen-PLUS-Projekt ist nämlich, dass ihr ganz wesentliche Bereiche, die ihr aber mitnehmen hättet müssen, einfach nicht mitgenommen habt, weil die einzigen Leidtragenden, die von diesem Kommunalen PLUS und von diesen völlig erratischen Sportbemühungen von euch betroffen sind, sind die Künstler:innen, sind die Wissenschaftler:innen, sind die Wirtschaftsunternehmen, sind die Start-ups, sind die Eltern mit ihren Kindern, Bildungs...ja, du hast auch zwei Minuten überzogen, gell. Also alle die sind betroffen von diesen Einsparungen, von diesen erratischen Einsparungen. Im Wirtschaft-, in den Bildungsressorts, in der Wissenschaft, in der Kultur hat es eigentlich seit 2021 nur Kürzungen gegeben und in euren Ressorts, lieber Robert Krotzer, liebe Elke Kahr, hat es riesige Ausweitungen und Millionenbeträge pro Jahr gegeben, deswegen ist es auch völlig unglaubwürdig zu sagen, ihr wollt irgendwas sparen, ihr lasst jetzt einfach die Gemeinderatsperiode auslaufen ohne Reformen, lasst das Geld rausrinnen.

Stadtrat **Krotzer**:

Ausgelaufen ist auch schon die Redezeit, lieber Günter Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Die nächste Koalition wird sich dann bemühen müssen, das wieder gleichzurichten, deswegen ein trauriger Tag. Leider wird es wahrscheinlich keine Mehrheit bekommen, aber unsere Zustimmung, liebe NEOS, habt ihr.

Stadtrat **Krotzer**:

So, bevor ich frage, ob es weitere Wortmeldungen gibt, erlaube ich mir schon noch ganz kurz den Hinweis, in Anbetracht der verwendeten Worte, von Überheblichkeit und Arroganz, dass eben genau unsere Koalition es gewesen ist, die im Rahmen des Projekts „Kommunales PLUS“ über viele, viele Stunden gesessen ist und genau das überlegt hat, wie kann man eben diese Angebote und Leistungen entsprechend sichten, um dann auch Entscheidungen zu treffen. Dein, liebe Günter, Beitrag dazu war, ich nenne es einmal, überschaubar. Und als Nächster ist der Stadtrat Manfred Eber am Wort.

Stadtrat **Eber**:

Danke Robert. Damit wollte ich auch beginnen, „Kommunales PLUS“, da haben wir sehr viele Stunden damit verbracht. Es hat im Wesentlichen zwei Stadtsenatsmitglieder gegeben, deren Beitrag, um es mit den Worten vom Robert zu sagen, deren Beitrag sehr überschaubar war, die eigentlich daran überhaupt nicht mitgearbeitet haben und jetzt herzugehen und zu sagen, na ja, nur die Künstler und Wissenschaftler, also jene Bereiche, für die du, Günter, zuständig bist, die wären die Leidtragenden, das ist dann auch etwas an den Haaren herbeigezogen. Tatsache ist auch, wir haben in den vergangenen, mittlerweile sind es schon drei Jahre, haben wir doch einiges allerdings in sehr ruhiger und unaufgeregter Art und Weise sozusagen erledigt. Also, wir haben heute schon gesprochen über die GUF, die wir jetzt sozusagen auf neue Beine gestellt haben, wir haben auch eine Lösung gefunden für die endfälligen Kredite und wir werden natürlich auch weiterhin, und das haben wir auch beim Beschluss über das Doppelbudget im Dezember vor einem Monat, sehr deutlich gesagt, natürlich braucht es auch weitere Maßnahmen und die werden wir uns auch in aller Ruhe gut überlegen und in den nächsten Wochen und Monaten werden wir da natürlich auch weitere Schritte machen müssen. Was natürlich auch jeglicher Grundlage entbehrt, also das ist somit auch die Aussage, dass wir sozusagen das Geld jetzt ausrinnen lassen und die nächste Regierung, die nächste Koalition wahrscheinlich

damit beauftragen, diese schwierige finanzielle Lage zu übernehmen. Wenn man gerade jetzt schaut beim Land, beim Bund, genau da war es so, dass also jetzt nach der Wahl ganz überraschend Milliardenlöcher auftauchen, Konsolidierungszwänge auftauchen, die man vorher, unter Anführungszeichen, nicht einmal erahnen konnte, sozusagen. Wir haben sehr deutlich gesagt, wir haben Kassenstärke, also die Möglichkeit 180 Millionen zu überziehen und wir werden die sicher nicht ausnutzen, um eben eine kommende Regierung das Weiterarbeiten zu ermöglichen, sondern werden da natürlich entsprechende Puffer einbauen, damit man auch in den Jahren darauf gut weiterarbeiten wird können und dazu, wie gesagt, sind natürlich Maßnahmen notwendig. Die werden wir in den kommenden Monaten langsam, aber sicher angehen und umsetzen. Danke.

Stadtrat **Krotzer**:

Stadtrat Riegler hat noch eine tatsächliche Berichtigung.

Zwischenruf:

Nein, das kann nicht sein.

Stadtrat **Riegler**:

Also, ich wünsche viel Spaß, dass ihr euch alle so gut amüsiert. Das ist eine tatsächliche Berichtigung, Sie können leicht nachschauen, ich liefere das gerne auch als Zahlenmaterial, als Faktencheck, es hat im Bereich Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft in all den Jahren seit 2021 jedes Jahr Kürzungen gegeben. Das heißt, der Vorwurf, dass es keine Einsparungsbeiträge meiner Ressorts gegeben hätte, ist schlichtweg falsch.

Stadtrat **Krotzer**:

Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, Herr Antragsteller, zum Schlusswort.

Gemeinderat Pointner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Zu Kollegen Dreiseibner: Ich zitiere „die Dinge werden passieren“, das hören wir seit Dezember 2021. Das Einzige, was passiert ist, ist, dass die Schulden weiter explodieren. Die Aufgabenkritik, das sagen Sie auch schon seit diesem Zeitraum, das werden wir uns anschauen. Sie ist noch immer nicht da. Die Zeit rinnt unaufhörlich davon, 18 Monate haben Sie noch, die Stadt hat bis 2027, das können Sie in ihrem eigenen Budget nachlesen. Zum „Kommunalen PLUS“, das hat ja die Absurdität, dass man hauptsächlich die Einsparungen, und das ist auch wieder ein Zitat, „einnahmenseitig“ macht und nicht ausgabenseitig, und rauskommen per anno 200.000,- bei einem Bedarf circa von 60 bis 100 Millionen. Passt, viel mehr habe ich dazu nicht mehr zu sagen. Sie erkennen die Notwendigkeit nicht, Sie erkennen die Güte des Antrags nicht, Sie werden bei den Wahlen die Konsequenzen ernten.

Stadtrat Krotzer:

Schön ist es, auf der Welt zu sein, offenbar. So ist es. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Bitte, wer ist für die Dringlichkeit dieses Stücks? Herr Kollege Pointner, Sie sind für die Dringlichkeit? Und damit kommen wir zur Gegenprobe. Wer ist gegen die Dringlichkeit? Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben, und bevor ich den Vorsitz übergebe, Herr Kollege Pointner, meine Wortmeldung vorhin war nicht auf Sie bezogen, sondern war auf den erklingenden Handy-Ton bezogen, der hier im Raum zu hören gewesen ist. Danke schön.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (16.57 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als Nächste darf ich die Frau Gemeinderätin Reininghaus bitten, um ihren Dringlichen Antrag.

8.9 Energie Graz muss grün zertifizierten Strom liefern (GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, hallo GPS am Balkon. Ich möchte, bevor ich mit meinem Dringlichen Antrag beginne, etwas Organisatorisches bekanntgeben, und zwar ich habe heute ganz in der Früh eine Neufassung meines Dringlichen Antrages auf die Mailadresse gr-initiativen bla bla bla @Stadt-Graz geschickt. Dieser Antrag ist aber nicht bei der Schriftleitung angekommen. Jetzt hat Herr Schmalenberg mir gesagt, ich solle hier Sie jetzt einfach mündlich informieren. Es geht um eine geringfügige Änderung im zweiten Antragsatz, da steht das Wort Gemeinderat, also „auch dem Gemeinderat beginnend mit September“ und so weiter, und das wurde jetzt geändert auf „Umwelt- und Beteiligungsausschuss“. Also „es möge auch der Umwelt- und Beteiligungsausschuss beginnend mit September 2026“, und ich erzähle es Ihnen dann eh noch einmal. Soweit, jetzt kann ich anfangen. Ich brauche das dann mitten drinnen nicht mehr zu erklären.

Es geht wieder um die Energie Graz, also das hat mich sehr bewegt, diese Geschichte oder dieser Zeitungsartikel, und wir haben heute auch schon gehört in der Fragestunde, dass es einen Stromkennzeichnungsbericht gibt, und da gibt es auch einen aus 2023, der E-Control, und dieser Bericht legt eben offen, dass bereits 86 % der österreichischen Energieproduzenten Strom zu 100 % CO₂-frei und somit auch nachhaltig einkaufen oder eben auch produzieren. Wir wissen bitte auch alle, dass die Energie Graz nach eigener Konzernangabe mit Photovoltaik und Wasserkraft nur 3 %

der benötigten Strommenge abdecken kann. Mehr ist es nicht, also sie ist gezwungen Strom zuzukaufen und wir wissen auch, wenn Sie sich erinnern, heute noch was in der Frage thematisiert wurde, dass 99,99 % eben aus den Niederlanden kamen und eben einen Gasherkunftsnachweis haben. Dieser Herkunftsnachweis, der Begriff, der heißt einmal Zertifikat, einmal Herkunftszertifikat, einmal Gaszertifikat oder wie immer, also es ist immer das Gleiche, wovon wir hier reden. Sie können sich vielleicht auch noch erinnern, was Joachim Hirtenfellner, der Sprecher der Energie Graz, gesagt hat als Erklärung, nämlich, dass das eben diese Teuerung auf den internationalen Strombörsen gewesen wäre. Man hat sich jetzt vor Kurzem dazu entschieden, in der Konzernleitung wieder auf 100 % grün zertifizierten Strom zurückzugreifen und das wäre rückwirkend auch schon für das Jahr 2024 möglich. Das ist aber nur dann möglich für das Jahr 2024, wenn die Energie Graz eine Mitfinanzierung der Gaskraftwerke in den Niederlanden durchführt. Und da sagt eben Harald Proidl von der E-Control, das ist nicht wirklich sinnvoll, weil damit wird ja eigentlich nur dieses schädliche Produkt oder dieser schädlich erzeugte Strom noch teurer und im Wert höher. Das bringt der Umwelt gar nichts. Es gibt aber jetzt neben diesem Stromkennzeichnungsbericht seit 01.01. dieses Jahres was ganz Neues, nämlich eine neue EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und das ist eine EU-Richtlinie, die die großen Firmen, also solche mit mehr als 250 Beschäftigten und mehr als 3 Milliarden Euro jährlich an Umsatz oder an Betriebsergebnis, und die sind jetzt verpflichtet ihre Stromkennzeichnung auch über ihre Stromproduktion ganz genau zu berichten, und Ziel dieser EU-Richtlinie ist es, das Thema Umwelt, da gibt es auch noch andere Themen, wie Soziales zum Beispiel, aber ich rede ja jetzt von der Umwelt, an Wichtigkeit zunehmen kann, vor allem bei Unternehmen, für die das bislang kein so großes Thema war. Und jetzt komme ich schon zu meinem

Dringlichen Antrag

gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Satz 1, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Energie Graz proaktive Nachhaltigkeitsumsetzung verbessern kann, um daraus den bestmöglichen Nutzen für die Umwelt ziehen zu können. Und er Satz 2, Die zuständigen Stellen mögen für die

Energie Graz prüfen, neben der Verpflichtung der online-Veröffentlichung, auch dem Umwelt- und Beteiligungsausschuss, beginnend mit September 2026 für das Jahr 2025, einmal jährlich ihren Nachhaltigkeitsbericht zu präsentieren.

Ist eine wichtige Sache für die Umwelt, für die CO₂-Entwicklung und ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dem Stromkennzeichnungsbericht 2023 der E-Control ist zu entnehmen, dass die österreichischen Energieträger bereits 86% des Stroms zu 100% CO₂-frei und somit nachhaltig produzieren. Die Stromkennzeichnungsregelung verpflichtet die Energieversorger des Landes, für jede gekaufte oder selbst produzierte Kilowattstunde Strom mit Herkunftszertifikaten nachzuweisen, wann, wo und wie sie erzeugt wurde

<https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/E-Control-Strom-und->

[Gaskennzeichnungsbericht-2024.pdf/291cbae95a73-68d9-a905-623529e0af90?t=1730104254587](https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/E-Control-Strom-und-Gaskennzeichnungsbericht-2024.pdf/291cbae95a73-68d9-a905-623529e0af90?t=1730104254587)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02018L2001-20231120>

Die Energie Graz, die nach Konzernangaben mit Photovoltaik und Wasserkraft nur rund 3% der benötigten Strommenge abzudecken vermag, verzichtete bei ihren Stromzukäufern auf grünen Strom und kaufte zu 99,99% die günstigeren Gas-Herkunftsnachweise in den Niederlanden, wo „schmutziger“ Strom durch die Verbrennung fossiler Energie erzeugt wird.

Joachim Hirtenfellner, der Sprecher der Energie Graz, gab der Kleinen Zeitung gegenüber an, dass die Konzernleitung der Energie Graz eben die Entscheidung gefällt hat, ab sofort wieder auf 100% grün zertifizierten Strom für alle Kundinnen und Kunden umzusteigen und dass das durch eine indirekte Mitfinanzierung bei niederländischen Gaskraftwerken sogar rückwirkend für das Jahr 2024 möglich wäre.

rückwirkend für das Jahr 2024 möglich wäre. Allerdings hat die indirekte Mitfinanzierung einen gravierenden Schönheitsfehler: Mit jedem einzelnen Kauf fossiler

Stromzertifikate steigen auch die Werte fossiler Pakete, in diesem Fall eben der niederländischen Gaskraftwerke, wie Harald Proidl von der E-Control bestätigt
<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/19241228/schmutziger-strom-der-energie-graz-stiftet-aerger>

Mit der ab 2025 umzusetzenden EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung wurden die Berichtspflichten für die Themen Soziales, Unternehmensführung und Umwelt für große und börsennotierte Unternehmen ausgeweitet
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022L2464&qid=1671184282280&from=DE>

Mit ihren 300 Beschäftigten (<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=wieviel+besch%C3%A4ftigte+hat+energie+Graz>) und einem Jahresergebnis von rund 5 Milliarden Euro jährlich (https://files.kleinezeitung.at/incoming/file/Gesch%C3%A4ftsbericht-2022-Energie-Graz/view/https___www.energie-graz.at_media_wysiwyg_downloads_energie_graz_jahresbericht20230725141755.pdf (Seiten 34 und fortfolgende) wird nun auch die Energie Graz GmbH & Co KG in die Pflicht genommen, über ihre nachhaltige Stromproduktion, oder ihre nicht nachhaltigen Stromzukäufe Bericht zu erstatten.

Mit dieser EU-Richtlinie soll das Thema Umwelt an Tiefe und Wichtigkeit gewinnen, vor allem bei Unternehmen, für die das bislang kein so großes Thema war.

Daher stelle ich gemäß § 18 der der Geschäftsordnung des Gemeinderats folgenden

Dringlichen Antrag

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Energie Graz die proaktive Nachhaltigkeitsumsetzung verbessern kann, um daraus den bestmöglichen Nutzen für die Umwelt ziehen zu können.*

- *Die zuständigen Stellen mögen für die Energie Graz prüfen, neben der Verpflichtung der online-Veröffentlichung, auch dem Umwelt u.-Beteiligungsausschuss, beginnend mit September 2026 für das Jahr 2025, einmal jährlich ihren Nachhaltigkeitsbericht zu präsentieren.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin Sabine. Also der Antrag schließt ja 1 zu 1 inhaltlich an, an deine Frage der Fragestunde und da bin ich doch dem Herrn Stadtrat Eber sehr dankbar für seine Ausführungen, der nämlich klar unterschieden hat, einerseits zwischen dem Energiepool der unterschiedlichen Quellen und andererseits der nachträglichen fiktiven Zertifizierung, wo man ein Pickerl draufklebt, das wäre der Strom und der wäre dies und der wäre jenes. Ich glaube, der Herr Stadtrat hat das relativ gut erklärt und in einem Satz, der Strom, der hat kein Mascherl. Ich hoffe, das verstehen Sie auch und ich habe doch erwartet, dass hier ein gewisser Lernprozess jetzt einsetzt und ein gewisser neuer Erkenntnisstand dadurch hochkommt. Nämlich wenn man den neuen Erkenntnisstand gehabt hätte, dann hätte man jetzt so ehrlich sein müssen und den Antrag zurückziehen, weil ebendiese völlig unrüttelbaren Tatsachen eben so sind, wie sie sind. Und mir graut ein bisschen von der inhaltlichen Düntheit von diesem Antrag. Da wird da beispielsweise CO₂-freier Strom gleichgesetzt automatisch mit nachhaltigem Strom. Das ist inhaltlich falsch, weil ich glaube, die Wenigsten in diesem Raum würden sagen, dass Atomstrom, der nahezu CO₂-frei ist, ein nachhaltiger Strom ist. Das ist inhaltlich einfach falsch, aber wissen Sie wer das sagt, und ich glaube, das müssten Sie wahrscheinlich wissen, weil Sie sind ja doch EU-Fetischisten, möchte ich nicht sagen, aber doch große EU-Anhänger. Die EU hat sowohl Gaskraftwerke als auch die Produktion aus Atomkraftwerken zum größten

Teil als nachhaltige Energieform qualifiziert und damit ergibt sich die nächste große Problematik. Jetzt gibt es diese EU-Richtlinie hinsichtlich Nachhaltigkeit, wo irgendwas berichtet wird, dass Atomstrom, und in unserem Fall größtenteils Strom aus Gaswerk, jetzt nachhaltig gekennzeichnet werden muss und die Energie Graz dementsprechend etwas vorlegen muss. Also, wenn man sich ein bisschen mit den Themen beschäftigt, wenn man ein bisschen näher geht und nicht nur irgendwelche plumpen Formulierungen und plumpe Plakate sozusagen mit Überschriften und in dem Fall Anträge markiert, wäre es auch leichter und irgendwie sinnvoller, über solche Anträge zu diskutieren. Das einzig Vernünftige wäre, wie gesagt, den Antrag zurückzuziehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Frau Gemeinderätin Herlicska.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Sabine, lieber Kollege Winter. Die Frau Reininghaus und ich haben uns heute schon vor 07:00 Uhr in der Früh über diesen Antrag ausgetauscht, weil eindeutig das ein dringliches Thema ist und Nachhaltigkeit und grüner Strom absolut immer ein Thema in diesem Gemeinderat sein sollten und ich möchte Sie darauf hinweisen, wenn Sie schon so einen belehrenden Ton wählen, auch sich da genauer mit Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeitsberichterstattung und CO₂-Bilanzierung auseinanderzusetzen, bevor Sie solche Anschuldigungen an die Kollegin Reininghaus weitergeben, und genau deswegen ist es vielleicht ganz richtig und wichtig, dass wir diesen Antrag heute noch einmal behandeln, weil es ist anscheinend notwendig, hier noch ein bisschen Wissen anzuhäufen und da sieht man schon die Dringlichkeit darin, dass wir dann vielleicht in den Ausschüssen erfahren was Nachhaltigkeit, nämlich alle, wirklich ist. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Liebe alle, liebe Sabine Reininghaus, danke für diesen Antrag. Mir ist es gleich gegangen wie dir, ich habe die Zeitung aufgeschlagen, habe das gelesen, habe mir auch gedacht, was ist da los. Habe einmal nachgefragt, ok, da gibt es Eigentümerstrukturen im Hintergrund, die sind offenbar nicht ganz so einfach. Wir haben hier die Konzernmutter, die wird übrigens auch die Nachhaltigkeitsberichterstattung machen müssen, also es sind immer die Konzernmütter, die das eben machen müssen, aber ich habe mir dann schon noch einmal angeschaut, ok, was sagen denn hier globale Quellen dazu, und es gibt ganz schön vom Global 2000 jedes Jahr einen Stromanbietercheck, also nicht jedes Jahr, Entschuldigung, alle zwei Jahre, der letzte ist von 2024-25, und da sind 125 Anbieter untersucht worden, die Energie Graz war auf Platz 121, viert schlechtesten. Vor allem in den Bereichen naturverträgliche Wasserkraft, Verkaufsmenge fossiler Energie und fossile Eigentümerstruktur, zusätzlich sind viele Fragen nicht beantwortet worden, deswegen ist Energie Graz auch als intransparent hier bezeichnet worden. Das heißt, es gibt hier definitiv Verbesserungspotenzial. Ist klar, dass man da jetzt vielleicht nicht so direkt zugreifen kann, aber es kann nicht sein, dass da entgegen übergeordneten politischen Zielen dann fossiler Strom gekauft wird, also deswegen von uns sicher ein klares Bekenntnis, wir wollen 100 % Energie aus erneuerbaren Energiequellen, auch zum Kollegen Winter, ich glaube, das ist das beste Wording in dem Kontext „erneuerbare Energie“, weil da haben wir dann sicher keinen Atomstrom und sicher keinen Strom aus Gaskraftwerken drinnen. Wir produzieren ja in Österreich eh schon 85 % des Stroms aus Erneuerbaren, also da hätten wir ja eine ganz gute Basis dafür. Ist mir klar, dass das jetzt auch nicht von heute auf morgen geht, das ist auch noch einmal ganz wichtig, aber vielleicht finden wir da auch einen Prozess. Wir haben das ja für die Fernwärme, da haben wir einen schönen Prozess definiert eigentlich, wie wir da hinkommen, vielleicht kommen

wir da auch mit dem Strom hin, dass wir die Nachhaltigkeit und auch die Leistbarkeit des Stroms gewährleisten und dann bis 2030 dahin kommen. Also, wir unterstützen die Dringlichkeit und auch inhaltlich werden wir dem Antrag zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, Sabine, möchtest du noch?

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ich möchte noch ganz kurz auf den Michael hier replizieren. Michael, das sind nicht zwei gleiche Dinge. Ich habe in der Frage, ging es um die Stromkennzeichnung und wie die Stadt Graz oder der Herr Beteiligungsstadtrat eben einwirken kann auf die Energie Graz, damit da ein besseres Ergebnis rauskommt, und jetzt im Dringlichen Antrag geht es um eine EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und einen Ausschuss, der das behandeln soll in Zukunft. Und in diesem Antrag steht auch drinnen, was der Joachim Hirtenfellner, der Sprecher der Energie Graz, erklärt, warum das alles so schlecht gelaufen ist, sage ich jetzt einmal, und das kann ich nicht wissen, wenn ich meinen Dringlichen Antrag schreibe, dass er das hier als Erklärung nimmt. Es ist eine wichtige Sache, ich bitte um Annahme.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier das Wort noch? Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Sabine. Dass das nicht exakt das Gleiche ist, ist mir schon bewusst, dass diese Frage beziehungsweise der Antrag eine gewisse Unterscheidung besitzen, das ist mir schon klar. Das eigentliche Problem ist, wie es dann doch schon aufgekommen ist, vielfach ist es ein Etikettenschwindel. Das Wort hast du vorher selbst bei der Fragestunde in den Mund genommen, und der Etikettenschwindel wird von deiner Seite bis zu einem gewissen Grad immer noch nicht anerkannt, das ist eigentlich das, was ich nicht wirklich verstehen kann. Zur Kollegin Herlicska, also unsere Nachhaltigkeitsexpertin scheinbar in dem Bereich. Ja, wunderbar, dann weißt du mit Sicherheit, wo das Wort der Nachhaltigkeit herkommt, nämlich eigentlich aus dem 18. Jahrhundert ein forstwirtschaftlicher Begriff, wo es darum geht, dass man genau oder maximal diesen Holzbestand so aus dem Wald schlägert, wie er eben mit der Zeit wieder nachwächst. Also, in diesem Zusammenhang von Nachhaltigkeit zu sprechen, wenn man gleichzeitig einerseits vonseiten der EU Gaskraftwerke, aber umso problematischer eigentlich, Atomkraftwerke als nachhaltig zertifiziert, das muss doch irgendwie jedem einleuchten, dass es bei normalem klaren Hausverstand nicht wirklich als Nachhaltigkeit anzusehen ist und es fällt trotzdem unter diese Zertifizierung, ok. Scheinbar gibt es doch Befürworter der Atomindustrie, auch in Reihen der Grünen. Ist eine neue Überraschung, aber durchaus auch etwas Neues, und wenn wir beim Kollegen Kozina-Voit sind, ich kann mich mehr mit dem Begriff der erneuerbaren Energie anfreunden, weil er bis zu einem Teil exakter ist, aber doch nicht richtig ist, weil Energie kann nicht erneuerbar sein. In Wirklichkeit wird Energie immer nur umgewandelt und ist in dem Sinn niemals erneuerbar. Die Quellen an sich sind erneuerbar, aber Sie wissen, glaube ich, alle mittlerweile, ich bin ein Fan

einer korrekten und exakten Sprache und darum wäre es dann auch wichtig, wenn man über diese Themen redet, dass man diese exakte und genaue Sprache anwendet.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Herlicska.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Noch einmal, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, werte Zuhörende, liebe Sabine, liebe Antragstellerin. Danke noch einmal für den Antrag, weil es hier um ein Thema geht, mit dem ich mich als zertifizierte Zero-Carbon-Managerin, Mitarbeiterin eines Energie-Netzbetreibers und Ingenieurin für Gebäudetechnik schon öfter befasst habe. Ich bin übrigens keine grüne, war ich noch nie, nur zur tatsächlichen Berichtigung. So, ich möchte mich jetzt auf den Antrag selbst beziehen und was ich mir dazu gedacht habe und was wir uns im Klub dazu gedacht haben, weil wir uns das natürlich angeschaut haben und wir sind natürlich alle der Meinung, dass es das oberste Ziel sein muss, für möglichst alle Menschen möglichst grünen Strom, wie auch immer man das jetzt definiert, zu liefern. Was heute schon erklärt wurde ist, wie wird Strom eingekauft, wie werden Zertifikate eingekauft. Das ist Teil eines marktwirtschaftlichen Prozesses und deswegen ist genau dieser Emissionszertifikathandel auch zu Recht in der Kritik, weil es kann ja nicht sein, dass hier wirklich fossile Energieträger, fossile Investitionen dadurch gestärkt werden, aber Nachhaltigkeit ist ja nicht nur beschränkt auf CO₂-Ausstoß, sondern Nachhaltigkeit hat auch einen sozialen Aspekt. Nachhaltigkeit basiert auf sozialem, ökonomischen und ökologischen. Das ist eine Dreieckigkeit, wo es Überschneidungsflächen gibt und es kann durchaus auch eine nachhaltige Entscheidung sein, hier diese Zertifikate einzukaufen und dafür das Geld, das dadurch frei wird in nachhaltige Technologien zu investieren. Nachhaltigkeit heißt nämlich auch möglichst ein lebenswertes Leben, für möglichst lange, für möglichst alle Menschen herzustellen. Das ist die moderne Begrifflichkeit

von Nachhaltigkeit. Natürlich hat ein jedes Wort auch eine Historie, aber wir sind alle moderne Menschen und können uns hier auch in neue Begrifflichkeiten hineindenken. Da möchte ich ein bisschen jetzt auch auf das eingehen, was die Sabine in ihrem Artikel beschrieben hat. Ich habe es schon ein bisschen ausgeführt, es ist ein marktwirtschaftlicher Prozess und du schreibst hier auch, dass diese Investitionen, diese fossilen Pakete einfach dazu führen, dass diese fossilen Industrien gestärkt werden und hier gibt es ja international das Problem von den Carbon-Billionären, die ihr Leben so gestalten und nicht nur ihr Privatleben, sondern ihre Investitionen so gestalten, dass diese fossilen Industrien gestärkt werden, die nachweislich dafür zuständig sind und dafür die Ursache sind, dass wir dieser Klimaerhitzung, der wir gegenüberstehen, auch die Stirn bieten müssen. Es darf sich nicht mehr lohnen, in klimaschädliche Investitionen Geld hineinzupumpen. Wie kann man dem beikommen? Natürlich mit Übergewinnsteuern und Vermögenssteuern. Das wird Sie für meine Wortmeldung als Kommunistin jetzt vielleicht nicht überraschen. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist grundsätzlich etwas sehr Wünschenswertes, etwas sehr Schönes, weil es eine gewisse Vergleichbarkeit und eine gewisse Bewusstseinsbildung mit sich bringt. Als Mensch, der sich mit Nachhaltigkeit ein bisschen auseinandergesetzt hat, habe ich mir auch angeschaut, was steht denn in solchen Berichten drinnen und was mir ganz oft fehlt, ist einfach die Tatsache, dass hier immer versucht wird, nachhaltig möglichst lange am Kapitalismus festzuhalten und das ist keine Nachhaltigkeit. Das ist ungefähr so, wie wenn ich versuchen würde, den unvermeidlichen Bauchfleck vom 10-Meter-Brett mit einem längeren Anlauf zu vermeiden. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Frau Gemeinderätin...Kein Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer ist dafür? Gegenprobe, der Antrag ist somit angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio).

Danke vielmals. Wir kommen zum letzten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Wagner. Hier geht es um eine veränderte Form der Kommunikation der Stadt Graz, die er sich wünscht.

8.10 Genderverbot in der Kommunikation der Stadt Graz (GR Wagner, FPÖ)

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist hinlänglich bekannt, dass der Genderstern und das Binnen-I jetzt nicht unbedingt zur Lesbarkeit und Verständlichkeit von Schriftstücken positiv beiträgt. Die Steirische Landesregierung sieht das auch so und hat deshalb eingeleitet, dass es in Zukunft in der Landesverwaltung eben dieses Binnen-I und der Genderstern verboten werden und in der Stadt Graz können wir hier mit einem guten Beispiel vorangehen. Ich stelle deshalb folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, sämtliche schriftliche Erledigungen innerhalb der Verwaltung der Stadt Graz sind, der Effizienz wegen, ohne Genderstern oder Binnen-I anzufertigen und zu verbreiten.

Bitte, um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Schriftliche Erledigungen sollten, für einen möglichst reibungslosen Parteienverkehr innerhalb der Stadt Graz, möglichst kurz, verständlich, sowie höflich formuliert sein. Fremdwörter, Abkürzungen und Sonderzeichen, wie etwa das Verwenden des

Gendersterns oder des Binnen-I tragen hingegen genau zum Gegenteil bei. Ein Schriftstück wird so schnell nicht nur schwieriger zu lesen, was auch zu mehr Zeitaufwand führt, so kann auch der Inhalt leichter miss- oder nicht verstanden werden. Eine ideologisch verursachte Problematik, welche auch die steirische Landesregierung erkannt hat und zukünftig in der Landesverwaltung Genderstern und Binnen-I verbietet, um so Missverständnisse zu vermeiden. Als Landeshauptstadt sollten vor allem wir in unserer Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und dem Land so schnell als möglich nachziehen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, folgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, sämtliche schriftliche Erledigungen innerhalb der Verwaltung der Stadt Graz sind der Effizienz wegen ohne Genderstern oder Binnen-I anzufertigen und zu verbreiten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Dringlichkeit und ich darf bitten, Frau Klubobfrau Mohsenzada. Es kommt jeder dran, der aufzeigt.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Um die Redezeit zu redimensionieren, lieber Herr Kollege Wagner, Ihr Antrag ist nicht dringlich, da die Stadt Graz weder ein Binnen-I verwendet noch einen Genderstern. Machen Sie sich lieber einen schönen Nachmittag mit Ihrem Partner.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Also ich unterstütze, wir unterstützen, als KFG natürlich diesen Antrag und es war heute schon mehrfach die Rede von Überheblichkeit und von Abgehobenheit, ich glaube, wenn man sich diese Wortmeldung anhört, dann muss man ganz ehrlich sagen, das ist schon ein bisschen von oben herab. Es hat jeder hier das Recht Anträge in seinem Sinne zu stellen und dass man da jetzt flapsig rausgeht und andere in irgendeiner Weise lächerlich macht, ist schon irgendwie nicht diese Manier, nicht diese Art und Weise, wie man es eigentlich in diesem Hause halten sollte, aber bitte, das sei Ihnen überlassen, wenn Sie so abschätzig, wenn Sie so herablässig agieren wollen, tun Sie es. Es wird Ihnen im Endeffekt auch nicht guttun am Ende des Tages. Was für mich schon ein bisschen interessant ist, wenn ich mir das anhöre und da schallt ja diese Abneigung gegenüber diesem Antrag hervor, ist, dass wir eigentlich, also eigentlich Sie, wir nicht, aber Sie heute diesen großartigen 10-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und so weiter und so fort beschlossen haben, und wenn Sie sich dort den Punkt 6 Nummer 2 durchlesen, dann geht es um eine verständliche Sprache – Graz verständlich machen, und da wird eben im Prinzip die Stadt Graz bemüht verständliche Formulierungen und das wird als wichtiges Ziel für die Stadt Graz festgelegt, auch vonseiten der Magistratsdirektion, dass wir eben eine verständliche Sprache im Schriftverkehr haben und genau in diese Richtung geht eigentlich dieser Antrag, dass es verständlicher wird, dass man vielleicht diese Ideologie aus der Sprache raushält und dass es einfach auch für den ganz Normalbürger und auch viele mit Migrationshintergrund diesbezüglich verständlicher wird und eine übertriebene Genderpolitik, auch in den Schriftstücken, hat in Wirklichkeit nichts damit zu tun, wird mit Sicherheit dieses Graz nicht verständlicher machen und wird auch nicht diese ganzen Schriftstücke verständlicher machen. Auch aus diesem Grund volle

Zustimmung für diesen Antrag, den wir inhaltlich, das muss man jetzt auch erwähnen, noch, bereits 2024 am 14. Februar nahezu gleich eingebracht haben, aber trotzdem. Danke, möglicherweise höhlt dann doch der späte Tropfen den Stein.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat Alic, bitte. Wir sind bei der Dringlichkeit. Dann müsste man abwarten, ob es zu einem Antrag kommt. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Unger, bitte.

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, schön, dass sich gleich viele Männer wie Frauen in dieser Debatte zu Wort melden. Da kommen wir vielleicht zum Kern der Sache. Es geht letztendlich darum, dass sich auch sprachlich alle wiederfinden. Man könnte Wittgenschein zitieren, das machen sicher viele, die diese Debatte schon länger führen – „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“, oder wie es im feministischen Diskurs öfters verwendet wird, ist eben „Dass Sprache Wirklichkeit macht“. Als Frau muss ich sagen, dass das für mich eine große Bedeutung hat, bei gewissen Dingen eben nicht mitgemeint zu werden, sondern gemeint zu sein. Das ist, glaube ich, etwas, was ein Fortschritt ist in dieser ganzen Debatte, und das ist etwas, was lange gedauert hat, also insofern halte ich das für eine Errungenschaft, der wir nicht irgendwie sozusagen nach dem Mund reden sollten, irgendwie um sie wieder abzuschaffen. Ich habe jetzt bei der Krampusdebatte schon kurz überlegt, nachdem die ein bisschen entglitten ist, wie wir diese Diskussion jetzt anlegen werden, aber ich plädiere auch in diesem Fall für große Sachlichkeit. Es ist einfach wichtig, dass wir auch allen Menschen, die sich in der Gesellschaft befinden, eine entsprechende Sprache geben. Das ist wichtig und wenn wir von verständlicher Sprache reden, dann meinen wir damit nicht nur solche sprachlichen Dinge, die ein Binnen-I oder ein Sternchen umfassen, sondern eine Verständlichkeit im Ausdruck, in der Satzlänge, da gibt es

ganze Agenturen, die sich mittlerweile mit solchen Dingen beschäftigen, also das ist vielleicht zu kurz gefasst, das darauf zu reduzieren. Ich glaube, es ist wichtig, das beizubehalten, ich glaube, es ist auch wichtig vielleicht eine gewisse Offenheit zu haben, vielleicht nicht akribisch daran festzuhalten, wenn jemand eine andere Form wählt, solche Dinge sollten möglich sein, vielleicht können wir uns da auch in der Debatte eine gewisse Lockerheit angewöhnen, damit eben nicht verbittert gegeneinander argumentiert werden muss, aber ich bleibe dabei, sprachlich sollten die Leute gemeint sein, alle. Fehler können passieren, jedem. Dennoch ist es wichtig, dass wir uns sprachlich auf alle beziehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals Frau Gemeinderätin. Sie haben da überwiegend allen aus dem Herzen gesprochen. Gibt es weitere Wortmeldungen zu Dringlichkeit? Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Zuerst, danke Kollegin Gemeinderätin Doktorin Claudia Unger für deine Wortmeldung, die ich sehr gut gefunden habe, herzlichen Dank. Geschätzte Antragstellerin, liebe Kollegin, Verständlichkeit, Kürze und insbesondere die von dir, liebe Kollegin Günter Wagner, gewünschte Höflichkeit, gebieten es mir in meiner Funktion als Klubobfrau der Grazer Grünen, dir dein Ansinnen, das von niemandem so sehr befeuert wird wie von deiner FPÖ, ein wenig zu spielen. Kurz vorab, Männer sind in meiner Wortmeldung jetzt selbstverständlich immer mitgemeint. Liebe Kollegin Günter Wagner, einzig deine freiheitlichen Parteikolleg:innen befürchten, dass die Verwendung einer gendergerechten Sprache den Bürger:innen zum Verhängnis werden könnte. Ihr behauptet ernsthaft euch zu sorgen, dass Leser:innen und Nutzer:innen nicht in der Lage wären, einen Text der Stadt Graz zu verstehen, sobald in diesem das Binnen-I oder ein Gendersternchen verwendet wird. Dass dem nicht so ist, beweist unter

anderem, dass noch von keiner Mitarbeiterin im Haus Graz zu hören war, dass sich Antragsteller:innen oder interessierte Bürger:innen je über die Verwendung von gendergerechter Sprache im Haus Graz beschwert hätten. Wäre denn das tatsächlich so, wie du dich, werte Antragstellerin Günter Wagner, in deinem Antrag schriftlich auszuführen bemühst, hätte unsere Magistratsdirektorin Martin Haidvogel oder eine andere unserer Abteilungsleiter:innen und Geschäftsführer:innen uns davon sicher in Kenntnis gesetzt und womöglich auch Wege zur Abhilfe eines solchen groben Missstands vorgeschlagen. Auch den sieben Stadträt:innen, den Klubobfrauen, Fraktionsführer:innen und Gemeinderät:innen sind keine Beschwerden bezüglich der Verwendung einer gendergerechten Sprache bekannt. Ich fasse zusammen, kaum jemandem außer den Spitzenrepräsentant:innen der Freiheitlichen Partei geht es so sehr um Symbolpolitik statt um Problemlösung. Kaum jemand außer dir, geschätzte Kollegin, als letzte verbliebene Freiheitliche Mandatarin im Gemeinderat hier geht es so sehr um die Verteidigung des Männlichen in der deutschen Sprache, und kaum wer, ausgenommen der neu gewählten steirischen Landeshauptfrau Mario Kunasek, kämpft so intensiv gegen die andauernd stattfindenden Änderungen der deutschen Sprache und ringt so sehr mit ihrer Verfassung rund um historische Texte in einem Lied. Nicht nur ich, auch viele Steirer:innen meinen, es gäbe Wichtigeres zu tun und es gäbe echte Probleme, deren Lösung noch immer ausstehen und die viel dringlicher wären. Geschätzte Antragstellerin, wir neuen Grünen-Gemeinderät:innen werden deinen Antrag nicht unterstützen, aber wir werden anders, als ich es jetzt diese Minuten getan habe, auch nicht die generelle Anwendung weiblicher Sprache fordern, auch wenn im Deutschen die weibliche Form zu einem ganz, ganz hohen Prozentsatz, alles Männliche im jeweiligen Wort beinhaltet und gut mit abdeckt. Die Dringlichkeit, liebe Kollegin, lehnen wir ab.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zur Geschäftsordnung? Bitte, Herr Gemeinderat Winter

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, also ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe gehofft, dass die Kabarettvorstellung durch die Frau Kollegin Braunersreuther eigentlich beendet wird. Nein, jetzt kommt der nächste Kabarettist auf die Bühne, nämlich der Kollege Dreisiebner, und in der Geschäftsordnung ist es schon verankert, dass auch die Wortmeldungen und auch der Umgang mit den Kollegen in einem gewissen würdevollen Ausmaß passieren sollte, und wenn diese gesamte Veranstaltung zu einer Kabarettvorstellung mutiert, dann ist es auch den Mitgliedern dieses gesamten Hauses nicht zuzumuten. Das ist auch eine Form des Respekts, das ist auch eine Form des kollegialen Miteinanders und Sie können hier die nächste Kabarett-Sitzung abhalten, ist mir persönlich egal, aber würdig ist es dem Haus nicht und respektvoll den Kollegen auch nicht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Gemeinderat Winter, für die Wortmeldung. Das war eigentlich keine tatsächliche Berichtigung, aber macht nichts. Ist ja völlig in Ordnung. Noch einmal, ich persönlich pflege keinen Vorsitzstil, der jedes Wort auf die Waagschale legt, und schauen wir zurück in die Protokolle unserer Sitzungen, Sie werden kabarettreife Wortmeldungen von allen Fraktionen gehört haben, also man muss halt immer ein bisschen nachdenken. Es ist halt jetzt ein Thema, wo andere das anders sehen und vielleicht in einer Weise gebracht haben, die einen persönlich aufregt, aber probieren wir gemeinsam hier einfach ein bisschen mehr Gelassenheit und da bin ich bei der Kollegin Unger, die das eigentlich bei dieser Tagesordnung eingemahnt hat. Ich glaube, wir haben jetzt die Wortmeldungen zur Dringlichkeit durch von den Fraktionen oder gibt es da noch eine Wortmeldung? Wenn nicht, darf ich Sie bitten, Herr Gemeinderat, um Ihre Wortmeldung zur Dringlichkeit am Ende.

Gemeinderat **Wagner:**

Da ich die Zustimmung wahrscheinlich nur ganz knapp bekommen werde, nutze ich die Gelegenheit jetzt natürlich noch für ein Schlusswort. Ich bin ja froh, diesen Antrag gestellt zu haben, weil es ja euer wahres Gesicht zeigt. Es ist ja dieser neue Stil offenbar, den ihr pflegen wollt, liebe Sarah, so eine flapsige Wortmeldung ich halte sie...

Zwischenrufe:

Sahar.

Gemeinderat **Wagner:**

Entschuldigung, die flapsige Wortmeldung halte ich schon aus, das ist ja überhaupt kein Problem. Ich nehme mir trotzdem die Freiheit, auch wenn Donnerstagnachmittag ist und es eben der Gemeinderatstag ist, die Zeit auch hier zu verbringen, nicht in Freizeit umzuwandeln und Anträge so zu stellen und diese Anträge zu stellen, wie ich sie stellen möchten, freue mich aber noch mehr, dass der Karl Dreisiebner sich so bemüßigt gefühlt hat, hier hinauszukommen und diesem Antrag dann doch so aufwendig eine Wortmeldung sogar mit Zeitüberzug zu spenden. Herzlichen Dank dafür. Freut mich, da habe ich doch offenbar das richtige Thema für dich erwischt.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages?
Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, FPÖ, Eustacchio).

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2025

Wir sind somit auch am Ende der öffentlichen Tagesordnung und ich darf mich bei allen, die noch zuhören via Livestream im Namen der Stadtregierung und im Namen des Gemeinderates verabschieden und Ihnen noch einen schönen Abend wünschen.

Ende des öffentlichen Teils: 17.30 Uhr.